

SEDUTA n. 5 del 22.03.1994

Presidenza del Presidente Franco Tretter

Ore 10.08

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

WILLEIT (*segretario*): (*fa l'appello nominale*)

PRESIDENTE: Signori consiglieri la seduta è aperta.

Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Kofler, Denicolò, Montefiori, Waldner, Saurer, Durnwalder, Willeit, Berger, Benussi (per il pomeriggio) e Mayr.

Diamo lettura del processo verbale della precedente seduta.

WILLEIT (*segretario*): (*legge il processo verbale*)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni in merito al processo verbale? Nessuna. Il processo verbale si intende approvato.

Comunicazioni:

In data 18 marzo 1994 è stata presentata dai Consiglieri regionali Divina, Muraro, Vecchi, Boldrini, Delladio, Tosadori e Montefiori la mozione n. 6 che invita il Presidente della Giunta regionale ad adoperarsi affinché si predispongano, entro pochi mesi, studi specifici, organici, finalizzati alla definizione della macroregione in modo da fornire al dibattito pubblico dati oggettivi di valutazione e si apra sulla questione un dibattito costituente sia a livello nazionale che europeo.

PRESIDENTE: Ho letto sulla stampa che oggi il collega Boldrini compie gli anni, allora gli porgiamo gli auguri anche a nome dell'aula, con l'augurio di tanta serenità e salute.

Passiamo alla trattazione dell'ordine del giorno.

Sull'ordine dei lavori la parola al cons. Taverna.

TAVERNA: Grazie, signor Presidente. Ho prestato molta attenzione, come è mio costume, al processo verbale, non ho sollevato problemi, perché il processo verbale sintetizzava chiaramente quello che è successo nella seduta precedente; peraltro il sottoscritto, signor Presidente, le aveva formulato una richiesta ed al tempo stesso aveva sollevato un'eccezione circa la mancata iscrizione all'ordine del giorno dell'interpellanza

presentata dal gruppo del M.S.I./D.N. avente per oggetto l'Autostrada del Brennero, poiché lei, signor Presidente, mi aveva assicurato in aula che avrebbe provveduto ad iscrivere con un'ordine del giorno suppletivo al punto n. 27, l'interpellanza a tutt'oggi l'ordine del giorno suppletivo non è stato ancora diramato, per cui, signor Presidente, le chiedo di fare in modo che le promesse e le garanzie fornite in aula siano concretamente realizzate, perché altrimenti si instaurerà un dialogo tra sordi, ma il sordo non sono sicuramente io.

PRESIDENTE: Questa mattina, per motivi di salute, non ero presente alla Conferenza dei capigruppo e volevo porre questo problema. Verrà sicuramente mantenuta fede ad un impegno che mi sono assunto nei confronti dell'aula e verrà aggiunto il punto all'ordine del giorno a lei richiesto.

Passiamo alla trattazione del punto n. 1) dell'ordine del giorno: "**Elezione del Presidente della Giunta regionale**".

La parola al cons. Pahl.

PAHL: Sehr geehrter Herr Präsident! Geehrte Kollegen der Koalition und der demokratischen Opposition!

Die Südtiroler Volkspartei begrüßt die Bildung der neuen Koalition für die Regionalregierung mit besonderer Genugtuung. Die Südtiroler Volkspartei ist sich bewußt, daß sie als Partei der relativen Mehrheit in der Koalition und im Regionalrat zum erstenmal nicht nur einen größeren Einfluß als bisher auf die Gestaltung des politischen Lebens der Region ausüben kann, sondern daß sie diese neue Stärke auch mit einer ganz besonderen Verantwortung für die Bevölkerung der ganzen Region Trentino-Südtirol belädt. Bisher sah sich die Südtiroler Volkspartei aus guten Gründen veranlaßt, in der Regionalregierung vorrangig die Interessen Südtirols zu vertreten und diese gegen unangemessene Eingriffe anderer Kräfte in die Autonomie unseres Landes zu verteidigen.

Oft genug sind in den letzten Jahrzehnten von unserer Seite die Gründe unseres Widerstandes gegen die Region genannt worden. Sie brauchen nicht wiederholt zu werden. Südtirol hat die Region über Jahrzehnte hin als Hindernis für den Ausbau der Landesautonomie erfahren. Die Kundgebung der Südtiroler Volkspartei am 17. November 1957 in Sigmundskron mit ihrem "Los von Trient" war die politisch notwendige Reaktion auf die strikte Weigerung der maßgeblichen Koalitionspartei im Trentino, die bereits damals gegebenen Möglichkeiten einer Delegation von Kompetenzen an Südtirol vorzunehmen, vor allem im Volkswohnbau. Dieser wurde von der italienischen Regierung auch nach 1945 als Mittel benutzt, durch eine Einwanderungspolitik die Südtiroler in ihrer angestammten Heimat in die Minderheit zu rücken und die Landesautonomie damit ihrer Substanz zu berauben. Die Erfahrungen der Südtiroler waren leidvoll. Sie wirkten sich aus psychologischen Gründen auch dann

noch aus, als sich die Abwehrhaltung der italienischen Koalitionspartner in der Region abzuschwächen begann.

Mit diesem Koalitionsprogramm wird dieses schwere Kapitel der Südtirolgeschichte geschlossen und ein Kapitel absoluter Gleichberechtigung aufgeschlagen. Als demokratische Mehrheitsvertretung des Südtiroler Volkes seit 1945 erklärt die Südtiroler Volkspartei, daß sie die regionale Nachkriegsgeschichte im Vertrauen auf die beiden Koalitionspartner, die Programmgrundlage und die Erklärungen des designierten Präsidenten der Regionalregierung, Dr. Grandi, nun der kritischen Durchleuchtung der Historiker überläßt und ihre ganze Kraft und Entschlossenheit dem neuen Weg in die Zukunft widmen wird.

Wir sagen der Vergangenheit ein "Lebewohl" in der begründeten Überzeugung, daß alle Partner der Koalition in der gleichen Weise wie wir willens sind, den neuen Weg ohne Verzögerungen einzuschlagen und ihm im Geist der Verantwortung für die gesamte Bevölkerung der Region mit Phantasie politische und juridische Strukturen zu verleihen.

Die Vertreter der Südtiroler Volkspartei in der Regionalregierung werden ihren Beitrag dazu in enger Abstimmung mit ihrer Partei leisten und von sich aus jede Gelegenheit wahrnehmen, mit den Koalitionspartnern Grundfragen und Detailfragen auch außerhalb der üblichen institutionellen Beratungen zu diskutieren.

Die Vertreter der SVP verstehen ihre Verantwortung für die Region in einer umfassenden Weise, also auch darin, die Anliegen der italienischen Bevölkerung des Trentino und die besonderen Anliegen der deutschen und der ladinischen Bevölkerung des Trentino bei vielen sich bietenden Gelegenheiten kennenzulernen. Jedes Anliegen, das der Förderung des Gemeinwohls der Bevölkerung der Region dient, kann der Unterstützung der Südtiroler Volkspartei sicher sein.

Umgekehrt werden sich den italienischen Koalitionspartner viele Gelegenheiten bieten bzw durch uns geschaffen werden, die gesellschaftliche Realität Südtirols kennenzulernen, die kulturelle und geschichtliche Identität unserer Heimat besser zu begreifen und sie als Teil eines künftigen gemeinsamen Ganzen zu sehen. Diese gegenseitige Teilhabe am kulturellen, gesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Leben der jeweiligen anderen Bevölkerungsteile an ihren Traditionen, ihren Denkweisen und ihren Lebensgewohnheiten wird für einen jeden von uns den psychologischen Boden bereiten, auf dem die politische Fortschrittsarbeit für das Wohl der ganzen Region gedeihen kann.

Die Region verschwindet nicht, aber sie legt ihr altes Kleid ab und übernimmt die Funktion einer politischen Verbindungsstelle, einer politischen und menschlichen Klammer für die Institutionen und Bevölkerungsteile. Sie wird mit politischer Phantasie und Flexibilität jede nur denkbare Initiative ergreifen, um dem Plan einer "Europaregion Tirol" einen glaubwürdigen Rahmen zu verleihen.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Verdienste jener demokratischen Vertreter, die bereits in der Vergangenheit Vorarbeit geleistet haben.

Sieht man von Südtirol ab, das von allem Anfang an seine autonomistische Position bewiesen hat, gilt es, dem heutigen PATT bzw. seinem Vorläufer, dem PPTT und der Autonomistenbewegung ASER zu danken, daß sie seit bald fünf Jahrzehnten beharrlich den Autonomiegedanken verfochten haben. Diese lange Zeit unbedankter und angefeindeter Arbeit stellt ein historisches Verdienst dar, das heute von weiten Kreisen als solches verstanden und jüngst auch von den Wählern im Trentino honoriert worden ist.

Der Gedanke einer Europaregion Tirol wäre nicht entstanden, hätten nicht die Politiker des PATT langsam den Boden bereitet, auf dem er im Trentino wachsen konnte. Der Same dieses Gedankenguts wurde auf steinigem Boden eingepflanzt und ist nun dabei, erste Früchte zu tragen. Der PATT ist darum in der Sicht der Südtiroler Volkspartei die unersetzliche Kraft zur Erreichung des Zieles, das sich die Koalition gesetzt hat. Die seit Jahrzehnten enge politische Verbindung mit der SVP ist der Ausdruck eines gemeinsamen Verständnisses politischer Grundziele.

Die Südtiroler Volkspartei spricht den Trentiner Autonomisten ihren offiziellen Dank aus für ihr jahrzehntelanges politisches Wirken aus und sichert das weitere enge Zusammenwirken wie in der Vergangenheit zu. Daß dieses Zusammenwirken nun auch in der Regionalkoalition möglich wird, befriedigt die Südtiroler Volkspartei im besonderen.

Die SVP nimmt auch die Gelegenheit wahr, den Beitrag des scheidenden Präsidenten der Regionalregierung, Herrn Dr. Andreolli, in der Vorbereitung eines neuen politischen Denkens im Trentino zu würdigen. Dr. Andreolli hat in den letzten Jahren in seinen Haushaltsreden und durch eine Reihe von Initiativen verdienstvoll mitgewirkt, einem europäischen Denken freie Bahn zu geben. Das hat es der SVP ermöglicht, dem drängenden Wunsch der demokratischen Parteien des Trentino nach Einbezug des Trentino in eine künftige Europaregion Tirol trotz anfänglicher Bedenken zu entsprechen. Ich will ausdrücklich und ohne Umschweife die nicht unbegründete Furcht der autonomistischen Demokraten des Trentino aussprechen, daß ohne eine Europaregion Tirol das Trentino einmal von einer Makroregion "Veneto" aufgesogen werden und damit seine spezielle historische Identität verlieren könnte.

Aus ihrer prinzipiellen autonomistischen Haltung heraus und mit ausdrücklichem Verweis auf die gemeinsame Geschichte unter Österreich im Verband des Kronlandes Tirol wird die SVP ein verlässlicher Partner sein, das politische, kulturelle und soziale Eigenleben der Bevölkerung im Trentino im partnerschaftlichen Zusammenwirken mit den Koalitionspartnern wahren zu helfen, das in einer Europaregion seine schrittweise Verwirklichung finden soll.

Die heutige Region, die mit diesem Koalitionsprogramm ausdrücklich Abschied von den politischen Irrwegen und Halbheiten der Vergangenheit, wird nach dem einmütigen Willen der Koalitionspartner zum politischen Motor dieses Bestrebens werden. Ich unterstreiche, daß es in diesem Prozeß keine Vorherrschaft einer Partei geben kann, sondern nur eine partnerschaftliche Gleichheit. Die administrativen

Kompetenzen der Region werden in erstmaliger Anwendung des Art. 18 des Autonomiestatuts durch Übertragung an die autonomen Länder verringert. Die politische Initiativrolle der Region, der Regionalregierung und des Regionalrates wird hingegen wachsen. Eines hoffentlich nicht zu fernem Tages wird dieses Bestreben einmünden in eine institutionalisierte Form der Europaregion Tirol.

Die Bildung dieser Europaregion Tirol wird nicht einfacher sein als die Bildung anderer europäischer, Staatsgrenzen übergreifender Regionen überhaupt. Die Staatsgrenze am Brenner wird kein Hindernis sein, die Europaregion zu bilden. So wie sich Europa als Europäische Union bei Aufrechterhaltung der Staaten durch Abgabe von Teilen der staatlichen Souveränität an europäische Institutionen bildet, so kann die grenzübergreifende Europaregion Tirol bei bleibenden Staatsgrenzen mit bilateraler österreichisch-italienischer Zustimmung entstehen, die Verwaltung auf beiden Seiten der Grenzen mit vergleichbaren Kompetenzen ausgestattet werden und damit ein gleichgerichtetes administratives und politisches Handeln ermöglichen. Die ersten Schritte, die sich die Koalition für diese Legislatur setzt, werden institutionalisierte Formen der Zusammenarbeit sein. An deren späteren Ende wird eine Einheit in partnerschaftlicher Vielfalt sein.

Die Südtiroler Volkspartei ist sich bewußt, daß wirkliche politische Schritte nur im breiten Konsens aller Bevölkerungsteile der Region möglich sind. Diesen Konsens zu suchen, der Jugend der Region das Leitbild der Europaregion Tirol anziehend zu vermitteln, ist Aufgabe aller Koalitionspartner. Die Koalition wird den engen Kontakt mit Wien und dem Bundesland Tirol suchen, um auch in Nord- und Osttirol in der Bevölkerung einen gemeinsamen politischen Willen zu schaffen. Naturgemäß wird hier die SVP einer der Schrittmacher sein. Die SVP vertraut darauf, daß die italienischen Koalitionspartner die gleiche Rolle gegenüber der italienischen Staatsregierung und der Bevölkerung im Trentino wahrnehmen.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Erklärungen des designierten Präsidenten Dr. Grandi, der die Absicht der Koalition gegenüber den Chancen der innerstaatlichen Entwicklung klar geschildert hat. Einzelheiten des Vorgehens innerhalb eines klaren politischen Plans, das konkrete Zusammenwirken bzw. auch die fallweise Aufgabenteilung zum Ziel der Europaregion Tirol werden Gegenstand der laufenden Absprachen der Koalitionspartner sein. Dr. Grandi hat sehr zutreffend von der "testa pesante in un processo di trasformazione" gesprochen, die die Region dabei einnimmt.

Im Zuge dieser grundsätzlichen Überlegungen möchte ich noch einige weitere anbringen, um das demokratische Grundverständnis der SVP zu kennzeichnen:

Die Drei-Parteien-Koalition stellt zwar die Mehrheit im Regionalrat, wird sich aber - zumindest ist das der Wille der SVP - angelegen sein lassen, mit allen demokratischen Kräften der Opposition, der deutschen wie der italienischen, jedes nützliche Sachgespräch zu führen, dies auch im Vorfeld der Entscheidung. In der Demokratie gehört zu jeder regierenden Mehrheit eine demokratische Kontrolle durch

die Opposition. Eine kritische, undemagogische und mit wirklicher Geistesschärfe wahrgenommene Oppositionsrolle ist die andere Hälfte des Lebenselements der Demokratie. Mehrheit und Opposition sind in gleicher Weise vom Wähler zum Wirken für das Gemeinwohl verpflichtet. Das Gemeinwohl als solches steht über dem Parteienstreit. Dieser hat aber eine Dienstfunktion, nämlich in der demokratischen Auseinandersetzung das jeweils Beste zu finden. Als Vertreter der SVP spreche ich allen Abgeordneten der Opposition, die bereit, willens und fähig sind, sich nicht in populistischen Ergüssen, sondern in der kritischen und rüchhaltlosen geistigen Auseinandersetzung um die Grundfragen des bonum comune hervorzutun, vorab Anerkennung und Dank aus.

Das politische Grundziel der Europaregion Tirol ist auf den demokratischen Konsens über die Koalitionsmehrheit hinaus ebenso angewiesen wie auf den erst noch zu schaffenden Konsens der Bevölkerungsteile der Region von Borghetto bis Kufstein. Mutatis mutandis kommt der demokratischen Opposition also kein geringeres Maß an politischer Verantwortung für eine gute Zukunft zu wie der Koalition.

Die Europaregion Tirol zielt als Idee zunächst auf die Herstellung des Gemeinwohls der ganzen regionalen Bevölkerung ab, die ihre Identität in den verschiedenen Sprachgruppen ungebrochen beibehalten wird. Errungenschaften, die sich bewährt haben, werden nicht in Frage gestellt, sondern in einem neuen Rahmen neu ausgebaut und abgesichert. Vielfalt und Einheit sollen die zwei Seiten einer neuen Region sein.

Die unmittelbaren Programmpunkte der Kompetenzverlagerung an die Länder Südtirol und Trentino hat Dr. Grandi bereits erwähnt. Sie sind außerdem im Koalitionsprogramm aufgelistet. Die Länder werden am Ende der Legislatur auch auf diese Weise mehr autonome Zuständigkeiten besitzen. Dieser Übergang der Kompetenzen ist längst überfällig und wird zügig durchgeführt werden. Die SVP wird ihren Ehrgeiz darin setzen, die nötigen administrativen und legislativen Maßnahmen noch in der ersten Hälfte der Legislatur zu erreichen.

Auf einige wenige andere spezielle Programmpunkte will ich noch eigens verweisen:

Die SVP wird den Koalitionspartnern für die neue Haushaltsgebarung vorschlagen, die Mittel für die Hilfe an Länder in besonderen Notlagen bedeutend zu erhöhen. Diese Hilfe ist aus der Sicht der SVP eine humane Ehrenpflicht und soll planmäßig und auf die Dauer angelegt sein. Aus meiner persönlichen Sicht soll diese durch das Regionalgesetz Nr. 11/93 ermöglichte Hilfe an Völker in Not umgehend ein Prozent des Haushaltes ausmachen. Kirchliche und humanitäre Organisationen haben Beispiele der Nothilfe gesetzt. Sie sollen wesentlich stärker unterstützt werden.

Im Koalitionsprogramm ist auch ein Passus über die deutsche und ladinischsprechende Minderheit im Trentino enthalten. Die Region übernimmt ihren Teil der Verantwortung für den kulturellen Schutz dieser kleinen Volksgruppen vor

allem dadurch, daß sie ihnen Raum gibt, ihre Anliegen vorzutragen, und sie wird gegenüber dem Staat jedes zweckdienliche Bestreben unterstützen. Die SVP wird die bereits geknüpften Kontakte zu den betreffenden Gemeinden ausbauen und sich zu ihrem Fürsprecher machen.

Eine möglichen Änderung des regionalen Wahlgesetzes ist im Koalitionsprogramm ebenfalls ins Auge gefaßt. Es gibt darüber noch keine Vereinbarung im Detail. Auch die SVP hat noch keinen näheren Beschluß in der Sache gefaßt, sondern die Thematik nur allgemein diskutiert. Aus diesem Grunde kann die SVP zu diesem Zeitpunkt ihre nähere Haltung auch noch nicht erläutern. Im Laufe dieses Jahres wird die SVP ihre Beschlüsse fassen und dann die Beratung mit den Koalitionspartnern aufnehmen.

Ich gestatte mir aber meine persönliche Einschätzung und Absicht darzulegen:

Eine Wahlreform wird erfolgen, wenn nach reifliche Beratung tatsächliche Mängel am bisherigen System festgestellt werden. Daß eine Zersplitterung der Kräfte vermieden werden soll, dürfte auch für die Mehrheit der Opposition einleuchtend sein. Alles, was über eine Prozentsperre hinausgeht, muß den Nachweis erbringen, daß das freie demokratische Kräftespiel durch keine Bestimmung eingegrenzt wird. Prinzipiell muß der Wähler also sicher sein, durch seine Stimme jeder Partei und auch jedem Kandidaten die gleiche Chance zu geben. Der Wähler muß weiterhin echt auswählen können und das nicht nur innerhalb eines kleinen Gebietes, sondern auf Landesebene. Dies ist auch der Sinn von Art. 25 des Statuts, der eindeutig das Verhältniswahlssystem und ebenso eindeutig je einen Landeswahlkreis vorsieht. Mein Kollege Dr. Peterlini, Fachmann in Wahlfragen, hat seit Jahren immer wieder darauf verwiesen, daß ein gerechtes Wahlsystem darin besteht, daß weder Ausgrenzungen vorgenommen noch über Gebühr Raum für Minigruppen geschaffen wird, die sich nur auf einen nicht relevanten Wähleranteil berufen können. Das Vorzugsstimmensystem und die Auswahl auf breiter Ebene ist in meinen Augen unabdingbar. Die Vorzugsstimmenanzahl kann verringert werden, die bloße Parteiauswahl ohne Kandidatenauswahl durch den Wähler ist aber zumindest aus der Struktur einer Sammelpartei, also der SVP, abzulehnen.

Ich unterstreiche schließlich die im Koalitionsprogramm neu hervorgehobene Notwendigkeit der amtlichen Zweisprachigkeit in den Ämtern der Region und des Proporz. Die SVP wird sich in der Koalition so freundschaftlich wie eindeutig um diese Frage kümmern und auf die Chancengleichheit des deutschen Regionalpersonals achten. Dies wird auch unter dem Aspekt des Betriebsklimas für die deutschen Beamenschaft erfolgen. Die SVP ist überzeugt, daß ihre Koalitionspartner in dieser Angelegenheit kollegial mitwirken.

Zum Abschluß zitiere ich einige Sätze aus den Erklärungen des Kollegen Dr. Grandi und schließe mich für die SVP seinen Worten an:

"Il metodo con il quale intendiamo qualificare il lavoro del governo regionale sarà pertanto quello di un continuo confronto, nel rispetto della differenza di ruoli e responsabilità.... L'appello va dunque nel senso di una richiesta di collaborazione franca e leale per la costruzione delle condizioni istituzionali di una nuova stagione di sviluppo per le nostre comunità."

Die SVP sieht den neuen politischen Willen der Koalition als eine entscheidende Chance, von der Vergangenheit gemeinsam Abschied zu nehmen, die Vision "Europaregion Tirol" auf dem Gebiet des historischen Tirol voranzubringen, und zwar in loyalem demokratischen Zusammenwirken mit allen demokratischen Kräften dieses Hauses, mit den Landesregierungen und Landtagen in Trient, Bozen und Innsbruck, im Gespräche mit den staatlichen Regierungen in Rom und in Wien und in Kontakten mit europäischen Institutionen, nicht zuletzt in engem Kontakt mit der Jugend und Bevölkerung von Borghetto bis Kufstein. In dieser Legislatur wollen wir einen Grundstein setzen, eine Markierung abstecken und einen europaregionalen politischen Gemeinschaftswillen schaffen, auf dem zu einem späteren, hoffentlich nicht zu fernem Zeitpunkt andere das gemeinsame Haus fertigstellen können.

Auf diese Weise hofft die SVP, ihren geschichtlichen Auftrag zum Nutzen des Südtiroler Volkes, ihrer Landsleute im Bundesland Tirol und der Bevölkerung des Trentino zu erfüllen. Diese Zielrichtung des Handelns soll auch unser Beitrag für ein einiges Europa in Frieden, Freiheit, Sicherheit, Demokratie, Toleranz, Humanität und Kultur sein. Nur ein solches Europa kann auch ein überzeugendes Angebot für die Völker sein, die von Riga bis Skopje erwartungsvoll nach Westen blicken. In diesem unvollkommenen Europa liegt auch unser aller Teil an Verantwortung. Jeder einzelne von uns möge sie wahrnehmen. In diesem Geist lädt die Südtiroler Volkspartei jeden Kollegen dieses Hauses zur Mitwirkung am gemeinsamen Werk für die Zukunft ein.

(Illustre signor Presidente! Onorevoli colleghi della coalizione e dell'opposizione democratica!

La Südtiroler Volkspartei si compiace del fatto che si sia arrivati alla formazione della nuova coalizione di governo della Regione ed è consapevole che come partito di maggioranza relativa in tale coalizione ed in Consiglio regionale non solo può ora esercitare per la prima volta una maggior influenza rispetto al passato sulla vita politica della Regione, ma che saprà usare questa nuova forza con particolare responsabilità nei confronti di tutto il corpo sociale della Regione Trentino-Alto Adige. Sino ad oggi, per ovvi motivi la Südtiroler Volkspartei si era sentita in dovere di difendere prioritariamente gli interessi del Sudtirolo contro gli attacchi indiscriminati nei confronti della nostra autonomia provinciale da parte di altre forze politiche.

In questi ultimi decenni abbiamo più volte evidenziato i motivi della nostra avversione per questa Regione. Non serve dunque che io li ripeta. Per decenni la Regione ha rappresentato per il Sudtirolo un ostacolo al compimento della propria

autonomia provinciale. La manifestazione della Südtiroler Volkspartei a Castel Firmiano il 17 novembre 1957 con lo slogan "Los von Trient" è stata la naturale reazione politica al rifiuto netto del partito di coalizione trentino di mettere in atto le già allora esistenti possibilità di delega delle competenze al Sudtirolo, soprattutto nell'edilizia abitativa popolare. Anche dopo il 1945 questo settore veniva infatti utilizzato dal Governo italiano come mezzo per mettere in minoranza i sudtirolesi nella loro stessa terra attraverso una indiscriminata politica di immigrazione e privare quindi l'autonomia provinciale della sua stessa sostanza. Le esperienze fatte dai sudtirolesi sono state molto dolorose. Per motivi psicologici le conseguenze si sono fatte sentire anche dopo, quando l'azione difensiva dei partners di coalizione in Regione iniziò ad affievolirsi. Con questo programma di coalizione si chiude dunque questo difficile capitolo della storia sudtirolese e si apre un capitolo di assoluta equiparazione di diritti. Esprimendo la sua fiducia ai due partners di coalizione, la Südtiroler Volkspartei - quale rappresentante di maggioranza della popolazione sudtirolese dal 1945 - dichiara che lascerà agli storici il giudizio sulla storia del dopoguerra della Regione e sulle dichiarazioni programmatiche del Presidente designato Dr. Grandi ed impegnerà tutte le sue forze per affrontare con decisione questo nuovo cammino verso il futuro. E con questo vogliamo congedarci dal passato, nella convinzione fondata che tutti i partners di coalizione, consci delle loro responsabilità nei confronti di tutti i componenti della popolazione, siano come noi disposti a avviare senza ulteriori rinvii questo nuovo processo per dare a questa istituzione, con una nuova fantasia politica, i necessari contenuti politici e giuridici.

I rappresentanti della Südtiroler Volkspartei in Giunta regionale, d'intesa con il partito, daranno il loro contributo in tal senso e coglieranno ogni occasione per discutere con i partners di coalizione i problemi di fondo e le questioni specifiche anche al di fuori delle sedi istituzionali.

I rappresentanti della Südtiroler Volkspartei ritengono che la loro responsabilità nei confronti della Regione sia molto vasta e consista non per ultimo anche nel fatto di conoscere, attraverso le molte occasioni che si offrono, le istanze della popolazione italiana, nonché di quella tedesca e ladina del Trentino. La Südtiroler Volkspartei sosterrà ogni causa che servirà a favorire il bene collettivo della popolazione trentina.

Dall'altra i partners di coalizione italiani avranno molte occasioni per conoscere la realtà della società sudtirolese, per comprendere l'identità culturale e storica della nostra terra e considerarla come parte di un futuro disegno comune. Questa reciproca partecipazione alla vita culturale, collettiva e sociale dell'altra parte della popolazione nell'ambito delle tradizioni, del pensiero, degli usi e dei costumi costituirà per ognuno di noi il fertile terreno psicologico sul quale far crescere l'attività politica del futuro per il bene dell'intera Regione.

La Regione non sparirà, ma si spoglierà del suo vecchio abito per assumere politicamente la funzione di ponte, di collegamento politico ed umano con le

istituzioni e le popolazioni. Essa assumerà, con fantasia e flessibilità politica nuova, ogni iniziativa possibile per realizzare in modo credibile il progetto della Regione europea del Tirolo.

In questo senso vorrei ricordare i meriti di quei rappresentanti democratici che già in passato hanno dato avvio a tale progetto. Se si prescinde dall'Alto Adige che sin dall'inizio ha assunto posizioni chiaramente autonomistiche, vanno menzionati in modo particolare il Patt, e più precisamente il precedente PPTT e il movimento autonomista ASER, per avere difeso coerentemente per quasi 5 decenni il pensiero autonomista. Questo lungo periodo di lavoro ingrato e non compensato rappresenta un notevole merito storico che oggi viene riconosciuto anche da larghi strati della popolazione e recentemente anche dagli stessi elettori del Trentino.

Il disegno politico di una Regione europea del Tirolo non sarebbe nato se gradualmente in Trentino i politici del PATT non ne avessero preparato il terreno fertile. Il seme di questo patrimonio culturale è stato piantato in un terreno sassoso ed ora sta portando i primi frutti. Per questo il PATT rappresenta per la Südtiroler Volkspartei una forza insostituibile per raggiungere gli obiettivi che la coalizione si è prefissa. Lo stretto collegamento politico con la Südtiroler Volkspartei durante questi ultimi decenni è espressione di una condivisione di fondo degli obiettivi politici.

La Südtiroler Volkspartei esprime ufficialmente il suo ringraziamento agli autonomisti trentini per l'impegno politico in questi decenni ed assicura loro una stretta collaborazione politica anche per il futuro. La Südtiroler Volkspartei si compiace che questa collaborazione sia possibile ora anche in seno alla coalizione.

La Südtiroler Volkspartei coglie anche l'occasione per riconoscere al Presidente uscente della Giunta regionale, Dr. Andreolli, i meriti nel aver preparato in Trentino il terreno per questo nuovo progetto politico. In questi ultimi anni il Dr. Andreolli nelle sue dichiarazioni programmatiche al bilancio e con una serie di iniziative meritevoli ha contribuito in modo sostanziale a dare impulso al pensiero europeo. Questo ha fatto sì che la Südtiroler Volkspartei, malgrado iniziali perplessità, riconoscesse l'anelito dei partiti democratici del Trentino di essere ricompresi in una futura Regione europea del Tirolo.

Ed ora vorrei ricordare apertamente e senza perifrasi il timore non infondato dei democratici trentini che senza una Regione europea del Tirolo il Trentino un giorno potrebbe essere assorbito da una macroregione del Veneto perdendo così la sua specifica identità storica. Per la sua impostazione fondamentalmente autonomistica e con espresso riferimento alla comune storia tirolese nel territorio della corona austriaca la Südtiroler Volkspartei, in collaborazione con i partners di Giunta, rappresenterà dunque un partner affidabile per la salvaguardia dell'autogoverno politico, culturale e sociale della popolazione trentina che troverà la sua piena realizzazione nella graduale edificazione di una Regione europea. L'attuale Regione che con questo programma di colazione si congeda definitivamente dagli sbagli e dalle mediocrità politiche del passato, per volontà unanime dei partners di coalizione

diventerà il motore trainante di questo processo. E ricordo che in questo processo non potrà esserci il predominio di un solo partito, ma unicamente una partecipazione paritaria di tutte le forze che vi fanno parte. Con una prima applicazione dell'art. 18 dello Statuto di autonomia le competenze amministrative della Regione verranno ridotte e delegate alle due Province autonome. Il ruolo politico propositivo della Regione e del Consiglio regionale invece crescerà. Forse un giorno non tanto lontano queste aspirazioni troveranno compimento in una forma istituzionalizzata di Regione europea del Tirolo.

L'edificazione dell'Euregio Tirolo sicuramente non avverrà con meno problemi rispetto alla costituzione di altre Regioni europee transfrontaliere. Il confine di Stato al Brennero non rappresenterà un ostacolo per formare tale Regione europea. Così come l'Europa unita si costituisce attraverso il mantenimento degli stati nazionali e la cessione di parte della sovranità nazionale alle istituzioni europee, così la Regione transfrontaliera del Tirolo potrà essere istituita mantenendo i confini nazionali attraverso il consenso bilaterale dell'Austria e dell'Italia, ridistribuendo alle rispettive amministrazioni da ambedue i lati del confine competenze equiparabili e permettendo così una equivalente attività amministrativa e politica. I primi passi che la coalizione dovrà compiere in questa legislatura saranno rappresentati da forme istituzionalizzate di collaborazione che culmineranno più avanti in una unità costituita dalla molteplicità.

La Südtiroler Volkspartei è consapevole del fatto che effettivi passi politici saranno possibili solo con il consenso di tutti i componenti della popolazione della nostra Regione. Sarà compito di tutti i partners di coalizione cercare tale consenso e rendere attrattivo il modello di una Regione europea del Tirolo anche alla gioventù della Regione. La coalizione cercherà altresì uno stretto contatto con Vienna e il Bundesland del Tirolo, al fine di trovare una comune volontà politica anche nella popolazione del Tirolo del Nord e del Tirolo orientale. Ovviamente la Südtiroler Volkspartei avrà un ruolo di precursore in quel territorio. La Südtiroler Volkspartei confida nel fatto che i partners di coalizione italiani svolgeranno lo stesso ruolo nei confronti del Governo italiano e della popolazione trentina.

In questo senso faccio riferimento al documento programmatico del Presidente designato, dott. Grandi, che ha delineato in modo molto chiaro le intenzioni della coalizione in merito alle possibilità esistenti a livello nazionale. I dettagli relativi al modo di procedere all'interno di un chiaro disegno politico, la cooperazione concreta ed anche la ripartizione dei compiti che si renderà necessaria per raggiungere l'obiettivo di una Regione europea del Tirolo saranno oggetto di continue consultazioni con i partners di coalizione. Il dott. Grandi ha parlato giustamente di "testa pesante in un processo di trasformazione" assunto in questo contesto dalla Regione.

Sempre a questo proposito vorrei aggiungere qualche altra riflessione che caratterizza il pensiero democratico della Südtiroler Volkspartei:

La coalizione a tre costituisce la maggioranza in Consiglio regionale; comunque essa farà in modo - almeno questa è la volontà della Südtiroler Volkspartei -

di favorire il confronto, anche prima del momento decisionale, con tutte le forze politiche dell'opposizione sia tedesca che italiana. In ogni democrazia c'è sempre un controllo democratico da parte dell'opposizione sulla maggioranza di governo. Il ruolo di un'opposizione critica, non demagogico e svolto con acutezza di spirito costituisce l'altra parte fondamentale di quel principio irrinunciabile chiamato democrazia. La maggioranza e l'opposizione sono tenute nello stesso modo ad operare per il bene comune della collettività. Il bene comune come tale si pone al di sopra di ogni contrasto tra partiti che tuttavia ha una sua funzione, ovvero quella di trovare nella contrapposizione democratica la migliore soluzione. Quale rappresentante della Südtiroler Volkspartei io esprimo sin d'ora il mio riconoscimento e il mio grazie a tutti i consiglieri dell'opposizione che saranno disposti ad impegnarsi per il bene comune, non attraverso campagne populistiche, bensì attraverso confronti critici e apertamente produttivi sulle questioni fondamentali della nostra società.

Per potersi attuare l'obiettivo politico della Regione europea del Tirolo avrà bisogno non solo del consenso democratico della maggioranza di coalizione, ma anche del consenso ancora in divenire dell'intera popolazione della Regione da Borghetto a Kufstein. Mutatis mutandis, all'opposizione democratica va dunque, tanto quanto alla coalizione, una notevole parte di responsabilità nella vita politica nella nostra Regione.

L'Euregio Tirolo persegue lo scopo primario di garantire innanzi tutto il benessere comune di tutti gli abitanti della Regione mantenendo con dignità la sua identità nei diversi gruppi linguistici. Le conquiste di provata efficacia non verranno messe in discussione, ma consolidate ed ampliate in una nuova prospettiva. La specificità e l'unità saranno i due aspetti principali di questa nuova Regione.

I punti di programma più imminenti, come il trasferimento di competenze alle due Province di Trento e di Bolzano, sono già stati illustrati dal dott. Grandi. Essi sono del resto elencati dettagliatamente nel programma di coalizione. In questo modo le Province alla fine della legislatura si troveranno ad avere maggiori attribuzioni autonomistiche. Il trasferimento delle competenze aspettava da tempo di essere attuato e dunque avverrà quanto prima. La SVP si impegnerà affinché i necessari provvedimenti amministrativi e legislativi vengano adottati ancora nella prima metà della legislatura.

Farò riferimento ancora ad alcuni singoli punti di programma:

In occasione del nuovo esercizio finanziario la Südtiroler Volkspartei proporrà ai partners di coalizione di aumentare i fondi destinati ai paesi extracomunitari in particolare difficoltà. Questi aiuti rappresentano secondo la Südtiroler Volkspartei un obbligo morale e dovranno essere programmati nel tempo. A mio avviso i sostegni previsti dalla L.R. n. 11/93 per i paesi in particolari situazioni di difficoltà dovrebbero attestarsi sull'1% del bilancio regionale. Organizzazioni ecclesiastiche ed umanitarie con il loro contributo hanno dato esemplare prova di umanità. In futuro esse dovranno essere maggiormente sostenute.

Nel programma di coalizione c'è anche un passaggio sulle minoranze germanofone e ladine del Trentino. La Regione si assumerà la sua parte di responsabilità nella tutela culturale di questi piccoli gruppi etnici, facendo in modo che a queste minoranze venga dato lo spazio necessario per far sentire la loro voce e sostenendo le loro istanze anche di fronte allo stato nazionale. La Südtiroler Volkspartei intende ampliare i contatti già esistenti con i relativi Comuni e farsi loro portavoce.

Una possibile modifica della legge regionale è stata anche menzionata nel programma di coalizione. Comunque non esistono ancora accordi dettagliati in merito. Anche la Südtiroler Volkspartei non ha preso ancora una decisione definitiva a tale proposito, ma ha discusso solo genericamente la questione, per cui a tutt'oggi non è ancora in grado di illustrare la sua posizione. Nel corso dell'anno la SVP prenderà le sue decisioni ed inizierà le consultazioni con i partners di coalizione.

Mi si permetta un'ultima valutazione personale:

La riforma elettorale avrà luogo quando, dopo assennate consultazioni, saranno state verificate effettive deficienze al sistema attuale. Che si voglia evitare la polverizzazione delle forze penso sia chiaro anche alla maggioranza dell'opposizione. Comunque per tutto ciò che va al di là di uno sbarramento percentuale, si dovrà dimostrare che gli equilibri democratici non verranno turbati da alcuna norma. Fondamentalmente l'elettore dovrà essere quindi messo in condizione di poter dare ad ogni partito e ad ogni candidato le stesse possibilità. L'elettore deve poter essere libero nella sua scelta e questo non solo all'interno di un piccolo territorio, ma anche a livello provinciale. Questo è anche il senso dell'art. 15 dello Statuto di autonomia che prevede chiaramente il sistema elettorale proporzionale ed altrettanto chiaramente un unico collegio provinciale. Il collega Peterlini, esperto in questioni elettorali, ha ripetutamente fatto osservare che un sistema elettorale equo consiste nell'evitare l'isolamento o l'eccessivo spazio di gruppi minoritari che possono contare su di una quota non rilevante di elettori. Il sistema del voto delle preferenze e la selezione a largo raggio è a mio avviso indispensabile. Può essere ridotto il numero delle preferenze, ma la prospettiva di una semplice scelta dei partiti da parte dell'elettore, senza che vi sia anche la scelta dei candidati, risulta riduttiva per un partito di raccolta come il nostro.

E sottolineo infine la necessità evidenziata anche nel programma di coalizione della proporzionale e del bilinguismo amministrativo negli uffici della Regione. La SVP affronterà all'interno della coalizione questo problema in modo amichevole ma anche determinato e si adopererà per le pari opportunità del personale di lingua tedesca. Questo avverrà anche tenendo conto del clima di lavoro esistente negli uffici dei dipendenti di lingua tedesca. La SVP è convinta che i partners di coalizione collaboreranno collegialmente in questa direzione.

In conclusione cito ancora alcune frasi dalle dichiarazioni del collega Grandi, che la SVP condivide appieno:

"Il metodo con il quale intendiamo qualificare il lavoro del governo regionale sarà pertanto quello di un continuo confronto, nel rispetto della differenza di ruoli e responsabilità... L'appello va dunque nel senso di una richiesta di collaborazione franca e leale per la costruzione delle condizioni istituzionali di una nuova stagione di sviluppo per le nostre comunità."

La Südtiroler Volkspartei considera questa nuova volontà politica della coalizione un'occasione decisiva per prendere insieme congedo dal passato, per portare avanti la visione di una Euregio Tirolo sul territorio del Tirolo storico, e questo con la collaborazione democratica di tutte le forze democratiche di questo consesso, insieme alle Giunte e ai Consigli provinciali di Trento, di Bolzano e di Innsbruck, dialogando con i Governi di Roma e Vienna e attraverso contatti con le istituzioni europee e non per ultimo anche in stretta collaborazione con la gioventù e la popolazione da Kufstein a Borghetto. In questa legislatura noi vogliamo porre una pietra miliare, un primo segno per creare una volontà politica comune per una Regione europea, sulla quale altri, più avanti, in un futuro non troppo lontano potranno costruire la casa comune.

In questo modo la SVP spera di adempiere al suo compito storico nel bene comune della popolazione sudtirolese, dei suoi concittadini nel Land Tirol e nel Trentino. Questo obiettivo rappresenterà il nostro contributo per un'Europa unita di pace, libertà, sicurezza, democrazia, tolleranza, umanità e cultura. Solo un'Europa siffatta potrà essere un esempio da imitare per i popoli che da Riga a Skopie guardano con speranza verso l'occidente. In questa Europa perfettibile c'è anche la nostra parte di responsabilità che ognuno di noi deve assumersi. In questo spirito la Südtiroler Volkspartei invita tutti i colleghi di questo consesso a collaborare per costruire insieme il nostro futuro comune.)

(Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Ich danke dem Abg. Pahl für seine Stellungnahme und gebe das Wort der Abg. Zendron, die als Nächste auf der Rednerliste steht.

PRESIDENTE: Ringrazio il cons. Pahl per il suo intervento e do la parola alla cons. Zendron, che è la prossima iscritta sulla lista degli oratori.

ZENDRON: Grazie, signor Presidente, colleghe e colleghi.

Vorrei fare una breve premessa riprendendo un problema che ho posto nella Conferenza dei capigruppo la settimana scorsa sul momento in cui si svolge il dibattito in quest'aula. Ero convinta allora, e l'ho detto, e sono convinta ancora oggi che sia inopportuno che una discussione di questa portata, che anche un attimo fa il capogruppo del S.V.P. ha definito di significato storico e nel corso della quale si prenderà posizione su questioni che influenzeranno il destino di questa regione, non solo

come istituzione, ma intesa anche come popolazioni, credo che sia inopportuno che questa discussione avvenga nei giorni immediatamente precedenti un appuntamento che vede la conclusione di una competizione elettorale, che è di straordinario significato per tutto il nostro stato. Nello stesso tempo credo sia anche un segnale di scarso rispetto verso la questione in sé, verso il Consiglio e verso quei colleghi, che sono numerosi, che sono impegnati nella campagna elettorale e che si devono dividere fra queste due cose, penalizzando una e l'altra e credo sia ingiusto che l'una e l'altra cosa sia penalizzata.

Ora sull'argomento: abbiamo sentito la settimana scorsa le dichiarazioni del Presidente incaricato e poi abbiamo avuto il tempo di leggere il contenuto del patto di coalizione tra i partiti. Sono già in qualche maniera preannunciate dalla stampa, ma le due questioni su cui siamo chiamati a discutere si possono enucleare in questo modo: uno è il passaggio di competenze dalla regione alle province, la camera di commercio, credo, cooperazioni ed iniziative in campo sociale, e, il secondo punto, quello che il Presidente incaricato chiama nel suo capitolo "il traguardo della regione europea".

Sono sicuramente due questioni legate, anche se non si sa come, perché abbiamo sentito il Vicepresidente della regione dire anche adesso all'Euroregione arriveremo forse, ma è certo che invece la regione cominciamo a seppellirla da oggi e questo viene da lui rilevato come una soluzione molto positiva che fa giustizia di un'origine di peccato della regione e che troverebbe nella sua eliminazione la soluzione ideale.

Su questa valutazione ho qualche dubbio in più, credo che per quanto probabilmente il modo con cui oggi vive la regione, con cui si realizzano i rapporti tra il Sudtirolo ed il Trentino non siano del tutto soddisfacenti, rimane comunque il fatto, che, come credo, queste terre abbiano forti legami e che avrebbero diritto probabilmente a rivederli da un punto di vista più democratico, più di base, più concreto, piuttosto che non semplicemente a reciderli ed eliminarli.

Credo però che sia di per sé non molto rilevante che si deleghino competenze territorialmente, anzi, sono favorevole che di principio le competenze vengano delegate ad enti territorialmente più piccoli, e quindi più vicini alla gente, e che quindi sono maggiormente in grado di attuarle secondo il principio, che credo tutti condividiamo, della sussidiarietà e del decentramento fino a quando è possibile verso enti periferici ed anche verso il basso.

La seconda questione invece è di tutt'altra rilevanza e non è una discussione quella che dobbiamo fare oggi astratta o generica in vista di quella che, come Pahl ha detto in una sua intervista televisiva, forse fra 15 o 20 anni ci sarà l'Euregio Tirolo, perché, come abbiamo visto, ci sono a contrappeso dello svuotamento e dell'annientamento della regione così com'è si pone questa prospettiva di nuova architettura istituzionale, che dovrebbe sostituire anche in qualche modo l'assetto autonomistico che oggi abbiamo.

La domanda che la gente si pone e che dobbiamo porre al Presidente Grandi è questa: che cos'è l'Euroregione Tirolo? Nella sua relazione non c'è una risposta

e credo sia abbastanza chiaro, che di chiarezza non si possa parlare, infatti nel capitolo intitolato "il traguardo della regione europea" pag. 16 riappare in modo ossessivo per ben tre volte la parola "chiara" o "chiaro", questo è un segnale psicanalitico che c'è bisogno di chiarezza.

Oggi il Presidente incaricato ci chiede di dare una cambiale in bianco ai partiti di Giunta, anzi al partito che ha dettato le condizioni per questo patto di Giunta, e quindi chiediamo, visto che l'abbiamo chiesto più volte al S.V.P. senza avere risposta, al P.A.T.T. ed al P.P.I. che cosa intendono per Euroregione Tirolo e quali sono le loro riflessioni, o le riflessioni che hanno fatto dopo avere detto di sì, o nel momento in cui hanno firmato questo patto di coalizione.

Dal testo delle dichiarazioni del Presidente incaricato emerge una contraddizione, che corrisponde ai due tipi di regionalismo che esistono oggi in Europa, o, se vogliamo, più propriamente ai due concetti di regione europea che si sono affermati in qualche maniera oggi in Europa: da una parte c'è un regionalismo che è inteso come una collaborazione transfrontaliera con cui si cerca di avvicinare i popoli vicini per fare perdere di significato i confini; chi abita vicino alle frontiere ha le possibilità di fare delle cose insieme, concretamente, sul piano della cultura, della formazione professionale e dell'ambiente, si inquadra nel concetto di vero regionalismo del decentramento del potere decisionale verso realtà più piccole e verso il basso, di modo che sia la gente, addirittura la persona ed il piccolo gruppo, che possa prendere il maggior numero possibile di decisioni e ritroviamo un accenno di questo concetto a pag. 18, laddove il Presidente dice "ci sarà una forma di graduale integrazione fra le province di Trento e Bolzano ed il Land Tirol a partire dai settori in cui già oggi le potenzialità di collaborazione sono maggiori: pianificazione del territorio, temi ambientali, organizzazione del turismo, sistema dei trasporti, formazione culturale e ricerca scientifica, standardizzazione dei criteri normativi e licenze" e poi sottolinea per essere capito "l'orizzonte deve essere quello di una regione europea di fatto prima ancora che giuridica, costituita a partire da un'integrazione e di nuovo culturale, sociale ed economica già operante"; questo si inquadra in questo concetto di euroregione di quello che potremmo dire il vero regionalismo senza altre ombre.

Dall'altra parte troviamo un regionalismo che è abbracciato da forze politiche più o meno francamente nazionaliste e che comunque nei loro obiettivi hanno il ritorno a confini del passato, comunque la costruzione di nuove realtà territoriali, caratterizzate, per usare le parole di Jörg Haider, il leader nazional-liberale austriaco, da una omogeneità etnica.

I Verdi mettono in guardia i trentini ed i sudtirolesi da questo traguardo di regionalismo, che pure in qualche maniera trapela e lo troviamo alla fine della stessa pag. 18, dove si dice "le singole identità culturali ed etniche vengono promosse al ruolo di protagonisti nella costruzione di una nuova realtà territoriale di dimensione europea", nulla di male, ma il correre verso qualcosa di impreciso cela in sé il rischio di scontro con visioni della realtà che non sono quelle che vorremmo.

Quindi, Presidente Grandi, questa differenza nel concepire la futura Euregio del Tirolo, che rimane ambigualmente presente anche nelle sue dichiarazioni, dove si fa un grande sforzo per metterle insieme, questi due modelli inconciliabili meritano un po' un approfondimento delle fonti e delle radici da cui provengono, perché se volete che questa sia una legislatura costituente rispetto ai nuovi obiettivi di sviluppo, come si dice a pag. 12, dove si dice che "con la chiusura del Pacchetto si deve avviare una nuova fase con la definizione di nuovi obiettivi di sviluppo", se vogliamo avviare davvero una nuova fase che mette profondamente in discussione i risultati di una fase costituente che è durata, possiamo dire, 20 anni, ma in realtà molto di più, da tutto il dopoguerra, o per lo meno dal 1957, dal "Los von Trient" dove si è rivisto tutto, e che si è appena conclusa nel giugno 1992, oggi si vuole riprendere quasi daccapo, credo che deve essere chiaro ai cittadini di questa regione, di tutti i gruppi linguistici del Trentino e del Sudtirolo, che cosa si vuole e a quali modelli ci si riferisce.

Quindi approfondiamo un attimo il primo modello, quello del vero regionalismo, nell'ambito del quale troviamo le uniche euregio che funzionano da decenni, una di queste si chiama semplicemente Euregio e si trova al confine tra l'Olanda e la Germania. Questa realtà transfrontaliera ha sviluppato progetti concreti di collaborazione tra le popolazioni negli ambiti culturale e della formazione professionale, turistico, artigianale. Il suo obiettivo è il superamento di fatto del confine fra due popolazioni che avevano un'esperienza di violenta contrapposizione e che sarebbe potuta sfociare in una nuova intolleranza. E' per superare questi odi antichi che nel 1958 è nata questa Euregio, che è la più antica. Completamente estranea è in questa Euregio la tentazione di uscire dai riferimenti statali e la sua caratteristica essenziale è di essere espressione dei cittadini e dei loro bisogni, nasce infatti per volontà dei Comuni e dei Consorzi dei Comuni, quindi nasce dal basso.

E' questa forma di regionalismo di base che ha spinto gli stati a dare vita alla convenzione di Madrid del 1980, che prevede forme di collaborazione a carattere anche istituzionale, con la riserva dei 25 chilometri, di cui, come sapete, si è avvalsa l'Italia nel trattato bilaterale con l'Austria che è stato firmato nel gennaio del 1993. Naturalmente possiamo essere più o meno felici, non lo siamo molto del fatto che l'Italia abbia chiesto di avvalersi di questa limitazione, però questa esiste.

La collaborazione transfrontaliera aggrega realtà territoriali sulla base di problemi comuni di carattere pragmatico, sta in questa visione la scelta del Vorarlberg di aderire piuttosto che all'ipotesi di Euregio Tirolo all'Euregio del lago di Costanza, la discriminante di fondo è stata espressa con chiarezza esemplare - a mio parere - dal Landeshauptmann del Vorarlberg alla seduta congiunta dei quattro Consigli regionali il 2 giugno del 1993, quando disse, e lo vorrei qui ricordare, "aderire ad un'Euroregione non è una questione di simpatia, ma di geografia", concluse in un modo che mi sembra sia importante ricordare, perché è un contributo alla chiarezza, quella chiarezza che viene qui sempre nominata, ma per esorcizzare i dubbi che nascono dalla confusione degli obiettivi. Il Landeshauptmann del Vorarlberg concluse il suo discorso dicendo: "La

storia è importante, ma più importante sono l'economia ed il futuro degli abitanti del Vorarlberg", facendo una precisa distinzione fra la sua personale o di altri simpatia nell'aderire ad un progetto ed invece la realtà delle cose a cui viene fatta giustizia proprio nel rappresentare gli interessi effettivi dei cittadini.

Quindi come non vedere la differenza fra il primo modello, quello che ho descritto adesso, di regionalismo vero, credo che sia quello - voglio fare una pausa - uno degli elementi di più grande rinnovamento che c'è stato negli ultimi anni anche nella politica italiana, perché possiamo non condividere tante cose, però se c'è una cosa che i nuovi movimenti, ed in particolare la Lega Lombarda e la Lega Nord, hanno portato nel panorama politico italiano è stato di esprimere questo disperato bisogno di decentramento che avevano gli italiani. Non condivido il fatto che si formino dei nuovi staterelli più o meno grandi, che finiranno per essere organizzati, proprio per la loro debolezza, nuovamente a livello centralistico, però il concetto del decentramento, lo sforzo di esprimere a livello politico quel bisogno insopprimibile di andare contro il malgoverno che deriva dal centralismo è la cosa più rivoluzionaria che c'è stata in questi anni e che si esprime a tanti livelli: il diritto ed il bisogno del cittadino di prendere su di sé la responsabilità, di prenderne il peso, il dovere ed il diritto nello stesso tempo, perché non c'è diritto senza dovere, non c'è la possibilità di decidere senza avere il peso della responsabilità e credo che questo sia l'elemento che ci fa ragionare intorno alle nuove regioni e questa è una cosa sacrosanta e che anche come movimento verde condividiamo profondamente, perché, come voi sapete, i Verdi, oltre a sviluppare delle visioni di grande dimensione, hanno sempre avuto come slogan "pensare globalmente", a livello del globo terrestre, ed "agire localmente", cioè prendersi individualmente o come piccoli gruppi la responsabilità rispetto all'ambiente, al territorio ed a tutti i vari aspetti della vita.

Devo dire che tuttavia le intenzioni, poche e reticenti, che sono state espresse dagli esponenti soprattutto del S.V.P., perché dalle altre parti sapere sull'Euregio non ne è venuto, si avvicina molto di più ad un altro modello, che non a questo di regionalismo vero ed autentico, ed il secondo modello è un regionalismo di carattere etnico, che qualche volta assume le forme - non credo nel nostro caso - addirittura di aspetti revanscisti e che cerca di ripristinare realtà storiche vagheggiate come miticamente perfette, senza tenere conto dei bisogni concreti e delle aspirazioni dei cittadini o cercando di costruire, di incentivare l'espressione di aspirazione e bisogni dei cittadini, non direi concreti, ma comunque in qualche forma di invogliarli con queste cose che si sono sentite anche prima: "Poi il Trentino va nel Veneto, perde la sua ricchezza, il suo benessere economico, non risolve la sua crisi", però questo diventa un elemento che si sovrappone a quello che invece caratterizza questa scelta e vorrei fare degli esempi concreti, perché non sto facendo un discorso ideologico, ma sto cercando di inquadrare e semplificare, pur sapendo che le cose anche in parte si toccano e si avvicinano, sto cercando di partire dalla realtà concreta dell'Euregio, e partiamo da esempi concreti.

Dopo la caduta del muro di Berlino e soprattutto dopo le terribili vicende jugoslave, che hanno visto l'erezione di nuovi confini, nel tentativo inutile di creare nuove realtà politiche etnicamente omogenee, ed io dico inutili, perché sappiamo che sempre all'interno di una realtà, per quanto la si cerchi di ritagliare, comunque dentro rimane qualche minoranza, che diventa uno degli elementi di vita della democrazia, accettare di essere minoranza, di essere maggioranza e svolgere un ruolo in quel senso, costringere la realtà più ampia nella quale ci si trova a riconoscere i diritti è un grande servizio che si fa alla democrazia ed è un modo anche per costringere la maggioranza alla democrazia.

Dopo questi fatti, la caduta del muro di Berlino, c'è stato un cambiamento nel comportamento e nelle richieste fatte dai rappresentanti degli esuli dai territori della Pomerania e della Slesia, che oggi appartengono alla Polonia ed alla Repubblica Ceca; improvvisamente i rappresentanti di questi movimenti, che fino ad un attimo prima pretendevano l'autodeterminazione o il recupero degli antichi confini nel giro di pochissimi mesi sono diventati improvvisamente regionalisti. Un esempio: Hartmut Koschyk, che è segretario generale della federazione dei profughi tedeschi, come sapete della Pomerania, della Slesia, dei Sudeti eccetera, è da sempre uno dei più accerrimi nemici del riconoscimento del confine dell'Oder-Neisse da parte della Germania, che è avvenuto nel 1987, come sapete; prima proponeva l'autodeterminazione per quei territori, ovviamente un'autodeterminazione un po' speciale, perché lui proponeva che a votare non fossero solo le popolazioni residenti, ma anche i 12 milioni di profughi con le loro famiglie che erano stati cacciati - la tragedia che li aveva coinvolto non ha bisogno di essere ricordata - nel dopoguerra, quindi con un risultato abbastanza evidente di questi.

Nell'ottobre del 1990 a Norimberga, al famoso Tag der Heimat, che lì si svolge ogni anno, il leader nazionalista propose improvvisamente un cambio completo di strategia, pur mantenendo i suoi obiettivi e propose la nascita di una Euroregione sull'Oder-Neisse, l'Euroregione di Pomerania e questa conversione è descritta da Michel Korinman, professore universitario di Nanterre di Parigi 10, e lo descrive con queste parole: "E' evidente che Koschyk ed i suoi amici della federazione dei profughi hanno rapidamente capito la forza dell'argomento europeista, la sua capacità di convinzione", noi ci dobbiamo chiedere di che genere di europeismo, in realtà i leader del movimento dei profughi tedeschi, che sono fautori del ritorno ai vecchi confini del Reich, sono ancora estremamente vaghi sulle prerogative dell'Euroregione in tema di organizzazione del territorio, cioè esattamente quello che troviamo nelle dichiarazioni del Presidente Grandi, mentre sottolineano il fatto che la Slesia resta impregnata di germanità, questo non è il nostro caso, ma comunque la vaghezza sul progetto che si vuole realizzare è un elemento comune.

Un ulteriore motivo di sospetto verso questo secondo modello di Euregio, che è basato sulla nostalgia etnica, è il fatto che coloro che propongono o sostengono queste euroregioni contemporaneamente prendono le distanze o criticano

apertamente il progetto di Europa unita, voglio citare non un personaggio di secondo piano, ma il Ministro bavarese Stoiberg, che afferma in un'intervista alla Süddeutsche Zeitung "dopo l'unificazione la Germania non ha più bisogno dell'Europa". Questo segnale, espresso molto fortemente e molto condiviso in Baviera, non è stato fino adesso raccolto dal Cancelliere Kohl, sarebbe un segnale che rischierebbe di fare abbandonare alla Germania la politica europeista, seguita senza soluzione di continuità nel dopoguerra, dal tempo di Adenauer ad oggi, che ha garantito la pace in Europa e la riappacificazione tra la popolazione tedesca e le altre nazioni europee dopo gli orrori della seconda guerra mondiale.

Quindi questi sono i due modelli, il regionalismo vero ed il regionalismo nazionalista; tra di loro ci possono essere dei mescolamenti, però di per sé non sono due modelli conciliabili, è questo che vorrei dire al Presidente Grandi, perché il primo ha lo scopo dello sviluppo della pacifica convivenza, mentre il secondo insegue pericolose illusioni di rivincita sulla storia.

Facciamo un ulteriore passo e scendiamo da questi due esempi ed avviciniamoci alla proposta dell'Euregio Tirolo: da dove nasce? Da chi nasce? Quando nasce l'idea dell'Euregio Tirolo? Tra i fautori dell'Euregio Tirolo - non vado in ordine di tempo, perché poi ci sarebbero le rivendicazioni - si contano le forze della destra nazionalista austriaca, per esempio, Jörg Haider dapprima come Koschyk, di cui abbiamo parlato prima, sostenitore dell'autodeterminazione per il Sudtirolo, tanto da essere l'unico insieme al suo gruppo nel Parlamento di Vienna a votare contro la chiusura del pacchetto, ha dichiarato recentemente, esattamente il 15 giugno 1992 alla Frankfurter Allgemeine, che non c'è più bisogno dell'autodeterminazione, perché l'unificazione avverrà attraverso l'Euregio, successivamente l'ha ripetuto anche in riunioni a Bolzano in cui diceva che non c'è più bisogno della cabina elettorale. Fra i sostenitori sudtirolesi dell'Euregio ci sono anche gli stessi che fino a pochissimo tempo prima proponevano la secessione, anche se posso ben ammettere che ci possa essere una conversione, come il Vicepresidente di questa Giunta regionale, Franz Pahl, che in coincidenza con la manifestazione del 15 settembre 1991 a Gries am Brenner, che nelle intenzioni dei suoi organizzatori aveva lo scopo di proclamare l'autodeterminazione, presentò un libro dal titolo significativo Wiedervereinigung jetzt, cioè "riunificazione subito". La manifestazione del Brennero a suo tempo fallì, credo per il buon senso della popolazione e dell'allora Obmann del S.V.P. Roland Riz che mi piace ricordare, forse perché è proprio dalla sua avversione agli avventurismi istituzionali che dipende la scarsa fortuna che ha avuto poi nella sua carriera politica, almeno all'interno del partito.

Un anno e mezzo dopo, nel giugno del 1993, il nostro collega Pahl partecipa ad uno dei numerosissimi convegni di Andreolli sulla regione e presenta un progetto di costituzione di un'Euregio Tirolo e qui ci sono i trentini, anche se poi rimane il dubbio che la loro presenza sia necessaria per non suscitare troppe reazioni negative da parte dello stato italiano e degli italiani del Sudtirolo principalmente, che qui non sono molto considerati. I trentini possono essere anche uno strumento, non è chiaro in

questo testo quale sia il ruolo reale e concreto che essi avranno nella costruzione di questa futura regione.

Il Presidente della Giunta provinciale Durnwalder dichiara l'anno scorso al Kurier nell'edizione tirolese "noi la faremo se i trentini vorranno far parte dell'Euregio bene, altrimenti fa lo stesso" e la stessa cosa è stata ripetuta più volte, solo naturalmente in Austria ed anche da altri.

L'Euregio viene naturalmente proposta nominando tutti i sostenitori, anche da Frasnelli, che è l'ideatore, poi da lì espulso del Runder Tisch in cui il Trentino, nonostante la nostra ripetuta richiesta non è rappresentato e di cui su 24 membri uno solo è di lingua italiana, una funzionaria della provincia. Frasnelli qui ovviamente ha avuto un destino di lanciare una cosa e poi di vedersela scippata, visto che ne ha perso il controllo.

Infine l'Euregio senza mai arrivare ad un confronto reale con la gente, senza mai arrivare ad un momento in cui si capisse che cosa c'è di concreto, è diventata, attraverso Brugger, uno degli obiettivi ufficiali del S.V.P. e rimane comunque sempre l'impressione che sia uno slogan da riempire per strada, una cosa che si lancia prima ancora di avere riflettuto quali siano le vere intenzioni che la faranno realizzare ed anche in parte un ottimo argomento per politici che trovano un po' diminuito occuparsi di cose più concrete, più serie, quelle normali di cui i cittadini normalmente sono preoccupati.

Sarebbe importante sapere esattamente che cosa coloro che la propongono intendono per Euregio e vorrei dire che fra gli elementi importanti di dubbio rimane - lo voglio ripetere - anche la questione dei tempi, perché più volte è stato ripetuto - da chi sull'Euregio ci ha riflettuto, che è Franz Pahl - oggi aboliamo la regione e l'Euregio nascerà fra 15 o 20 anni, che cosa succederà nel frattempo? Vi invito a leggervi sempre di quel convegno di cui almeno alcuni interventi erano interessanti, "50 anni dell'accordo Degasperi-Gruber" del giugno del 1993 a Bolzano a Castel Mareccio organizzato dalla Regione, da Andreolli, l'intervento del prof. Dentz dell'Università di Innsbruck, che senza pregiudizi ideologici, ovviamente, visto che non è al di qua del confine del Brennero, ha fatto uno studio dal punto di vista sociologico sugli elementi di vicinanza e di lontananza della popolazione sudtirolese e tirolese dopo 70 anni di separazione ed è interessantissimo notare come su moltissimi punti ci siano moltissime più convergenze tra sudtirolesi e trentini che non tra sudtirolesi e tirolesi. Non voglio esagerare il significato di questo, però credo che se partiamo invece che dalle nostre ideologie o dai nostri sogni o dai nostri tentativi di tornare indietro o di andare avanti e prescindendo dalle cose, se teniamo conto invece delle aspirazioni, le sensibilità e quindi dei bisogni della gente, questo sia un elemento fondamentale che si riproporrà, perché se ci saranno 15 anni di vuoto, in cui non ci sono legami concreti e reali tra il Sudtirolo ed il Trentino, dopo sarà inutile un'euroregione, perché ci sarà una profonda estraneità, che ci piaccia o no, perché naturalmente ai sudtirolesi ed ai tirolesi

non piaceva o non piace che ci sia questa diversità, però di fatto credo che la politica si faccia tenendo conto delle cose concrete.

Oggi - approfitto della ri-attenzione del Presidente Grandi - ci viene chiesto di votare una Giunta in cui il Vicepresidente sarà Franz Pahl e che quindi avrà un grande ruolo e che ha percorso anche il cammino che abbiamo visto prima dalla richiesta di autodeterminazione alla scoperta della forza della carta europeistica e non so se dobbiamo credere a Frasnelli che in un'intervista ha affermato che "Pahl è rinsavito e si è portato sulle sue posizioni", le posizioni di Frasnelli, vorrei che fosse lo stesso Pahl a dire quali sono oggi le sue intenzioni, perché credo che si possa anche cambiare, bisogna magari che sia un cambiamento reale, però mi chiedo perché il S.V.P. ha proposto proprio lui alla Vicepresidenza della regione, regione che nel bene o nel male ne rappresenta ancora oggi il legame istituzionale dei destini dei trentini e dei sudtirolesi. Come è possibile che il P.P. ed il P.A.T.T. tacciano di fronte alle sue dichiarazioni, che lo hanno fatto definire da un giornalista "becchino della regione"? Credo che per ottenere il nostro appoggio lei, Presidente Grandi, dovrebbe essere in grado di dichiarare con chiarezza quale modello di euroregione la sua Giunta cercherà di attuare. Le chiedo di fare una dichiarazione onesta - non mi confonda, non metto in dubbio la sua onestà - in cui dica a noi come rappresentanti delle popolazioni trentine e sudtirolesi che cosa vuole lei personalmente e che cosa crede che riuscirà a fare con la Giunta che ha.

Noi Verdi siamo sempre stati favorevoli alla collaborazione transfrontaliera, vuol dire che su moltissimi piani, su tutte le questioni ambientali, la pratichiamo ogni giorno, abbiamo rapporti strettissimi con il Tirolo, con la Baviera montana, con la Svizzera, con il Vorarlberg, con il Trentino, rapporti di lavoro concreti fra persone. Siamo favorevoli ad un'intensificazione forte di questa collaborazione, siamo pronti a sostenere l'intensificazione dei rapporti che permettano la soluzione di problemi comuni, che migliorino la conoscenza e la convivenza fra i popoli vicini, superando in modo reale le frontiere. L'euroregione non può avere lo scopo di ripristinare i vecchi confini, nemmeno se sono più larghi, perché le questioni oggi sono più ampie, il ripristino del vecchio confine del Tirolo taglierebbe il Parco dello Stelvio, ad esempio, e dividerebbe le popolazioni ladine fra di loro ancora di più di quanto non lo siano oggi.

Se dobbiamo porre un limite a questa collaborazione transfrontaliera non mi sembra che possa essere altro che quello dell'ecosistema alpino, qui c'è un senso, noi sudtirolesi e trentini abbiamo punti in comune, somiglianze profonde con tutte le popolazioni delle Alpi, abbiamo problemi comuni, problemi ambientali, del traffico, economici, come l'agricoltura di montagna, la scarsa concorrenzialità della nostra economia montana rispetto al modello di concorrenza semplice della comunità europea, abbiamo somiglianze e culture simili, abitudini alimentari, lingue, la copresenza di minoranze, di popolazioni diverse ed anche, direi come fatto positivo, la capacità di rispettare le diversità.

Quindi, concludendo, il progetto di un'Euregio potrebbe avere senso se intesa secondo il primo modello, quello del vero regionalismo, della collaborazione concreta. Condizione indispensabile sarebbe comunque il consenso dei cittadini e la sua creazione dal basso. La gente credo sia stanca, almeno per quanto riguarda il Sudtirolo, di architetture istituzionali e dopo 20 anni di fatica per raggiungere un risultato nell'attuale economia e chiudere il pacchetto, non mi sembra sia un fatto positivo né per chi l'ha fatto, né per la popolazione che vive nella nostra terra, il proposito di eliminarla e di cambiarla radicalmente senza avere pronta un'alternativa valida e chiara. A mio parere prima di distruggere bisognerebbe costruire, cercare di modificare invece che annientare, non mi sembra il caso di cui discutiamo oggi.

Non intendo fare quella che dà i consigli, però mi permetto di chiedere agli amici trentini di riflettere su tale questione e su questa ipotesi, in cui si dice "oggi seppelliamo la regione, fra 10 o 15 anni nascerà qualcos'altro", se è vero come è vero che voi trentini non fate parte del "Runder Tisch", che si sta configurando come una costituente, sia pure anomala, sia pure segreta, di cui nessuno riesce a sapere qualcosa, chi vi garantisce che una volta abrogata la regione voi sarete all'interno dell'Euregio, o che in qualsiasi maniera parteciperete a definirne il quadro?

Chiedo a Grandi, se crede davvero a quello che ha scritto a pag. 19, in cui dice "facendosi forza della snellezza che le viene dall'assenza di funzioni amministrative" la regione si potrà proporre "nel ruolo di testa pensante" dell'Euregio? Una testa vuota generalmente non pensa, vorrei dire con una brutta battuta, però vorrei sapere fino a che punto si può credere a questa affermazione, quando dall'altra parte c'è il rifiuto degli esecutivi del Tirolo e Sudtirolo, di ammettere una partecipazione a pari titolo e dignità del Trentino al "Runden Tisch", la regione può pensare, però chi decide sta da un'altra parte.

Concludo, caro Presidente, sono una persona convintamente regionalista e non solo perché voglio che ci siano le regioni contro lo stato, ma perché vorrei che le regioni delegassero a loro volta il potere ai comuni ed alle realtà più piccole, che ci fosse veramente quel decentramento che la gente chiede con sempre più forza. Sono convinta che il Sudtirolo ed il Trentino abbiano molto in comune, così come molti legami esistono anche fra Sudtirolo e Tirolo, fra Tirolo e Baviera, fra Trentino e Veneto e così via, come per esempio il Tirolo ed il Vorarlberg e la Carinzia eccetera.

Mi auguro che le popolazioni che vivono ai confini di queste regioni possano, quando lo desiderano, vivere insieme ed avere rapporti amichevoli e costruttivi, temo e credo di esprimere un sentimento comune ai nostri cittadini, il timore che la proposta di annientare la regione e di illudersi ed illudere nelle capacità mirabolanti di un'Euregio dall'aspetto fumoso sia indice di ambiguità politica e di cedimento alla volontà del S.V.P. di recidere ogni legame con il Trentino.

Vorrei dire che noi Verdi ci proponiamo con un'immagine un po' femminile, come quelli che cuciono ed a cui dispiace che si tagli, piuttosto che cucire.

A noi rappresentanti del popolo normalmente viene chiesto di essere concreti, di trovare soluzioni concrete a problemi concreti, sia pure all'interno di progetti basati su valori, le cosiddette visioni. Nelle sue dichiarazioni lei non ci ha dato elementi di che cosa potrebbe essere questa futura Euregio, né, a differenza di Pahl, ha fatto alcun accenno ai tempi di realizzazione.

Noi Verdi siamo preoccupati dalla mancanza di concretezza e di chiarezza, perché siamo consci della serietà della posta in gioco, che è grande ed è un futuro di convivenza e di pace tra popolazioni vicine contro la rinascita di nazionalismi e delle tentazioni di sopraffazione etnica.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Abg. Zendron.

Der Nächste auf der Rednerliste wäre der Unterfertigte, aber nachdem der Präsident nicht da ist, überspringe ich mich einmal, indem ich auf der Rednerliste bleibe und das Wort dem Abg. Fedel erteile.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Zendron.

Io sarei il prossimo relatore iscritto a parlare; tuttavia non essendo attualmente presente il Presidente Tretter, rinvio a dopo il mio intervento e do la parola al cons. Fedel.

FEDEL: Grazie, signor Presidente. Innanzi tutto vorrei precisare una questione di metodo che è stata usata da parte del Presidente designato e da parte dei componenti di questa futura Giunta regionale nei confronti del gruppo regionale Ladins-Autonomia Trentino.

Il gruppo Ladins-Autonomia Trentino non è stato neppure sfiorato, neanche formalmente, quindi dico sfiorato per dire che non è stato sentito per quanto riguarda le trattative che si stavano conducendo a livello regionale per la formazione e la composizione della Giunta.

Se per quanto riguarda la posizione del consigliere che vi sta parlando la questione può essere sfumata, altrettanto non può dirsi per quanto riguarda la posizione del cons. Willeit, in qualità di rappresentante della seconda componente etnica di questa regione, i ladini.

Il fatto che non si sia sentita la necessità, Presidente designato, di sentire il gruppo Ladins Autonomia Trentino con particolare riferimento al cons. Willeit, il quale rappresenta, volenti o nolenti per volere del popolo, la minoranza etnica ladina, significa essere partiti con il piede sbagliato e rendere scarsamente credibili le dichiarazioni che lei ci ha letto e che ci ha successivamente consegnato; questo significa dare ragione al dott. Piero Agostini, già direttore dell'Adige e dell'Alto Adige, con il suo volume "La convivenza rinviata", è un piccolo grande rinvio della convivenza interregionale fra i gruppi etnici presenti. La nostra vuol essere una sottolineatura, non ci sentiamo né sminuiti né offesi, per carità, però è un campanello d'allarme che vogliamo

sottolineare, sappiamo anche perché non siamo stati invitati come gruppo, per il divieto certamente del S.V.P. nei confronti del cons. Willeit, che non vuole digerire il problema che la rappresentanza ladina non faccia capo più al suo gruppo, almeno per questa legislatura, e forse per un assopimento da parte del Presidente designato, che pensava che autonomia Trentino Liste Civiche possa essere rappresentato dal P.A.T.T., sono due questioni, due forze politiche diverse, ancorché convergenti, ma diverse.

Quindi preghiamo che non ci sia più questo assopimento da parte sua, signor onorevole Presidente, non gliene facciamo una colpa, ma può essere - lo chiamiamo così - assopimento, mentre più grave è secondo me il fatto che non si sia sentito il cons. Willeit, perché sappiamo che questo certamente fa riferimento ad un certo divieto del S.V.P.. Questo veto, parliamo in senso positivo, perché non è certamente parlando in senso negativo che si ricuciono le cose, che si mettono insieme i problemi, che si ricompongono dopo tanti anni questa regione, che se ben guardiamo è stata costituita dal primo statuto di autonomia del 20 febbraio 1948 ed ha incominciato a fare le proprie crepe, a falsare i propri colpi nel momento in cui non è stato rispettato lo spirito dello statuto del 20 febbraio 1948, cioè l'art. 14 quando, su richiesta legittima dei rappresentanti del S.V.P. e quindi del gruppo etnico di lingua tedesca, non si è fatto scattare l'art. 14 che significava delegare ai Consigli provinciali per la gestione autonoma. Da lì siamo arrivati al 1957, e qui ricordo due fatti che sono importanti, uno riguarda la minoranza etnica tedesca e ladina del Trentino e che fa riferimento a Pruner, che in questo Consiglio ricordò la presenza della minoranza etnica mochena, lusenera e ladina, e la risposta dell'allora Presidente fu "caro Pruner, tu sei vox unica clamantis in deserto", "sei la voce unica che parla nel deserto", oggi finalmente vediamo riconosciuta la presenza reale dei Fassani, dei Ladini, degli abitanti di lingua tedesca della valle del Fersina e di Luserna, ma nel 1957, ribadisco, il cons. Pruner del Partito del Popolo Trentino Tirolese ricordò questo e gli fu risposto "vox unica clamantis in deserto".

Possiamo anche andare più oltre, per dire dove siamo arrivati, e qui vorrei attirare un attimino l'attenzione degli amici e colleghi del S.V.P. e degli altri gruppi sul fatto dell'Euregio, perché mi pare che l'impostazione - stante anche il tempo, non possiamo esaminare pagina per pagina la relazione -, i due principali problemi che sono posti all'attenzione del Consiglio regionale riguardano le riforme elettorali e l'Euregio.

Passo innanzi tutto al discorso dell'Euregio, ma prima concordo con la collega che mi ha preceduto che bisogna dare un'impostazione razionale, quanto meno credibile alla regione. Permettetemi che vi ricordi quanto hanno fatto i comuni trentini e le rappresentanze dei comuni trentini ANCI ed UNCEM in questo senso: siamo depositari di due documenti, uno in lingua tedesca ed uno in lingua italiana, uno è la traduzione dell'altro, dove in qualità di componente dell'esecutivo dell'ANCI, con incarico anche dell'UNCEM, mi sono recato rispettivamente dal Dr. Zelger per quanto riguarda il consorzio dei comuni della provincia di Bolzano e dal dott. Hermann Arnold per quanto riguarda il Verband dei comuni del nord Tirolo e ne abbiamo tratto questo

documento, dove i comuni, l'Euregio l'hanno già realizzata nei fatti: "ANCI-UNCCEM via Belenzani, Trento, Innsbruck 12.07.1993. Egregi signori Presidenti, all'inizio di quest'anno i rappresentanti della federazione dei comuni del Tirolo si sono incontrati a Trento con rappresentanti della federazione ANCI-UNCCEM e la federazione dei comuni della provincia di Bolzano - qui è stato tutto confuso dal Presidente della Giunta regionale e dai Presidenti delle Giunte provinciali quando noi, rappresentanti dei comuni abbiamo portato qui a Trento con Pahl anche il Capitano del Tirolo, e ciò, ribadisco, su iniziativa mia, dei comuni ANCI-UNCCEM, del consorzio dei comuni, e del Verband dei comuni, si sono impossessati immediatamente di tale evento il Presidente del Consiglio provinciale Giordani, successivamente il Presidente della Giunta regionale e quindi il Presidente Bazzanella in rappresentanza della provincia di Trento. Non ci interessano comunque queste esteriorità, ma bensì i risultati e precisamente l'approvazione del documento comune. Si è concordato tra l'altro di curare contatti continui e di istituire un comitato permanente, se nel frattempo in connessione con la Regione Europa del Tirolo sono apparse sulla stampa delle espressioni che hanno dato adito a dubbi sulla comunanza degli intenti delle federazioni dei comuni del Trentino, dell'Alto Adige e del Tirolo, la federazione dei comuni del Tirolo constata in proposito che la regione Europa del Tirolo si compone delle tre colonne Trentino, Alto Adige e Tirolo. Firmato dott. Hermann Arnold, 12.07.1993". Chi volesse vedere il documento originale è a disposizione.

Pertanto è chiaro che sul proposito del discorso regione Tirolo Euregio non ci sono discussioni per quanto riguarda le nostre convinzioni, ma ci sono invece discussioni su come comporre la regione, dove nulla o pochissimo c'è in questa brillante relazione, onorevole Presidente, ma comprendiamo anche che la tattica è la necessità del politico che intende guidare una coalizione.

Vorrei però ricordare agli amici del S.V.P., ai sudtirolesi, dopo aver letto questo, in un modo forse un po' colorito, ma non tanto, se ricordano che cosa significa "Franzenfeste", il significato della "Französische Kirche" in Innsbruck, che cosa significa "Bergisel" e "Mantova". Quattro località chiave di una lotta fatta fra trentini, sudtirolesi e nordtirolesi per la difesa del territorio della cosiddetta, quella che doveva configurarsi come l'Euregio. Ma questo lo dico agli amici sudtirolesi per far capire che in quella lotta è stato versato anche sangue trentino, in quella lotta, che può essere geograficamente identificata con Franzenfeste, la fortezza dei francesi, la Französische Kirche, la chiesa dei francesi, il Bergisel, mi riferisco ad Andreas Hofer, per chi volesse non capire queste cose, e Mantova, perché lì fu ucciso, in quella lotta ci fu anche sangue trentino e quindi nell'Euregio i trentini vogliono, come qui hanno voluto i comuni trentini, altoatesini e nordtirolesi, entrare a pieno titolo; non ho ricordato questi quattro riferimenti geografici soltanto per fare della retorica o della storia facile, ma per ricordare che noi trentini vogliamo nella regione e nell'Euregio la pari dignità e non vogliamo perciò che si possa dire, come ha affermato Pagliaro, il direttore dell'Alto Adige domenica, dopo aver letto la sua relazione nell'articolo di fondo, onorevole

Presidente designato, "Tirolo, dolce chimera sei tu", non ve lo leggo, però chi volesse farlo è di domenica 20 marzo, "mi pare insomma - il dott. Pagliaro conclude l'articolo con molta acutezza - che la discussione sul Pantirolo va affrontata con il passo del montanaro, lento, costante e guardingo.". Non proseguo, perché non voglio annoiarvi, essendo del resto mio desiderio affrontare anche altri argomenti, ma nel mentre diamo la nostra adesione convinta al programma dell'Euregio, ribadiamo la necessità della pari dignità per la provincia autonoma di Trento ed i suoi cittadini, come ribadiamo che è indispensabile e necessario che si metta onestamente mano ad una nuova ristrutturazione di questa regione nel rispetto delle autonomie provinciali, sancite dal secondo statuto di autonomia del 1972, sia ben chiaro, con il massimo rispetto e ribadiamo quella fantastica o fantasiosa idea che secondo noi per salvare questa regione e quindi salvare le autonomie delle due province e salvarci dagli avventurieri politici che nasceranno domenica, è indispensabile che si ripensi a far sì che si faccia un collegio unico che vada dal Brennero a Mama d'Avio, a Martincelli in Valsugana, alla Cà Rossa in Val Giudicarie e si crei un Consiglio regionale ad hoc, distinto dalle due province autonome, che ci siano due Consigli provinciali ed entro questi, nel massimo della loro autonomia sancita dalla Costituzione con lo statuto del 1972, ci sia un senato della regione, che discuta con pari dignità, con altezza ed autorevolezza sia con Roma, sia con Innsbruck, sia con Vienna, sia con Monaco, sia con Bonn sia con Berlino, sia con Parigi. Faccio dei nomi, per ricordare qualche punto di riferimento, ma a nostro avviso rilanciamo questa idea di disgiungere le due province e chiuderle - nel senso buono del termine - in questo cerchio regionale composto in modo paritetico in una votazione di collegio unico che va dal Brennero ad Ala. Naturalmente non servono più 70 consiglieri regionali, se ne possono avere 40 tagliandone 30, non ha nessuna importanza, però è un'idea sulla quale pensare.

Dopo il congresso drammatico e straordinario del S.V.P. del 22.11.69, in cui la mozione Benedikter, Dalsass, Dietl e Brugger venne bocciata, ed ottenne il 42,8%, mi pare, e la mozione Magnago ottenne la differenza, verso il 55% per quanto riguarda l'accettazione o meno del pacchetto, significa la trasformazione dell'autonomia del Sudtirolo nella formula del pacchetto; il Presidente Magnago intervistato dai giornalisti esprimeva la sua soddisfazione per aver vinto, anche se sul filo di lana, però pronunciò una frase storica: "Un sì eterno, badate bene, non esiste", probabilmente parafrasava, cons. Giordani, nonché Vicepresidente del Consiglio provinciale, un detto francese: "in politica ed in amore né mai né sempre", credo che Magnago quella volta avesse parafrasato questo motto, ebbene, forse è il caso di tenerne conto, oggi abbiamo sentito come il designato Vicepresidente Pahl si sia trasformato, sia accresciuto nel senso regionalista e questo ci fa piacere; può essere che siano maturati i tempi, può essere che, come diceva mia nonna, "dopo tanti anni e mesi l'acqua torna a i so paesi", può essere che sulla via di Damasco, come Paolo di Tarso, ci sia stato il colpo della resurrezione, noi crediamo, siamo portatori di ottimismo ed abbiamo sentito accarezzare da buon regionalista i nostri timpani, regionalista corretto, però, non regionalista

sopraffattore delle autonomie delle due province. Ecco, "dopo tanti anni e mesi l'acqua torna a i so paesi", in sostanza, che cosa vogliamo da lei, Presidente designato?

Vogliamo una regione socialmente più giusta, economicamente più libera, politicamente sovrana, il che significa, politicamente sovrana sia dalle eccessive interferenze delle due province autonome, ed ho fatto così con le braccia, perché una sta a nord e l'altra sta a sud, come politicamente sovrana dalla schiacciante pressione che viene sia dal sud che dal nord, ed allora con le braccia faccio così; socialmente più giusta, economicamente più libera e quindi ecco che riconosciamo all'interno della sua relazione, dicendo "economicamente più libera", una certa sensibilità ai fatti economici, non soltanto si attribuisce una spinta o un potere regolamentare, ma cerca di essere anche sensibile ai fatti sociali ed economici, dopo di che sarà come guida, come indirizzo, ma anche di questi non soltanto il formalismo, ma anche un po' di sostanza.

Arriviamo ora al secondo problema fondamentale, che risolvo in poco tempo, che è quello della riforma elettorale.

E' inutile stare a recriminare che la riforma elettorale doveva essere fatta prima dell'insediamento di questo Consiglio, camminare con la testa indietro e fare delle recriminazioni sarebbe superfluo, però deve essere un impegno indispensabile ed improrogabile, nella sua relazione si parla di riforme elettorali in generale e si parla di riforma elettorale anche dell'elezione diretta del sindaco. Crediamo già il 13 dicembre dello scorso anno di aver dato il nostro modesto contributo presentando il primo disegno di legge per l'elezione diretta del sindaco, ora parlo come assessore agli enti locali della provincia autonoma di Trento, abbiamo le amministrazioni comunali che stanno insieme con molte difficoltà, per non dire qualcosa di più, abbiamo amministrazioni in crisi e molte stanno insieme con difficoltà, con notevole disagio per quanto riguarda l'amministrazione dei comuni e quindi la caduta di efficienza sulle popolazioni, pertanto pur auspicando in questo disegno nuovo che si apre con questa relazione con le dichiarazioni di Pahl di una nuova apertura del grosso partito sudtirolese nei confronti della Regione, se difficoltà di natura interetnica di equilibrio dovessero ritardare eccessivamente, la riforma per l'elezione diretta del sindaco, vorremmo invitare il signor Presidente designato ed i partiti che sostengono la sua Presidenza a voler almeno accelerare una riforma transitoria per quanto riguarda l'elezione diretta nella provincia di Trento; ma credo che voi sudtirolesi avete già un esempio di come si potrebbe salvare, come diceva il candidato alla Vicepresidenza Pahl, il problema della presenza e della distinzione delle varie forze politiche, da come votate già con un proporzionale da sempre nei comuni di fatto della vostra provincia, ma volevo comunque ribadire che è importante, indispensabile e vitale per l'efficienza delle nostre amministrazioni comunali che si addivenga celermente ad un disegno di legge che ho già presentato, che può essere anche buttato al macero non importa, cambiato tutto, l'importante è che sia arrivato lo stimolo il 13 dicembre e che sia stato messo negli impegni di Giunta, l'elezione diretta del sindaco. Di questo ne prendiamo atto e questo sarà uno dei motivi che ci farà valutare come gruppo il modo con il quale ci comporteremo dopo aver

sentito ed aver seguito con attenzione il dibattito e la replica dell'onorevole signor Presidente designato. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Fedel.

Der Präsident ist immer noch nicht zurückgekehrt. Also lasse ich den Abg. Benedikter zu Wort kommen.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Fedel.

Il Presidente non è ancora rientrato. Quindi dò la parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Die vom Abg. Grandi im Namen der in Partito Popolare italiano umgetauften DC, der Südtiroler Volkspartei und des sogenannten PATT abgegebenen programmatischen Erklärungen beinhalten die Bekräftigung der Streitbeilegungserklärung und damit der Selbstaufgabe der deutschen Volksgruppe Südtirols als völkerrechtlich anerkanntes Element, das als Übergangslösung die im Pariser Vertrag und im Paket vorgesehene Autonomie nur für Südtirol erhalten hatte, während die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes vorbehalten blieb. Gegen alle Grundsatzklärungen, daß die Region mit dem Pariser Vertrag nichts zu tun habe und deshalb abzuschaffen sei - siehe zuletzt noch Brugger im Regionalrat und im Landtag - wird sie wie noch nie grundsätzlich bejaht, sei es gegenüber dem italienischen Staat sei es gegenüber Europa. Ich zitiere nur aus der Regierungserklärung in italienischer Sprache, denn diese ist maßgebend: "La regione può assolvere un fondamentale ruolo di comunicazione e di sollecitazione nei confronti dello stato. ...Il tema del neoregionalismo si impone all'ordine del giorno del dibattito politico anche come difesa dell'unità nazionale. ...La tutela delle minoranze etniche, linguistiche e culturali presenti nel nostro territorio rimane uno dei compiti principali della regione." Also ich muß sagen, der Abg. Pahl macht es nicht so heikel. Er sagt, damals sei die Kundgebung von Sigmundskron veranstaltet worden, weil die Region Südtirol u.a. bezüglich Volkswohnbau auch unterdrückt hätte. Ich möchte nur erinnern, daß die primäre Zuständigkeit für Volkswohnbau seit 1948 bei den Provinzen war. Also kann die Region Südtirol deswegen nicht unterdrückt haben - dies nur so nebenbei. Der Untergang dessen, was Südtirol, South-Tyrol international bis zur Streitbeilegungserklärung und zum Anschluß Österreichs an die Europäische Union einschließlich Maastricht-Vertrag bedeutet hat, wird von 19 der 24 deutschen Landtagsabgeordneten - ich weiß nicht, was die Abg. Kury dazu sagt -, soweit es von ihnen abhängen kann, besiegelt. Es ist genau das Gegenteil dessen, was mit der "Los von Trient"-Kundgebung 1957 eingeleitet worden war. Übrigens hat heute der Abg. Pahl ausdrücklich gesagt, daß das "Los von Trient" endgültig begraben ist, d.h. es wird eine gegenteilige Entwicklung wieder eingeleitet.

Gewissermaßen als Ausrede dient eine Auslegung des Maastricht-Vertrages, die frei erfunden genau das Gegenteil dessen vortäuscht, was im Vertrag wortwörtlich steht. Ich fordere hier alle auf, mich zu widerlegen. In der Regierungserklärung ist die Rede von einer eindeutigen Option für einen europäischen Bundesstaat und von der Anerkennung der entscheidenden Rolle der Regionen. Also erlogen von A bis Z, sowie wird davon gesprochen, daß die europäische Union eine Stärkung der Regionalverwaltungen vorsieht, das steht da. Worauf wiederum der Schluß nicht etwa auf den Bundesstaat Italien, sondern auf starken Regionalismus gezogen wird, ganz im Sinne der Haltung des Partito popolare, ebenso des PDS, der Kommunisten, des ehemaligen Partito comunista italiano, dessen Vertreter das erste Mal seit 1948 in den Landesausschuß aufgenommen worden ist.

Ich führe jetzt nur einige Stellen des Urteils des deutschen Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Oktober 1993 über den Vertrag von Maastricht an. "Der Vertrag begründet einen europäischen Staatenverbund, der von den Mitgliedsstaaten getragen wird und deren nationale Identität achtet. Er betrifft die Mitgliedschaft Deutschlands in supranationalen Organisationen, nicht eine Zugehörigkeit zu einem europäischen Staat. ...Ein Übergewicht von Aufgaben und Befugnissen in der Verantwortung des europäischen Staatenverbundes würde die Demokratie auf staatlicher Ebene nachhaltig schwächen, sodaß die mitgliedsstaatlichen Parlamente die Legitimation der von der Union wahrgenommenen Hoheitsgewalt nicht mehr ausreichend vermitteln könnten. Vermitteln die Staatsvölker, wie gegenwärtig Italien, Frankreich usw., über die nationalen Parlamente demokratische Legitimation, sind mithin der Ausdehnung der Aufgaben und Befugnisse der europäischen Gemeinschaften vom demokratischen Prinzip her Grenzen gesetzt. Würden etwa europäische Einrichtungen oder Organe den Unionsvertrag in einer Weise handhaben oder fortbilden, die von dem Vertrag, wie er dem deutschen Zustimmungsgesetz zugrundeliegt, nicht mehr gedeckt wäre, so wären die daraus hervorgehenden Rechtsakte im deutschen Hoheitsbereich nicht verbindlich. (Dasselbe gilt selbstverständlich auch für Italien). Die deutschen Staatsorgane wären aus verfassungsrechtlichen Gründen gehindert, diese Rechtsakte in Deutschland anzuwenden. Dementsprechend prüft das Bundesverfassungsgericht, ob Rechtsakte der europäischen Einrichtung und Organe sich in den Grenzen der ihnen eingeräumten Hoheitsrechte halten oder aus ihnen ausbrechen. Die Mitgliedsstaaten haben die europäische Union gegründet, um einen Teil ihrer Aufgaben gemeinsam wahrzunehmen und insoweit ihre Souveränität gemeinsam auszuüben." Das sagt das Urteil... Nein, die Souveränität kann nicht als neues Objekt übertragen werden, sondern die Vertreter des Staates versammeln sich, um gewisse Befugnisse gemeinsam auszuüben. Aber nur das, was vertraglich festgesetzt ist und was jederzeit widerrufen werden kann. Das steht im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. In ihrem am 11. und 12. Dezember 1992 in Edingburgh gefaßten Beschluß betonen die im Europäischen Rat vereinigten Staats- und Regierungschefs daß im Rahmen des Vertrages über die europäische Union

unabhängige und souveräne Staaten aus freien Stücken beschlossen haben, im Einklang mit den bestehenden Verträgen, einige ihrer Befugnisse gemeinsam auszuüben. Dementsprechend nimmt der Unionsvertrag auf die Unabhängigkeit und Souveränität der Mitgliedsstaaten bedacht, indem er die Union zur Achtung der nationalen Identität ihrer Mitgliedsstaaten verpflichtet, die Union und die europäischen Gemeinschaften nach dem Prinzip der begrenzten Einzelzuständigkeit nur mit bestimmten Kompetenzen und Befugnissen ausstattet und sodann das Subsidiaritätsprinzip für die Union und für die europäische Gemeinschaft zum verbindlichen Rechtsgrundsatz erhebt. Jedenfalls ist eine Gründung vereinigter Staaten von Europa, die der Staatswerdung der Vereinigten Staaten von Amerika vergleichbar wäre, derzeit nicht beabsichtigt. Gegen die Begründung einer Kompetenz, Kompetenz der Union, d.h. daß die Union sagen kann, da bin ich und nicht der Staat zuständig oder umgekehrt, spricht durch Art. f, Absatz 3, des europäischen Unionsvertrages bereits, daß der Unionsvertrag an keiner Stelle den übereinstimmenden Willen der Vertragsparteien erkennbar werden läßt, mit der Union ein selbständiges Rechtssubjekt zu gründen, das Träger eigener Kompetenzen sein soll. Die Union besitzt nach Auffassung der Bundesregierung weder im Verhältnis zu den europäischen Gemeinschaften noch zu den Mitgliedsstaaten eine gesonderte Rechtspersönlichkeit." Das wäre das Zitat des Bundesverfassungsgerichtes und dieser Standpunkt wird sicher auch von Italien eingenommen.

Ich habe also einige Stellen des Urteils des deutschen Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Oktober 1993 angeführt und ebenso was die Konferenz der deutschen Länder über die Verweigerung der Länderebene als mitentscheidend für die europäische Union festgestellt hat. Ich verlese kurz: "In Maastricht wurde der neue Vertrag über die europäische Union für absehbare Zeit über die Jahrhundertwende hinweg vereinbart, denn die dritte Etappe der Währungsunion beginnt, wenn es gut geht, erst 1999. Damit ist nach dem Willen der Einheitsstaaten Frankreich, Großbritannien und Italien das sogenannte Europa der Regionen bis auf weiteres begraben. Unter Europa der Regionen verstehen die Länder Deutschlands und die Regionen Italiens und Spaniens, daß neben der Regierung der europäischen Gemeinschaft und der Staaten als dritte Ebene die Regionen bzw. Bundesländer anerkannt werden, die die Einhaltung des Subsidiaritätsgrundsatzes ihnen gegenüber beim Europäischen Gerichtshof einklagen, sowie bei EG-Beschlüssen, die ihre Interessen betreffen, mitentscheiden sollten können. Nichts von dem ist im neuen Vertrag enthalten, nur, daß die Regionen zusammen mit den anderen Gebietskörperschaften einen beratenden Ausschuß bilden, dessen Mitglieder von den Staaten ernannt werden. Über die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzipes gegenüber den Staaten in Angelegenheiten, die nicht schon in die Zuständigkeiten der Europäischen Union fallen, entscheiden die EG-Organen, die von den Staatsregierungen bestellt werden. Im neuen Art. f des Maastricht-Vertrages ist sogar der gegenteilige Grundsatz enthalten, daß "die kommende Union die nationale Identität - nicht etwa der Völker, die in Europa leben, groß und klein - der Mitgliedsstaaten innerhalb der bestehenden

Grenzen anerkennen", also Italiens, Frankreichs usw. Ebenso heißt es im Art. f: "Die Grundrechte werden anerkannt, wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen dieser Mitgliedsstaaten ergeben". Dazu gehört in Italien die Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis, wie sie der Verfassungsgerichtshof in rund 70 Urteilen auch uns gegenüber bekräftigt hat.

Jetzt noch von mir ein kurzer Kommentar dazu. Auch wenn der sogenannte Binnenmarkt, der ja schon 1957 vorgesehen war und mit der politischen Union an sich nichts zu tun hat, mit dem freien Personen-, Güter-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr hundertprozentig kommt, ändert sich nichts an der politischen Ordnung und an der von der Südtiroler Volkspartei und Österreich in der Streitbeilegungserklärung gegenüber den Vereinten Nationen bejahten Vereinheitlichung des italienischen Staates, zuletzt durch die Koordinierungsbefugnis mit freiwilliger Assimilierung an den italienischen Staat. Die Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis wurde Mitte der 70er-Jahre eingeführt, selbstverständlich nicht nur wegen Südtirol, sondern um auf europäischer Ebene als unerschütterliche, politische und rechtliche Einheit auftreten zu können, um dem Art. 5 der Verfassung, der von der Repubblica una ed indivisibile, Nachdruck zu verhelfen. Sodaß eine Europaregion, wie sie die Südtiroler Volkspartei vorgibt, noch anzustreben, ein Hirngespinnst bzw. ein Volksbetrug ist.

Der Regionalrat hat am 19. Februar 1991 eine Resolution für die bundesstaatliche Reform Italiens verabschiedet. Wir haben dagegen gestimmt, nicht weil wir gegen den Bundesstaat wären, sondern weil, wie im Verfassungsgesetzentwurf des Aostanischen Abgeordneten Luciano Caveri vom 23. Oktober 1991, neu eingebracht am 3. November 1993, nicht das Selbstbestimmungsrecht aller für den Bundesstaat in Frage kommenden eigenständigen Völker der heutigen Regionen Italiens vorgesehen war. Das ist alles vergessen, statt dessen heißt es auf Seite 8: "Il tema del neoregionalismo si impone all'ordine del giorno del dibattito politico anche come difesa dell'unità nazionale". Aufgrund des Maastricht-Vertrages gibt es keine Regionen und auch die bundesstaatliche Verfassung Italiens wird fallengelassen. Ich gratuliere der Südtiroler Volkspartei und dem DC-Anhängsel PATT.

Das kommunistische System ist weltweit zusammengebrochen. Dafür ist in Italien nicht die kommunistische Partei, sondern die christdemokratische Partei zusammengebrochen, weil sie nur vom Antikommunismus gelebt hat und das Schmiergeld zum System der Führung der Staatsgeschäfte erhoben hat. Dazu gehört auch das System der Vortäuschung falscher Tatsachen, siehe Regierungserklärung des Herrn Grandi, an dem die SVP trotz der reichlich gemachten Erfahrung in aller Form mitmacht, siehe Seite 12, wo es heißt: "...molti degli obiettivi di tutela delle minoranze che allora ci si era posti sono stati efficacemente raggiunti". Ja, der Proporz ist im Begriff zur Gänze abgebaut zu werden. Die Bevorzugung der einheimischen Staatsbürger bei der Arbeitsvermittlung ist bereits abgeschafft und hinsichtlich der Ortsnamengebung ist man im Begriffe, alle aufgrund der faschistischen Dekrete

gebräuchlichen Ortsnamen, in aller Form zu veramtlichen. Man tut, als ob die mit dem Madrider Vertrag von 1980 vom italienischen Staate von Fall zu Fall mit Staatsgesetz zu genehmigenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Verwaltungsangelegenheiten das Europa der Regionen darstellen würde. Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat es immer schon mehr oder weniger gegeben und die wird jetzt vom Staate her von Fall zu Fall gesetzlich genehmigt. Damit wird das Europa der Regionen vorgetäuscht.

Der Binnenmarkt und auch die 100prozentige Durchführung des Maastricht-Vertrages ändern am heutigen politischen Zustand gar nichts. Im Gegenteil, dieser wird europarechtlich besiegelt, indem alle Staaten einschließlich Österreich, die eindeutige nationale Identität, auch Italiens, innerhalb der bestehenden Grenzen anerkennen. Das steht im Maastricht-Vertrag. Aber wie dann ein Grandi bzw. mit ihm die Südtiroler Volkspartei sagen kann, im Maastricht-Vertrag ist die kommende Europaregion schon vorgezeichnet, das ist einfach eine Lüge und man soll mir das Gegenteil beweisen. Mit dieser Anerkennung auch Österreichs und aller übrigen Staaten der europäischen Union der nationalen Identität Italiens innerhalb der bestehenden Grenzen wird nicht nur das Selbstbestimmungsrecht, sondern auch der Pariser Vertrag innerhalb der europäischen Union als überholt erklärt, gilt völkerrechtlich als überholt. Österreich hat sich bekanntlich sogar geweigert, irgendeinen Vorbehalt, nicht wegen des Selbstbestimmungsrechtes, sondern in Zusammenhang mit dem Pariser Vertrag und dem Paket zu machen, sondern um ja nicht die Zustimmung Italiens zum Anschluß Österreichs zu gefährden. Damit wird der innerstaatlich durch den Verfassungsgerichtshof nach der Streitbeilegungserklärung erfolgte Proporzabbau - denn der Verfassungsgerichtshof hat nach der Streitbeilegungserklärung einen Kurswechsel vollzogen, weil er davon Kenntnis genommen hat, daß das Paket eine inneritalienische Angelegenheit ist und wenn das Paket nicht eingehalten wird, vom italienischen Staat zurückgenommen wird, daß diese Nichteinhaltung in Den Haag nicht eingeklagt werden kann - unter Verzicht auf die Bevorzugung der einheimischen Staatsbürger bei der Arbeitsvermittlung völkerrechtlich durch diese Regierungserklärung nachvollzogen.

Schließlich sei noch daran erinnert, daß gemäß Verfassungsgesetz das System des Verhältniswahlrechtes, wegen Minderheitenschutz, um Art. 6 der Verfassung einzuhalten, für die ganze Region gilt. Dieser Art. 25 ist durch die Wahlreform für das Parlament nicht abgeschafft worden. Ebenso wenig der Art. 36, der vorschreibt, daß die Ausschüsse aus dem Regionalrat bzw. den Landtagen gewählt werden, sodaß von einer Unvereinbarkeit zwischen Landtagsabgeordneten und Ausschußmitgliedern nicht die Rede sein kann. Ich verstehe diesen Unsinn wirklich nicht, der hier verabreicht wird, wo man u.a. auch von Unvereinbarkeit zwischen Regionalräten und Ausschußmitgliedern spricht, obwohl Art. 36 des Autonomiestatutes ganz klar etwas bestimmt, was wir seit 1948 wissen, daß eben die Ausschüsse aus den

Reihen des Parlamentes gewählt werden müssen. Aber es ist auf derselben Linie, wenn man sagt, der Vertrag von Maastricht sieht ein Europa der Regionen vor.

Schließlich sei an den Art. 61, erster Absatz, erinnert, der ausdrücklich die verhältnismäßige Vertretung der Sprachgruppen bei der Erstellung der Organe der örtlichen Körperschaften vorschreibt und das gilt dann auch für die kommende Gemeindewahlreform -, sodaß der Staat gar nicht durch Staatsgesetz - angenommen die Region täte nichts - vorschreiben könnte, sondern das neue Parlament müßte ein eigenes Gesetz verabschieden, womit das Autonomiestatut, die Art. 36 und 61, in erster Linie abgeändert müßten. Wenn die SVP ihren ursprünglichen Grundsätzen treugeblieben wäre, würde sie heute, so wie 1959, nicht mehr am Regionalausschuß teilnehmen, bis das neue Parlament die bundesstaatliche Verfassung gemäß Resolution des Regionalrates von 1991 beschließt, womit die Voraussetzung zur Abschaffung der Region geschaffen würde. Denn wenn Südtirol als solches entscheiden kann, ob es diesem Bundesstaat beitrifft und das Trentino entscheidet für sich, dann wäre die Region damit abgeschafft. Damals, 1959, sind die Assessoren der Südtiroler Volkspartei aus dem Regionalausschuß ausgetreten, um das "Los von Trient" zu erzwingen, wofür mit dem Paket ein dem Buchstaben nach wesentlicher, wenn auch nicht entscheidender Schritt getan worden ist. Heute könnte nach der wesentlichen Aushöhlung des Paketes durch die Koordinierungsbefugnis und nach der verhängnisvollen Streitbeilegungserklärung samt Maastricht die Nichtteilnahme der Südtiroler am Regionalausschuß ein Signal bedeuten, daß die Südtiroler mit dieser Rückentwicklung nicht einverstanden sein können. Aber ich habe heute vom Abg. Pahl gehört, daß man diese Rückentwicklung ja in aller Form feierlich einleiten will. Da jedoch mit dieser Programmklärung genau das Gegenteil bekräftigt wird, können wir dagegen nur dadurch protestieren, indem wir in aller Form dagegen stimmen.

Ich möchte allerdings noch auf etwas hinweisen. Da wird auch gesagt, wir werden dafür sorgen, daß die Region alles delegiert. Ich war Mitglied des Regionalausschusses von 1953 bis 1959 mit dem Auftrag zu erreichen, daß der damalige Art. 14 durchgeführt werde, daß alles delegiert werde. Odorizzi hat sich systematisch dem widersetzt und dann ist die Kundgebung von Sigmundskron gekommen und der Austritt aus dem Regionalausschuß. Es ist dann das Paket gekommen und die neue Ordnung der Region, wo die Provinzen dann die meisten Zuständigkeiten anstelle der Region erhalten haben. Aber heute möchte ich nur daran erinnern, daß - Volkswohnbau war immer schon Zuständigkeit der Provinzen - also daß es heute gar nichts mehr zu delegieren - mit Ausnahme der Aufsicht über die Handelskammern - gibt, wenn man der Ansicht ist, daß das auch noch delegiert werden muß, sonst ist alles delegiert, was delegiert werden kann. Das haben wir damals erreicht, denn die Region hat Ordnungsgesetzgebung und diese beinhaltet ja keine Delegierungsnotwendigkeit von Verwaltungsbefugnissen, sondern man muß davon ausgehen, daß die Provinz, was die Durchführung betrifft, siehe Sanität, schon durch das bestehende Autonomiestatut befugt ist.

Mit der Europaregion Tirol, unter der ich einen selbständigen Staat verstehe, kann die Frage entstehen : Nordtirol, Südtirol und was ist mit dem Trentino, das hat ja auch zu Tirol gehört und muß sich doch auch, wenn es will, diesem neuen selbständigen Staat, der sich dann Tirol nennen kann, anschließen können. Ich habe das am 19. August gegenüber dem Außenminister Andreatta in Malè anlässlich dieser Gedenkfeier für Bruno Kessler, vertreten, wo man mich als einzigen aus Südtirol eingeladen hatte, weil in diesem Buch, das vorgestellt worden ist, Kessler immer auf mich bezug nimmt und ich habe gesagt, Kessler war sicher der einzige, konsequente Autonomievertreter, den ich erlebt habe, siehe 12er-Kommission und Regionalrat, der einzige Echte, nicht Grigolli und nicht Tanas, die dort auch gesessen sind, und Kessler wäre bestimmt mit dieser Streitbeilegungserklärung nicht einverstanden gewesen, denn - das habe ich gesagt und Andreatta hat es nicht bestritten - auch nach dem bestehenden Völkerrecht müssen sowohl Südtirol als auch das Trentino gefragt werden, müssen abstimmen können, ob die seinerzeitige Annexion des alten Tirols, Südtirol und Welschtirol, an Italien, ob die Bevölkerung einverstanden ist. Das ist geltendes Völkerrecht und daher haben nicht nur die Südtiroler, sondern auch die Trentiner das Recht, abzustimmen. Wie sie dann abstimmen, ist eine andere Frage. Aber bevor man, so wie auch zuletzt der Abg. Fedel gesagt hat, davon spricht, wir brauchen nur tun als ob alle einverstanden wären, nein, vorher müßte Südtirol für sich und das Trentino für sich abstimmen. Dann, wenn die Mehrheit so stimmt, daß sie zur ehemaligen selbständigen Einheit, d.h. als selbständiger Staat im Rahmen Europas zurückkehren will, dann hat es einen Sinn, davon zu reden, daß eben nun diese alte Region Tirol wieder erstanden ist. Ansonsten ist das alles nur Gerede, wie es auch heute schon zum Ausdruck gekommen ist, denn immer wieder heißt es: grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Grenzen spielen keine Rolle usw. Es ändert sich aufgrund von Maastricht, abgesehen davon, daß Italien nicht will, politisch gar nichts. Da kann Binnenmarkt sein, soviel man will, es ändert sich an den bestehenden politischen Verhältnissen gar nichts. Im Gegenteil, Italien wurde aufgrund von Maastricht das Recht anerkannt, die nationale Identität des gesamten Staates innerhalb der bestehenden Grenzen zu bewahren und wobei auch der im Pariser Vertrag vorgesehene Schutz des deutschen Elementes, durch den Maastricht-Vertrag überholt ist, wenn ihm Österreich endgültig beitrifft. Danke!

(Le dichiarazioni programmatiche rilasciate dal cons. Grandi a nome del Partito popolare italiano (ex-DC), della Südtiroler Volkspartei e del PATT approvano di fatto il rilascio della quietanza liberatoria e riconoscono pertanto il fine a se stesso del gruppo linguistico tedesco in Sudtirolo quale elemento riconosciuto a livello internazionale a cui era stata attribuita provvisoriamente l'autonomia prevista dall'Accordo di Parigi e dal Pacchetto, ma non il diritto all'autodeterminazione. Contrariamente a tutte le dichiarazioni programmatiche tendenti ad escludere la Regione dall'Accordo di Parigi e quindi a prevederne una sua abolizione - vedi le ultime dichiarazioni a tal proposito del cons. Brugger in Consiglio regionale e

provinciale -, ora si vuole ulteriormente rafforzare questa stessa istituzione sia nei confronti dello Stato italiano che di fronte all'Europa. A tale proposito cito alcuni passi dal documento programmatico: "La Regione può assolvere un fondamentale ruolo di comunicazione e di sollecitazione nei confronti dello Stato. ...Il tema del neoregionalismo si impone all'ordine del giorno del dibattito politico anche come difesa dell'unità nazionale. ...La tutela delle minoranze etniche, linguistiche e culturali presenti nel nostro territorio rimane uno dei compiti principali della Regione." Devo aggiungere che non mi sembra che il cons. Pahl sia stato molto preciso. Egli ha affermato che la manifestazione a Castel Firmiano era stata organizzata perché la Regione aveva calpestato il Sudtirolo nel settore dell'edilizia popolare. Vorrei solo ricordare che sin dal 1948 la competenza primaria in materia di edilizia popolare era stata assegnata alla Provincia. Pertanto la Regione non può aver oppresso il Sudtirolo più di tanto in questo settore - questo solo per inciso. Il tramonto di ciò che l'Alto Adige, internazionalmente definito South-Tirol, ha rappresentato fino al rilascio della quietanza liberatoria e all'adesione dell'Austria alla Comunità europea, viene ora suggellato da 19 dei 24 consiglieri provinciali - e non so che cosa ne pensi la cons. Kury a tale proposito -. Si tratta quindi esattamente di un'involuzione rispetto a ciò che accadde con la manifestazione del "Los von Trient" nel 1957. Del resto oggi il cons. Pahl ha espressamente detto che il "Los von Trient" è definitivamente sepolto e ciò evidentemente significa che ora si dà l'avvio ad un processo inverso.

A giustificazione di ciò si fornisce un'interpretazione del tutto opinabile del Trattato di Maastricht che cerca di stravolgere deliberatamente il significato del testo originale. E sfido chiunque a dimostrarmi il contrario. Nel documento programmatico si parla di una chiara opzione per lo stato federale tedesco ed un riconoscimento del ruolo decisivo delle regioni. E' quindi tutto inventato dalla A alla Z, così come il fatto che l'Unione europea preveda il rafforzamento delle amministrazioni regionali. Per cui in conclusione si tende non ad uno stato federale italiano, ma ad un regionalismo forte, come propugnato dal Partito popolare e dal PDS, ovvero dall'Ex Partito comunista, il cui rappresentante è entrato in Giunta provinciale per la prima volta nel 1948.

Ed ora vorrei citare brevemente alcuni passi della sentenza della Corte costituzionale tedesca del 12 ottobre 1993 relativamente al Trattato di Maastricht. "Il Trattato si colloca sulla base di una confederazione di stati europei fondata sull'appoggio degli stati membri e sulla salvaguardia dell'identità nazionale. Esso concerne la partecipazione della Germania ad organizzazioni sovranazionali, non la sua appartenenza ad uno Stato europeo... Un eccessivo sovraccarico di compiti e attribuzioni gravante su questa confederazione di stati indebolirebbe sensibilmente la democrazia a livello nazionale, non potendo i parlamenti dei rispettivi stati membri far valere la legittimazione della loro sovranità, nel frattempo assunta dalla Unione. Ma le comunità nazionali, come per esempio l'Italia, la Francia ecc. trasmetterebbero attraverso i loro parlamenti la legittimazione democratica, si instaurerebbero dei limiti precisi

all'estensione delle funzioni e delle attribuzioni della Comunità europea. E se istituzioni o organi europei gestissero o ampliassero il Trattato dell'unione in modo tale da non riflettere più il trattato che sta alla base della legge consensuale tedesca, allora gli atti giuridici da esso risultanti non sarebbero vincolanti nel territorio di sovranità tedesca (lo stesso dicasi naturalmente anche per l'Italia). Gli organi di stato tedeschi non potrebbero pertanto applicare questi atti giuridici in Germania. Attualmente la Corte costituzionale tedesca sta vagliando se atti giuridici di istituzioni o organi europei esulano o meno dai limiti previsti dai diritti di sovranità concessi. Gli stati membri hanno costituito l'Unione europea per svolgere congiuntamente una parte delle loro attribuzioni e per esercitare insieme la loro sovranità." Questo è quanto afferma la sentenza....No, la sovranità non può essere trasferita come nuovo oggetto, ma i rappresentanti dello stati si riuniscono per esercitare congiuntamente certe competenze. Quindi solo ciò che è concordato a livello contrattuale e può essere revocato in ogni momento. Questo è quanto afferma la sentenza della Corte costituzionale tedesca. Nella deliberazione adottata l'11 e 12 dicembre 1992 ad Edimburgo i capi di Stato e di Governo riunitisi nel Consiglio d'Europa hanno ribadito che gli stati liberi e sovrani hanno liberamente deciso, nel quadro del Trattato sull'Unione europea, in armonia con i trattati esistenti, di svolgere congiuntamente alcune delle loro competenze. Inoltre il Trattato dell'Unione, nel rispetto dell'indipendenza e della sovranità degli stati membri, impegna l'Unione a salvaguardare l'identità nazionale degli stati membri e attribuisce all'Unione e alle comunità europee secondo il principio della limitata competenza individuale solo certe competenze e funzioni, elevando quindi il principio di sussidiarietà a principio vincolante per l'Unione e per la Comunità europea. Ad ogni modo attualmente non è ancora prevista l'istituzione di Stati uniti d'Europa, paragonabili nella loro forma statuale agli Stati uniti d'America. Contro la costituzione di una competenza dell'Unione intesa nel senso di una sua potestà suprema rispetto allo Stato, si pronuncia la lettera f), comma 3 del Trattato dell'Unione europea, poiché in nessun punto viene manifestata la volontà concorde delle parti contrattuali di fondare con l'Unione un soggetto giuridico autonomo con proprie competenze. L'Unione, secondo il Governo federale, non possiede una personalità giuridica propria nei confronti della Comunità europea o degli gli stati membri." Questo è quanto afferma la Corte Costituzionale tedesca e questa posizione verrà assunta chiaramente anche dall'Italia.

Ho quindi citato alcuni passi della sentenza della Corte costituzionale tedesca del 12 ottobre 1993 ed ora vorrei ricordare anche ciò che ha deliberato la Conferenza dei Länder tedeschi il 12 ottobre 1993 relativamente alla non previsione di una partecipazione decisiva dei Länder alla Unione europea. Ne do brevemente lettura: "A Maastricht è stato concordato per il secolo a venire - poiché la terza tappa dell'unione monetaria inizia, se va bene, solo nel 1999 - il nuovo Tratto dell'Unione europea. Per volontà dei singoli Stati come Francia, Gran Bretagna e Italia la cosiddetta Europa delle Regioni è congelata fino a data da stabilirsi. L'Europa delle Regioni per i Länder della Germania e le Regioni d'Italia e della Spagna è intesa nel

senso che accanto al Governo della Comunità e degli Stati europei, come terzo livello, potranno essere riconosciute anche le Regioni o i Bundesländer, i quali rivendicano presso la Corte di Giustizia europea l'osservanza del principio di sussidiarietà nonché la partecipazione alle decisioni della Comunità europea riguardanti i loro stessi interessi. Nulla di questo è previsto nel nuovo Trattato, ma solo che le Regioni insieme agli altri enti territoriali formeranno un Comitato consultivo, i cui membri verranno riconosciuti dagli stati nazionali. Sull'osservanza del principio di sussidiarietà nei confronti degli altri stati per questioni che non ricadono nella competenza dell'Unione europea, deliberano gli organi della Comunità europea, i cui membri verranno eletti dai Governi nazionali. Nel nuovo art. f) del Trattato di Maastricht è stato inserito addirittura il principio contrario, in base al quale la futura Unione riconoscerà l'identità nazionale degli stati membri all'interno dei confini esistenti come la Francia, l'Italia ecc.,- quindi non i popoli, grandi e piccoli, che vivono in Europa -. Inoltre all'art. f) si dice che verranno riconosciuti i diritti fondamentali come risultano dai principi costituzionali comuni di questi stati. Ed in Italia rientra fra questi anche la facoltà di indirizzo e coordinamento, confermata da oltre 70 sentenze della Corte costituzionale.

Ed ora un mio breve commento a tal proposito. Anche se insieme al libero scambio di persone, beni, capitali e servizi verrà attuato al 100% il cosiddetto Mercato Comune, che era già previsto nel 1957 e che nulla ha a che fare con l'unione politica, non cambierà alcunché per quanto concerne l'ordinamento politico e la conferma dell'unità nazionale italiana - e conseguentemente la volontaria assimilazione allo Stato italiano attraverso il potere di coordinamento - confermata dalla SVP e dall'Austria di fronte alle Nazioni Unite attraverso il rilascio della quietanza liberatoria. La facoltà di indirizzo e coordinamento fu introdotta a metà degli anni '70 non solo per attuare la politica nazionale in Alto Adige, ma soprattutto per poter apparire a livello internazionale come unità politica e giuridica compatta e per rafforzare ulteriormente il dettato dell'art. 5 della Costituzione che parla di Repubblica una e indivisibile. Pertanto una Regione europea, quale quella palesata dalla Südtiroler Volkspartei, appare una chimera, se non addirittura un inganno nei confronti della popolazione.

Il Consiglio regionale il 19 febbraio 1991 ha approvato una risoluzione concernente la riforma dello stato italiano in senso federale. Noi allora votammo contro tale risoluzione, non perché fossimo contrari ad uno Stato federale, ma perché non vi era previsto il principio di autodeterminazione per tutte le popolazioni autonome esistenti nelle odierne regioni italiane, così come previsto dal disegno di legge costituzionale dell'onorevole aostano Luciano Caveri del 23 ottobre 1991, ripresentato il 3 novembre 1993. Tutto questo non è stato considerato; al contrario a pag. 8 si dice: "Il tema del neoregionalismo si impone all'ordine del giorno del dibattito politico anche come difesa dell'unità nazionale". Nel Trattato di Maastricht non si prevedono Regioni

e viene così fatta cadere la riforma dello Stato italiano in senso federale. Ringrazio per questo la Südtiroler Volkspartei e l'appendice della DC, il Patt.

Il sistema comunista è crollato in qualsiasi parte del mondo. Invece in Italia non è crollato il partito comunista, ma il partito cristiandemocratico che ha sempre fondato le sue radici sull'anticomunismo ed ha elevato il sistema delle tangenti a metodo per gestire gli affari dello stato. Rientra in questo metodo anche il sistema di falsare la realtà, come ha fatto il Dr. Grandi nelle sue dichiarazioni programmatiche, sistema condiviso dalla Südtiroler Volkspartei malgrado le sue numerose esperienze in questo settore. A tale proposito basti leggere le dichiarazioni fatte a pag. 12 dove si dice: "...molti degli obiettivi di tutela delle minoranze che allora ci si era posti sono stati efficacemente raggiunti". Ebbene, la proporzionale sta per essere completamente smantellata. La preferenza accordata ai residenti nell'assegnazione di posti di lavoro è già stata abolita ed anche riguardo alla toponomastica si è in procinto di ufficializzare formalmente tutti i toponimi introdotti dai decreti fascisti. Ed inoltre si vuol far credere che la collaborazione transfrontaliera relativa a questioni amministrative da approvare di caso in caso con legge nazionale introdotta con il Trattato di Madrid del 1980 rappresenti l'Europa delle Regioni. La collaborazione transfrontaliera c'è sempre stata, ma ora dovrà essere approvata di caso in caso con legge dello Stato. In questo modo si vuole stravolgere l'Europa delle Regioni.

Il Mercato Unico ed anche la piena attuazione del Trattato di Maastricht non modificano in alcun modo l'attuale situazione politica. Al contrario, questa situazione di fatto viene confermata giuridicamente a livello europeo attraverso il riconoscimento da parte di tutti gli stati, compresa l'Austria, della chiara identità nazionale, anche di quella italiana, all'interno dei confini esistenti. Questa è quanto si afferma nel Trattato di Maastricht. Il cons. Grandi e con lui la Südtiroler Volkspartei raccontano quindi una frottola quando affermano che nel Trattato di Maastricht si delinea la futura Regione europea. Questo non è vero e mi si dimostri il contrario. Con il riconoscimento da parte dell'Austria e degli altri stati europei dell'identità nazionale italiana all'interno dei confini esistenti si dichiara superato a livello internazionale non solo il diritto di autodeterminazione, ma anche l'Accordo di Parigi all'interno dell'Unione europea. L'Austria si è addirittura rifiutata di apporre delle riserve, non riguardo all'autodeterminazione, ma in relazione all'Accordo di Parigi e al Pacchetto, per non mettere in pericolo il consenso dell'Italia per quanto concerne l'adesione dell'Austria alla Comunità europea. In tal modo, dopo la rinuncia al diritto di preferenza dei residenti nell'assegnazione dei posti di lavoro, si sta procedendo allo smantellamento della proporzionale avviato dopo il rilascio della quietanza liberatoria - e la Corte costituzionale dopo il rilascio della quietanza liberatoria ha cambiato il suo orientamento ed ha confermato che il Pacchetto è una questione interna allo Stato italiano; pertanto se il Pacchetto non dovesse venire osservato o venisse addirittura negato dallo Stato italiano, allora non ci sarebbe nemmeno la possibilità di un ricorso alla Corte internazionale dell'Aia.

Infine vale la pena di ricordare che in forza della legge costituzionale il sistema del diritto elettorale proporzionale, per la tutela che ha nei confronti delle minoranze e per l'osservanza dell'art. 6 della Costituzione, è da applicarsi a tutta la Regione. Questo art. 25 non è stato abrogato dalla recente riforma elettorale per il Parlamento. E neppure l'art. 36 che prevede che le Giunte siano elette dal Consiglio regionale o provinciale dal suo seno, per cui non si può parlare di incompatibilità tra consigliere provinciale e membro dell'esecutivo. Non capisco questa assurdità che viene propinata qui quando si parla di incompatibilità tra consiglieri regionali e membri dell'esecutivo, dato che l'art. 36 dello Statuto di autonomia stabilisce chiaramente ciò che sappiamo dal lontano 1948, ovvero che le Giunte vengono scelte dalle fila dei parlamenti. Ma tutto questo riflette la stessa linea che viene seguita quando si dice che il Trattato di Maastricht prevede un'Europa delle Regioni.

Ed infine vorrei fare riferimento all'art. 61, primo comma che prevede espressamente la rappresentanza proporzionale dei gruppi linguistici nei riguardi della costituzione degli organi degli enti locali; questo dovrà ovviamente valere anche per la prossima riforma elettorale dei Comuni. Pertanto lo Stato non potrebbe regolamentare il settore con legge nazionale se la Regione rimanesse inattiva. Solo il nuovo Parlamento potrebbe varare una propria legge con la quale modificare gli artt. 36 e 61 dello Statuto di autonomia. Se la SVP fosse rimasta fedele al suo pensiero originario, allora oggi, come nel lontano 1959, non farebbe parte di questo esecutivo, almeno fintanto che il nuovo Parlamento, in base alla risoluzione del Consiglio regionale del 1991, non avrà deciso come creare i presupposti per l'abrogazione di questa Regione. Se infatti l'Alto Adige potesse decidere autonomamente se partecipare ad uno stato federale e il Trentino potesse autonomamente decidere altrettanto, allora in tal modo la Regione sarebbe praticamente abrogata. Nel 1959 gli Assessori della SVP uscirono dalla Giunta regionale, per perorare la causa del "Los von Trient", con la quale si fece un importante, anche se non decisivo, passo avanti anche con l'aiuto del Pacchetto. Oggi, dopo un fondamentale svuotamento del Pacchetto attraverso la facoltà di indirizzo e coordinamento e dopo il fatale rilascio della quietanza liberatoria ed il Trattato di Maastricht, la non partecipazione dei sudtirolesi alla Giunta regionale rappresenterebbe un segnale con il quale essi potrebbero manifestare la loro contrarietà a questo processo di involuzione. Ma dal cons. Pahl ho sentito che è necessario invece incamminarsi solennemente su questa strada. Poiché con queste dichiarazioni programmatiche si conferma esattamente il contrario di ciò che noi auspichiamo, possiamo solo stigmatizzare questo comportamento votando decisamente contro la nuova Giunta.

Vorrei ricordare ancora un'altra cosa. Qui si afferma che ci si adopererà affinché la Regione deleghi le sue competenze. Io sono stato membro della Giunta regionale dal 1953 al 1959 con l'incarico di dare attuazione all'ex art. 14 che prevedeva la delega. Il Presidente Odorizzi si oppose sistematicamente a ciò e poi ci fu la manifestazione di Castel Firmiano e l'uscita dalla Giunta regionale. Poi seguì il

Pacchetto e il nuovo ordinamento della Regione con cui le Province ottenevano la maggior parte delle competenze al posto della Regione. Vorrei solo far presente che, se si considera che l'edilizia popolare è da sempre stata competenza delle Province, oggi non c'è più nulla da delegare, se verrà delegato anche il poco che è rimasto. Ma tutto ciò è stato raggiunto allora. La Regione infatti ha potestà legislativa ordinamentale che comunque non prevede la necessità di delega di competenze amministrative, poiché si deve presupporre che la Provincia sia già autorizzata in materia di attuazione, per esempio nell'ambito della sanità, dall'attuale Statuto di autonomia.

Per quanto concerne la Regione europea del Tirolo, per la quale io intendo uno stato autonomo, può sorgere spontanea la domanda: Se c'è il Tirolo del Nord e del Sud, cosa succede con il Trentino, che faceva pur sempre parte del Tirolo storico e che ora dovrà potersi unire a questo nuovo stato indipendente che si chiamerà Tirolo? Il 19 agosto in occasione di una commemorazione al sen. Bruno Kessler io ho sostenuto questa idea anche di fronte al Ministro per gli Esteri Andreatta, essendo io l'unico rappresentante altoatesino invitato e avendomi Kessler citato più volte nel libro che veniva presentato. In quell'occasione dissi che il sen. Kessler era stato sicuramente l'unico vero e coerente rappresentante dell'autonomia, nella Commissione dei 12 e in Consiglio regionale. Fu l'unico vero autonomista, non Grigolli o Tanas che erano anche presenti. E Kessler sicuramente non sarebbe stato d'accordo con il rilascio della quietanza liberatoria, poiché - e quando lo dissi io il Ministro Andreatta non mi contraddisse - in base al diritto internazionale vigente sia il Sudtirolo che il Trentino avrebbero dovuto essere interpellati circa l'annessione del Tirolo storico, Sudtirolo e Welschtirol, all'Italia. Questo è il diritto internazionale vigente e quindi sia alla popolazione sudtirolese che a quella trentina deve essere concesso il diritto di decidere. Quale sarà poi la decisione, è un'altra questione. Ma prima di fare come se tutti fossero d'accordo, come ha anche ribadito il cons. Fedel, bisogna chiedere separatamente al Sudtirolo e al Trentino che cosa ne pensano. Poi, se la maggioranza opterà per ritornare una unità storica autonoma, ovvero uno Stato indipendente nel quadro europeo, allora avrà un senso parlare di ritorno della Regione storica del Tirolo. Altrimenti si tratta solo di chiacchiere, come quelle fatte oggi, in cui si parla di collaborazione transfrontaliera, di superamento dei confini ecc. Prescindendo dal fatto che l'Italia non è d'accordo, politicamente non cambia nulla. Ci può essere il più perfetto Mercato comune, ma questo non modifica le situazioni politiche esistenti. Al contrario, in base al Trattato di Maastricht all'Italia è stato riconosciuto il diritto di preservare l'identità nazionale all'interno dei confini esistenti, facendo quindi sembrare superato il principio della tutela dell'elemento tedesco previsto nell'Accordo di Parigi, non appena l'Austria avrà aderito definitivamente alla Comunità europea. Grazie!)

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Benedikter.

Der Nächste auf der Rednerliste ist der Abg. Pius Leitner.
Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Benedikter.

Il prossimo oratore iscritto a parlare è il cons. Pius Leitner.

LEITNER: Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zur programmatischen Erklärung des designierten Präsidenten Dr. Grandi zeichnen sich natürlich zwei Schwerpunkte heraus: einmal diese ominöse Europaregion Tirol und zum anderen die Wahlrechtsreform. Das sind sicherlich die zwei entscheidenden Dinge, die die Region anzugehen hat und die hier klar zum Ausdruck gekommen sind.

Von einem Schöpfungsgeist dieser Region kann ich nicht viel entdecken, denn was hier gerade eben zur Europaregion Tirol ausgesagt wird, ist für mich weder Fisch noch Fleisch. Es ist hier ein Papier vorgelegt worden, das wohl sehr unter dem Druck der Notwendigkeit eine Koalition zu binden, entstanden ist. Eine neue Phase der Existenz der Region Trentino-Südtirol wird hier angemahnt oder versucht einzuleiten. Für die Begriffe vieler Südtiroler ist die Existenz dieser Region Trentino-Südtirol stark in Frage zu stellen. Wenn man zur Europaregion Tirol spricht, dann sollte man eigentlich wissen, wovon man spricht und auch aus den Fragen der Kollegin Zendron ist ganz klar zum Ausdruck gekommen, daß hier viele mit dieser Interpretation nicht einverstanden sind und so auch nicht einverstanden sein können, weil nichts Konkretes drinnensteht. Ich glaube, daß für die Südtiroler diese europäische Region Tirol sehr wohl einen Inhalt hat, weil man sich einfach darunter die Landeseinheit vorstellt. Hier braucht man nichts zu erfinden. Was durch die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes nicht möglich war, erwarten sich viele Südtiroler jetzt mit der Schaffung einer europäischen Region Tirol. Wo zunächst einmal die getrennten Tiroler Landesteile zusammengeführt werden und wo - und das ist in der Diskussion sicherlich zum Teil zumindest neu - auch das Trentino sehr stark an dieser Diskussion teilnimmt. Ich bewerte das durchaus positiv. Wenn ich das sage, dann unterstreiche ich auch den Willen vieler Südtiroler, daß man eben nicht Revanchismus betreibt, sondern daß man eine gerechte Lösung anstrebt, die früher nicht möglich war und die sollte heute ermöglicht werden. Wenn man sich das allerdings vom Vertrag von Maastricht erwartet, dann geht man hier den Eurozentralisten auf den Leim. Denn wer in Maastricht wirklich gesiegt hat, das waren nicht die Föderalisten, sondern das waren die Zentralisten. Es wird immer nur von Staaten und Nationen gesprochen und die Regionen werden in diesem sehr dicken Werk eigentlich sehr spärlich behandelt und wenn man vom Paragraphen 198 absieht, steht eigentlich nichts drinnen und dort steht auch nur drinnen, daß diese Regionenkammer, die da eingerichtet werden soll, beratende Funktion haben kann. Ich frage jeden von Ihnen hier, wer wirklich daran glaubt, daß ein Nationalstaat von sich aus die Minderheiten fragt, was sie wünschen und was sie nicht wünschen. Wenn wir den Zentralismus der Franzosen und in diesem Falle auch der Engländer kennen, dann habe ich einfach die Sorge, daß man hier etwas betreibt, was man in der Vergangenheit auch schon betrieben hat und zwar mit der

Selbstbestimmung. Wie man früher die Selbstbestimmung ausgeschaltet hat, immer auf den Hinweis, daß es eigentlich ganz eine schöne Sache wäre und daß sie natürlich auch abgesichert wäre, daß sie aber nicht realistisch wäre. Dasselbe wird man jetzt vom vielgepriesenen Regionalismus und von diesen eigenständigen Regionen aussagen werden. Ich habe die große Befürchtung dafür. Ich hoffe es nicht. Ich sage es noch einmal: für jeden Tiroler müßte es eine Selbstverständlichkeit sein, eine eigenständige Region Tirol zu wollen. Wenn Frau Kollegin Zendron gesagt hat, daß die Brennerveranstaltung nicht gelungen wäre, dann muß ich das sehr stark relativieren. Sie ist vielleicht nicht so stark gelungen was die Anzahl der Teilnehmer betrifft, aber sie ist sehr stark gelungen was den Inhalt betrifft. Denn nicht einmal ein Jahr später hat der gemeinsame Landtag fast auf den Wortlaut genau die Resolution der Brennerveranstaltung übernommen. Deswegen ist die Brennerveranstaltung ein Meilenstein in der Entwicklung zu dieser europäischen Region Tirol. Das können Sie versuchen herunterzuspielen wie Sie wollen. Wir wissen, daß durch Interventionen von der Südtiroler Volkspartei und vor allem vom damaligen Obmann Riz, aber auch von bestimmten Medien versucht worden ist, es nicht zum Gelingen zu bringen und ich bedanke mich heute noch einmal bei der starken Beteiligung des Trentino. Wir haben damals erstmals gespürt, wie stark das Trentino an dieser ganzen Diskussion beteiligt sein will und dem hat man Rechnung zu tragen. Rechnung zu tragen hat man auch dem Willen der Ladinier, sich als eigenständige Volksgruppe zu artikulieren und die Ladinier, die jetzt einen eigenen Vertreter im Landtag haben, die sollte man respektieren und nicht versuchen, bei jeder Gelegenheit auszuschalten. Daß die europäische Integration voranschreitet, ist jedem klar. Sie schreitet voran, ob wir mittun oder nicht. Wenn Föderalismus und Subsidiarität einen Sinn haben sollen, dann müssen sich eben auch die Minderheiten daran beteiligen, ob es dann mehr Sympathie ist oder ob es eher eine Notwendigkeit ist, und das habe ich auch in den Ausführungen gelesen, wo man eben Angst hat, daß man zwar mehr Zuständigkeiten bekommt, aber weniger Geld. Also ich stelle an die erste Stelle - und das mag vielleicht ein bißchen pathetisch klingen - für mich ist es auch eine Sache des Herzens, wenn das Herz es nicht will, dann wird der Verstand auch die Durchführung nicht machen. Vorausgehen muß schon der politische Wille und dann muß man es natürlich so kleiden, in einen Rahmen bringen, daß auch die Bevölkerung mitmacht. Eines dürfen wir eben nicht vergessen: die Akzeptanz bei der Bevölkerung und hier ist noch ein großer Nachholbedarf an Aufklärung.

Ich schlage deswegen auch vor, daß der Regionalrat und auch der Regionalausschuß - und das können sie auf jeden Fall - alles in die Wege leitet, Veranstaltungen zu organisieren, damit man die Bevölkerung wirklich aufklären kann, was man unter dieser europäischen Region Tirol versteht, daß auch die Bevölkerung ihre Wünsche mit hineinbringt, daß man nicht nur dem Paragraphenwerk Genüge tut, sondern daß man zunächst einmal den Interessen der Bevölkerung Rechnung trägt. Die Bevölkerung erwartet sich was. Wir wissen, wir stehen an einer entscheidenden Wende. Wir haben Parlamentswahlen in Italien und am nächsten Dienstag wird Italien nicht

mehr so sein, wie es einmal war. Italien, das heute in der Welt und auch in Europa für Ineffizienz, für Schuldenberge, für Korruption, für Mafia, für Schmiergelder, für Zentralismus und für Parteienfilz dasteht. Es ist zu wünschen, daß es einem neuen Parlament gelingen möge, mit diesen Mißständen aufzuräumen und hier eine Entwicklung in die Wege zu leiten, wo sich die Leute auch wieder mehr beteiligen wollen und darauf wird auch Südtirol schauen. Heute sind wir Teil dieses Staates, gegen unseren Willen, wie man es drehen und wenden mag und deswegen haben wir uns auch hier irgendwo zu beteiligen. Ich kann natürlich sagen, das geht mich alles nichts an, diese Auffassung vertrete ich nicht, weil auch wir Überzeugungsarbeit leisten müssen und den klaren Willen zum Ausdruck bringen wollen, daß wir bei diesem Staat in dieser Form nicht länger bleiben wollen. Das sagen immer mehr Leute. Nicht nur, weil der Steuerdruck stärker wird, weil die Ungerechtigkeiten größer werden, sondern auch aus einem natürlichen Empfinden heraus und weil man jetzt die Chance erkennt, daß mit diesem neuen Europa vielleicht die Möglichkeit besteht, begangenes Unrecht wieder gutzumachen. Für mich ist die Brennergrenze eben einmal eine Unrechtsgrenze und sie wird auch nicht weniger recht, wenn man sie durchlässiger macht usw. Die Verwaltungsgrenzen bleiben auch nach Maastricht aufrecht. Hier wird sich in der Verwaltungshierarchie sehr wenig ändern, wenn wir auch das grenzüberschreitende Abkommen aufgrund des Madrider Vertrages von 1980 haben, das Italien bekanntlich 1984 ratifiziert hat.

Es steht hier auf den Seiten 8 und 9 vom designierten Präsidenten Grandi etwas, was ich eigentlich nicht ganz verstehen kann: "...daß also die regionalistische Ausrichtung kein Widerspruch zur erneuerten nationalen Einheit darstellen soll" und "...daß das Thema Neoregionalismus demnach auf der Tagesordnung der politischen Debatte auch zur Verteidigung der nationalen Einheit steht". Das verstehe ich wirklich nicht. Das sollte mir bitte besser erklärt werden. Einen größeren Widerspruch kann ich darin keinen sehen. Wenn das die SVP mitunterschreibt, so macht sie sich schuldig an der Aufgabe der Südtiroler Interessen. Das muß ich ganz klar sagen, ich kann das nicht anders interpretieren. Das ist eine offizielle Zusage und Einverleibung in den italienischen Staatsverband. Und hier sagt man eben verschiedene Dinge und kann nicht das gleiche meinen.

Die neue Phase nach dem Paketabschluß schaut in der Wirklichkeit so aus: wir haben eine verstärkte Aushöhlung der Autonomie. Es gibt genügend Urteile des Verfassungsgerichtshofes, der die Autonomie einschränkt, es gibt einen Abbau bei den Staatsstellen, bei den Proporzstellen. Ich darf nur ein Beispiel in Südtirol herausgreifen: das Problem der Staatsbahnen, wo nach der Privatisierung von 3.012 vorgesehenen Stellen wahrscheinlich höchstens 1.200 übrigbleiben, somit werden 2.000 Stellen nur in diesem Bereich dem Proporz entzogen. Also der Abbau der Autonomie geht auf allen Ebenen munter weiter.

Ich darf hier nur vielleicht eine historische Richtigstellung anbringen, was eine Aussage vom Kollegen Fedel betrifft. Er hat die Franzensfeste falsch

interpretiert. Die Franzensfeste wurde unter der Regentschaft von Kaiser Franz gebaut und im Jahr 1838 fertiggestellt. Deswegen, weil es die Festung vom Kaiser Franz war, die auch soviel gekostet hat, daß es sich einmal zum Ausspruch hinreißen lassen: Wurde die aus Gold gebaut? Übrigens hat er diese Festung zu Verteidigungszwecken nicht gebaut, heute ist dort ein Munitionslager des italienischen Heeres. Das soll nur in Klammer gesagt werden und hat mit der Thematik nichts zu tun.

Ob die internationale Verankerung der Autonomie, die hier angepriesen wird, wirklich gegeben ist, muß sich erst zeigen. Ich habe hier meine starken Bedenken dazu.

Der designierte Präsident Grandi spricht auch von einer europäischen De-facto-Region. Es gibt keine europäische De-facto-Region. Man lese eben bei Maastricht nach. Und wo ist denn die juristische Natur dieser europäischen Region? Die muß erst geschaffen werden. Und hier braucht es eben den Willen, daß man einen juristischen Rahmen schafft, um diese Region zu bilden. Das bedeutet weitere Abgaben von Kompetenzen des Staates an diese Region. Das bedeutet auch Abgabe von Kompetenzen des Bundesstaates Österreich an das Bundesland Tirol. Das muß man ganz klar sagen, sonst kommt diese Region nicht zustande. Wenn die Region ein denkender Kopf für diese Euroregionalisierung sein will, dann muß sie sich sehr anstrengen. Sie will auch ein denkender Kopf für die Wahlrechtsreform sein.

Zur Wahlrechtsreform folgendes: mir ist bekannt, daß es Bestrebungen gibt, das Mehrheitswahlrecht, also die Ein-Mann-Wahlkreise auch für die Region einzuführen. Ich kann davor nur warnen. Denn das ist nicht eine Annäherung zwischen Bürgern und Institutionen, wie sie auch hier proklamiert wird, sondern das stellt lediglich den Versuch der Festigung der Macht und der verschiedenen Seilschaften und Interessensverbände dar. Ich finde das demokratiepolitisch sehr gefährlich, weil dieses Wahlrecht nicht nur die politischen Minderheiten einschränken würde, sondern auch die innerparteiliche Demokratie in den Großparteien. Ich finde es demokratiepolitisch für unser Land einen Wahnsinn. Für eine Prozenzhürde kann ich mich sehr wohl begeistern, weil ich glaube, um in einem Gremium repräsentativ zu sein, sollte man eine Mindestprozenzhürde schaffen und die kann meiner Meinung nach zwischen drei und fünf Prozent liegen, aber niemals Ein-Mann-Wahlkreise.

Wir sind auch für die Direktwahl des Bürgermeisters, aber für die Beibehaltung des Verhältniswahlrechtes für den Gemeinderat.

Abschließend möchte ich sagen, daß man dieser Regierungserklärung, die mit so vielen Fragezeichen und Unsicherheiten behaftet ist, niemals eine Zustimmung geben kann. Meiner Meinung nach muß der Schaffung einer europäischen Region Tirol die Abschaffung dieser Region vorausgehen, denn nur dann schafft man die Basis, wirklich etwas Gemeinsames aufzubauen, weil diese Region einfach mit dem Makel der Vergangenheit behaftet ist, daß man die Autonomie Südtirols aushöhlen wollte, sie untergraben wollte und zumindest relativieren wollte. Danke!

(Egregio Presidente! Stimati colleghi e colleghe! Nelle dichiarazioni programmatiche del Presidente designato, dott. Grandi, si profilano essenzialmente due punti focali: da un lato questa sospetta Regione europea del Tirolo e dall'altro la riforma elettorale. Si tratta certamente di due aspetti molto importanti che la Regione si deve accingere ad esaminare e che in quest'aula sono stati oggetto di osservazioni.

Non riesco tuttavia ad individuare lo spirito costituente di questa Regione citato nelle dichiarazioni, poiché proprio quello che viene annunciato come Regione Europea del Tirolo non è ne carne ne pesce; infatti è stato presentato un documento programmatico scaturito soprattutto dalla necessità di formare una coalizione di governo. In tale documento viene preconizzata una nuova fase dell'esistenza della Regione Trentino-Alto Adige o per lo meno si cerca di avviarla. Ma molti sudtirolesi invece hanno messo in dubbio l'esistenza della Regione. Se si parla di una Regione Europea del Tirolo, allora si dovrebbe sapere di cosa si sta parlando e dalle domande della collega Zendron è emerso chiaramente che non vi un'intesa sull'interpretazione proposta e che non ci può esservi perché in tali concetti non si cela nulla di concreto. Ritengo che per molti sudtirolesi questa Regione europea del Tirolo abbia un significato, un contenuto, poiché tale concetto viene identificato con l'unità provinciale. Non è assolutamente necessario quindi inventare qualcosa di nuovo. Ciò che non è stato possibile a causa del rifiuto dell'esercizio del diritto di autodeterminazione, si identifica oggi con le aspettative di molti sudtirolesi nella creazione di questa Regione europea del Tirolo, dove si debbono ricomporre le parti disgiunte del Tirolo Storico e laddove - e questa è un aspetto nuovo per lo meno nella discussione - anche il Trentino partecipa in misura notevole a questa discussione. Si tratta sicuramente di un fatto positivo. Se affermo ciò, sottolineo anche la volontà di molti sudtirolesi di non fare del revanscismo, bensì di cercare una soluzione equa che in passato non è stata possibile e che oggi invece dovrebbe esserlo. Se però ci si aspetta tutto ciò dal Trattato di Maastricht, allora ci si sarà fatti imbrogliare dagli eurocentralisti. Poiché chi veramente ha vinto a Maastricht non sono stati i federalisti, bensì i centralisti. Infatti si parla sempre e solamente di Stati e di Nazioni e le Regioni in quest'opera molto complessa vengono trattate con molta parsimonia, e se si prescinde dal comma 198, allora nulla di tutto quello che ci attendevamo si è concretizzato, infatti nel Trattato di Maastricht si parla solamente di una Camera delle regioni, di un comitato consultivo delle regioni. E desidero rivolgere a ciascuno dei presenti la domanda se essi veramente credono che uno Stato nazionale interroghi spontaneamente le minoranze circa le loro aspettative. Se conosciamo il centralismo dei francesi ed in questo caso anche degli inglesi, allora possiamo anche nutrire il timore che si faccia qualcosa che è già stato compiuto in passato con l'autodeterminazione, che mai venne concessa proprio perché ritenuta una cosa nobile e anche assicurata, ma non realistica. E ho il timore che lo stesso lo si potrà ora dire del regionalismo ampiamente lodato e delle regioni autonome. Per cui ribadisco che per ogni tirolese dovrebbe essere cosa ovvia auspicare la formazione di una regione autonoma del

Tirolo. Se la collega Zendron ha affermato che la manifestazione del Brennero non è riuscita, allora mi trovo costretto a smentire quest'affermazione. Forse non è riuscita dal punto di vista dei partecipanti, ma è senza dubbio riuscita per ciò che concerne il contenuto, poiché neppure un anno dopo, le Assemblee legislative congiunte hanno recepito quasi letteralmente la risoluzione scaturita dalla manifestazione del Brennero. Per questo essa costituisce una pietra miliare nello sviluppo di questa Regione europea del Tirolo. E la collega può cercare di minimizzare questa manifestazione quanto vuole. Sappiamo infatti che attraverso gli interventi della Südtiroler Volkspartei e soprattutto dell'ex presidente Riz, alcuni media hanno tentato di ostacolarne la realizzazione e ringrazio soprattutto i trentini che vi hanno partecipato così numerosi. In quell'occasione abbiamo potuto percepire come sia partecipe il Trentino a questa discussione e di questo si deve tenere conto. Si deve altresì tenere conto della volontà dei ladini di essere riconosciuti come gruppo etnico individuale. Ritengo che i ladini che in Consiglio provinciale sono ora rappresentati da un esponente del proprio gruppo debbono essere rispettati invece di cogliere ogni occasione buona per escluderli. E' agli occhi di tutti che l'integrazione europea procede, e ciò avviene indipendentemente dalla nostra partecipazione o meno. Se il federalismo ed la sussidiarietà dovranno dare risultati positivi è necessario che anche le minoranze vi partecipano, indipendentemente dal fatto se ciò costituisce mera simpatia o è piuttosto una necessità - e quanto ho letto nelle dichiarazioni, dove viene espressa la preoccupazione che l'aumento delle competenze non potrà essere accompagnato da un pari trasferimento di risorse. Desidero però rilevare, e forse sembro patetico, che si tratta, a mio avviso, di una questione di cuore, e se quindi il cuore si oppone, la mente non potrà provvedere alla realizzazione. Vi deve essere la volontà politica ed il progetto deve essere preparato in modo tale da poter essere condiviso ed appoggiato anche dalla popolazione. Una cosa non va dimenticata: bisogna trovare il consenso della popolazione e ritengo che a tale proposito si debba innanzitutto provvedere ad informarla debitamente.

Pertanto invito il Consiglio regionale nonché la Giunta regionale a far sì che la popolazione venga debitamente informata su questo progetto della Regione europea del Tirolo e che essa possa esprimere le proprie aspettative in merito. Ritengo quindi che la questione non sia innanzitutto da affrontare dal punto di vista giuridico, ma piuttosto bisogna prendere in considerazione gli interessi della popolazione, che ha delle aspettative ben precise. Siamo tutti consci del fatto di essere alla vigilia di una svolta decisiva. Le elezioni politiche sono alle porte e già martedì l'Italia non sarà più quella di una volta, che mezzo mondo e l'Europa mettono alla pari con inefficienza, debiti pubblici, corruzione, mafia, scandali legati a tangentopoli e centralismo. E' auspicabile che il nuovo Parlamento riesca ad eliminare questo malgoverno e possa dare avvio ad uno sviluppo che veda partecipe la popolazione. Ed anche l'Alto Adige seguirà attentamente questi sviluppi. Noi facciamo parte di questo Stato, anche se non per nostra volontà, e quindi è nostro dovere partecipare a questi sviluppi. Certamente si può anche assumere un atteggiamento di indifferenza in ordine a tutti questi problemi,

pur da me non condiviso, poiché ritengo sia nostro dovere informare la gente ed esprime chiaramente la nostra volontà, ovvero che non vogliamo più fare parte di questo Stato nella sua forma attuale. E questa posizione è condivisa da un numero sempre maggiore di persone. E questo atteggiamento non consegue semplicemente dalla crescente pressione fiscale, dalle maggiori iniquità, ma scaturisce piuttosto da un sentimento, dalla possibilità che attraverso questa nuova Europa si possa risarcire un torto compiuto. Il confine del Brennero rappresenta, ai miei occhi, un confine iniquo e non diventa certo più equo se reso più penetrabile. I confini amministrativi continueranno ed esistere anche dopo Maastricht. La gerarchia amministrativa non subirà sostanziali modifiche anche in seguito all'accordo bilaterale stipulato sulla base della Convenzione di Madrid che l'Italia ratificò nel 1984.

Nutro alcuni dubbi in merito a quanto stabilito a pagina 8 e 9 delle dichiarazioni programmatiche del Presidente Grandi, laddove specifica: "L'abbandono del modello centralista di Stato, in favore di una più forte ispirazione regionalista, non è tuttavia in contraddizione con un quadro di rinnovata unità nazionale" ed inoltre che "il tema del neo-regionalismo si impone quindi all'ordine del giorno del dibattito politico anche in difesa dell'unità nazionale." Queste affermazioni non mi sono affatto chiare e vorrei che il Presidente mi fornisca delucidazioni a proposito, in quanto per me vi è una palese contraddizione tra queste due affermazioni. Se la Südtiroler Volkspartei pone la propria firma in calce a questo documento, essa si macchia di colpa per aver abbandonato la difesa degli interessi sudtirolesi. Questo va detto molto chiaramente, anche perché non riesco a dare un'interpretazione diversa a queste affermazioni. Questo per me non è altro che acconsentire pubblicamente all'incorporamento statale. Qui si continuano ad esporre ipotesi diverse e non certo si può intendere la stessa cosa.

La nuova fase dopo la chiusura del Pacchetto è in realtà caratterizzata da un maggior svuotamento dell'Autonomia. La Corte costituzionale si è espresso in numerose sentenze tese a limitare l'autonomia, è in corso la riduzione dei posti di lavoro dell'amministrazione pubblica, dei posti assegnati con il principio della proporzionale. Mi sia consentito di citare un solo esempio, ovvero il settore delle ferrovie statali in Alto Adige. Dei 3.012 posti di lavoro previsti prima della privatizzazione ne rimarranno probabilmente soltanto 1.200, quindi soltanto in questo settore 2.000 posti di lavoro non saranno più soggetti all'applicazione della proporzionale. Lo smantellamento dell'autonomia procede a tutti i livelli.

Mi sia consentito di correggere un dato storico in ordine a quanto sostenuto dal collega Fedel che ha dato un'interpretazione errata di "Franzensfeste" ovvero Fortezza che non ha niente a vedere con i francesi. La fortezza dell'anonimo paese Fortezza venne eretta dall'imperatore Francesco ed compiuta nel 1838. E proprio perché tale fortezza venne costruita dall'imperatore Francesco ed anche perché si trattò di un progetto molto costoso venne sollevato la domanda se forse tale fortezza fu costruita di oro? La fortezza non venne però costruita per fini di difesa anche se oggi vi

si trova un deposito di munizioni dell'esercito italiano. Questo tra parentesi, in quanto non pertinente all'argomento.

Tuttavia deve ancora essere dimostrato se l'ancoraggio internazionale dell'autonomia di cui si è più volte parlato in questo consesso effettivamente esiste. Debbo dire che nutro seri dubbi a proposito.

Il Presidente designato Grandi parla di una regione europea "di fatto". Non esiste, a mio avviso, una regione europea "di fatto" ed a riguardo invito i presenti a consultare il Trattato di Maastricht. E qualche sarebbe la natura giuridica di questa regione europea? Questa deve ancora essere creata, e ritengo sia necessaria la volontà per creare le basi giuridiche prima ancora di costruire questa regione. Significa quindi che lo Stato deve trasferire maggiore competenza alla Regione. Significa inoltre che anche lo Stato austriaco dovrà trasferire competenze al Bundesland del Tirolo. Queste cose vanno dette chiaramente, non potendo questa Regione essere altrimenti costruita. Se la nostra Regione vuole assumersi il ruolo di testa pensante in questo processo di euroregionalizzazione allora deve adoperarsi seriamente. Dovrà inoltre essere una testa pensante in ordine alla riforma elettorale.

Per quanto attiene la riforma elettorale desidero far notare quanto segue: mi è dato sapere che c'è chi si prefigge di introdurre il sistema maggioritario ovvero i collegi uninominali anche in Regione. Io non posso che metter in guardia contro questo progetto, in quanto non è certo teso ad avvicinare i cittadini alle istituzioni, come viene solvente detto. Si tratta piuttosto del mero tentativo di rafforzare il potere delle varie cordate e delle associazioni d'interesse. Ritengo sia un progetto molto pericoloso dal punto di vista democratico, perché in tal modo verrebbero limitate non solo le minoranze politiche ma anche la democrazia all'interno dei partiti maggiori. Ritengo che dal punto di vista democratico ciò equivalerebbe per il nostro paese ad una vera e propria follia. Sono favorevole all'introduzione di una soglia elettorale in quanto sono dell'avviso che, per essere presente in un organo, sia necessario superare una soglia minima. Ritengo che lo sbarramento debba essere fissato tra il 3 ed il 5 per cento, ma ribadisco nuovamente la mia posizione contraria all'introduzione dei collegi uninominali.

Siamo favorevoli all'elezione diretta del sindaco e ci esprimiamo per il mantenimento del sistema proporzionale per l'elezione del consiglio comunale.

In conclusione del mio intervento desidero rilevare che non potrò dare un voto favorevole a queste dichiarazioni programmatiche pieno di incognite e incertezze. Ritengo che la costituzione della Regione europea del Tirolo debba essere preceduta dall'abrogazione di questa Regione. Sono dell'avviso che solo in tal modo si possa creare la base su cui costruire assieme, anche perché la Regione è affetta da un difetto del passato quando si cercò di svuotare l'autonomia, di minarla e di relativarla. La ringrazio!)

(Assume la Presidenza il Presidente Tretter)

(Präsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Sono le ore 12.50, è prenotato il cons. Viola, che non vedo in aula. Qualcuno intende intervenire? La parola al collega Peterlini. Chiedo al Vicepresidente Peterlini se il suo intervento va oltre le ore 13.00. Collega Mitolo, ha fatto bene a ricordare alla Presidenza che sono le ore 12.51.

Sospendo la seduta. I lavori sono aggiornati alle ore 15.00.

(ore 12.51)

(ore 15.04)

Presidenza del Presidente Franco Tretter

PRESIDENTE: Procediamo con l'appello nominale.

DENICOLO' (*segretario*): (*fa l'appello nominale*)

PRESIDENTE: Riprendiamo i lavori.

Sull'ordine dei lavori la parola alla cons. Zendron.

ZENDRON: Avrei solo una domanda, signor Presidente, e cioè se è un cambiamento deciso o è un caso che l'appello sia stato fatto separato per province. Normalmente l'appello viene fatto tutti assieme in ordine alfabetico ed oggi per la prima volta nell'appello iniziale è stato fatto separato. E' una nuova prassi già con i risultati della divisione in due province della regione, oppure è un caso o un errore?

PRESIDENTE: No, è stato un errore, non ci sono cambiamenti, procediamo come abbiamo sempre proceduto.

Ha chiesto di intervenire il cons. Viola. Ne ha la facoltà.

VIOLA: Grazie, signor Presidente. Se esaminiamo le dichiarazioni del Presidente designato, credo che ad esse vada riconosciuto il merito di aver individuato in maniera estremamente precisa e pregnante il problema politico essenziale che dobbiamo risolvere in questa legislatura come regione ed il problema politico parte dal riconoscimento, come è stato - ripeto - correttamente indicato, che è profondamente mutato il quadro politico storico di riferimento. In realtà non era mutato soltanto a partire dal 21 novembre 1993, ma da alcuni anni, ma certamente ora questo quadro mutato assume contorni estremamente chiari e giustamente il futuro Presidente Grandi ha individuato nel processo che ha portato, con tutte le difficoltà che conosciamo,

all'unione europea, nell'auspicato ingresso dell'Austria - se forze a mio avviso non illuminate non si opporranno in Austria a questo passaggio -, nell'ingresso dell'Austria nell'Unione europea e nel nuovo dibattito sul regionalismo italiano è stato individuato in questi tre tratti fondamentali l'elemento forte di novità.

Queste mutate condizioni storiche aprono senza dubbio alcuno alle regioni dei nuovi compiti e nuovi compiti implicano nuove difficoltà, ma accanto a questo anche la consapevolezza che queste mutate condizioni storiche consentono nuove opportunità e nuove potenzialità. Se il concetto di potenzialità è qui applicato correttamente ne consegue direttamente che siamo di fronte a delle occasioni da cogliere e quindi anche al rischio di non saper cogliere l'opportunità del momento, gli spazi che si aprono.

Questi spazi, come ho già detto prima, sono da un lato la problematica dell'unità europea e la rinascita, si può dire quasi dai tempi del risorgimento, con qualche esagerazione, è stato ripreso anche nel ventesimo secolo, del pensiero federalista in Italia e tutto ciò apre direi quasi di colpo, perché la storia, a differenza della natura, procede per salti, un vero e proprio ruolo di avanguardia alle due province ed alla regione, cioè due piccole province, in fondo di periferia, anche se ricche di storia, anche se da sempre in una posizione geo-politica particolare ed interessante, acquistano da queste nuove condizioni un raggio di azione politico e culturale che quasi improvvisamente va molto al di là delle loro reali dimensioni, un raggio di azione che centuplica potenzialmente le loro modeste dimensioni geografiche, demografiche ed economiche.

In altre parole, la regione e le due province diventano ora protagoniste su almeno tre grandi scenari strategici; ripeto, è già stato detto ed indicato sia da Grandi che da Pahl, intendo solo sottolinearlo ulteriormente: uno è quello della difesa delle minoranze, l'altro è quello della riforma neo-regionalista, ma preferisco, ma questo poi ritorno a dire, federalista dello stato italiano, il terzo è la tematica dell'Europa delle regioni e quindi dell'euroregione.

Prendiamo il primo elemento: la provincia di Bolzano e dunque anche la regione e la provincia di Trento sicuramente hanno il merito storico di rappresentare per oggi per quasi tutte le minoranze del mondo, in particolare per le minoranze linguistiche etniche europee, un modello di riferimento di indiscusso prestigio, la processione, l'elenco di minoranze linguistiche in particolar modo europee, soprattutto nell'est, ma non soltanto nell'est, che vengono da noi ad informarsi sulla soluzione data ad un problema fondamentale qual è quello della tutela delle minoranze, non tutti sanno - forse non lo sanno i colleghi trentini - che nel mondo degli specialisti è estremamente conosciuto un progetto che vuole diventare una carta ufficiale di Strasburgo, un progetto di tutela dei gruppi linguistici europei che viene chiamato dagli specialisti "Bozner Entwurf", "progetto Bolzano", perché sono stati studiosi di Bolzano in particolare ad elaborarlo. Quindi in questo caso Bolzano non viene intesa come città in quanto tale, ma come provincia, come storia, come punto di riferimento fondamentale. Mi piace citare -

chiedo scusa ai colleghi di Bolzano, che forse più volte l'hanno sentito - che il New York Times, un giornale che di solito parla dell'Italia soltanto per raccontare quello che non va, ed è più colpa dell'Italia che del New York Times, detto a latere, ha definito il momento della chiusura del pacchetto nel giugno del 1992 come un momento storico, ha auspicato che questo virus di pace che viene dall'Alto Adige possa rapidamente diventare infettivo in tutto il mondo; in altri termini con lo statuto di autonomia siamo di fronte all'unica riforma istituzionale dello stato italiano che è unanimemente lodata all'estero, perché non mi pare che le altre nostre riforme o gli altri modi di funzionamento delle nostre istituzioni siano oggetto di attento studio come modello da imitare nelle università straniere.

Quindi questo straordinario risultato, che chi ha un minimo di conoscenza storica riesce ad apprezzare in tutta la sua portata, perché conosce anche i rischi che abbiamo corso e le vie pericolosissime che siamo riusciti all'ultimo momento ad evitare, configura quindi per la nostra regione - ora parliamo della regione - quella che si può chiamare senza esagerazioni una vera e propria forma di missione o di vocazione da questo punto di vista, quindi di diventare, lo faranno senza voler scavalcare il ruolo della provincia di Bolzano o della provincia di Trento, ma in quest'ottica di cooperazione e di progettualità che è stata opportunamente indicata dalle dichiarazioni di Grandi, quindi la regione può qui diventare, lo è già stato, ma direi molto di più, un centro di studi e di elaborazione di progetti per quanto riguarda il diritto delle minoranze, direi quasi un luogo di incontro naturale di minoranze che vengono anche qui non soltanto per studiare un modello, ma anche per incontrarsi; mi sarebbe piaciuto, ma mi rendo conto che la cosa forse è sproporzionata, che invece che ad Oslo, ma comunque bene hanno fatto ad andare in Norvegia i Palestinesi ed Israeliani, si fossero trovati, magari segretamente, qui per trattare la loro difficilissima problematica, dato che loro conoscono molto bene lo statuto di autonomia dell'Alto Adige, quello che considerano un esempio interessante da studiare; e quindi centro di studi, di convegni, di seminari, si vedono qui le possibilità di coordinamento dell'ITC trentino e dell'Accademia europea, di coordinamenti fra Università di Trento e di Innsbruck, nelle varie forme rispettose dei ruoli delle singole province, ma comunque un grande ruolo di promozione, che è una delle caratteristiche per cui la nostra regione, in questo caso, è famosa nel mondo ed ha realizzato risultati d'avanguardia.

Vediamo ora il secondo aspetto, rispetto al quale abbiamo da svolgere un ruolo di estrema importanza. Mi riferisco a quello che viene chiamato variamente neoregionalismo o federalismo; non ho paura di questo termine, c'è una certa ambiguità, se a volte viene usato più spesso nel regionalismo forte, altre volte si parla di Europa federale, ciò indica ancora una certa incertezza terminologica, ma la direzione è quella giusta, il dibattito sul neoregionalismo e sul federalismo in Italia; non c'è qui il tempo, né io ho la dottrina sufficiente per fare la storia del federalismo italiano, ma in sintesi si può dire che sicuramente la storia del federalismo italiano è la storia di una sconfitta, è anche la storia di un equivoco e di un fraintendimento, eppure ha avuto illustri

pensatori, sia nell'800 che nel '900 ed è stato curiosamente un pensiero che non è stato patrimonio soltanto del nord o soltanto di una certa parte politica, poiché va riferito a grandi figure storico-politiche sia meridionali che settentrionali, sia di laici che di cattolici, qualche nome: Cattaneo, laico del nord, don Sturzo, nell'altro secolo cattolico del sud, Salvemini, meridionale pugliese, laico e, perché non dirlo, sarebbe interessante fare qualche osservazione, un grande pensatore trentino, mi riferisco ad Antonio Rosmini, che è stato un antesignano, non si chiamava allora federalismo, ma sicuramente di una concezione che andava molto vicino comunque ad una lotta contro il centralismo statale.

Il problema della riforma neo-regionalista o federalista dello stato italiano o ormai sul tappeto e nessuno può più sfuggirvi, ecco che qui però - e non mi dilungo su questa tematica - c'è effettivamente un ruolo di avanguardia, di traino, di promozione, di progettualità, che finora non abbiamo esercitato pienamente e questo anche va riconosciuto da parte delle nostre realtà autonomistiche, in fondo, lo ripeto, anche se so che a qualcuno non può piacere, lo statuto di autonomia del 1972 è stato - anche se nessuno forse ci pensava, nessuno sottolineava questo aspetto allora - una riforma federale ante litteram dello stato italiano, è stata la più avanzata, la più spinta forma di autogoverno locale in una situazione in cui la parola federalismo era assolutamente sconosciuta al dibattito generale.

L'attuale sen. Miglio, che da sempre andava in quella direzione - poi dirò qualche cosa di critico in questo senso -, ma da sempre teneva praticamente da solo aperta questa problematica, ma c'era verso di lui una specie di conventio ad ignorandum, per cui è sempre stata una figura del tutto marginale, soltanto improvvisamente è salito alla ribalta.

E' chiaro che lo statuto d'autonomia non fu pensato dai suoi padri nell'ottica di una riforma federale dello stato italiano, l'obiettivo che doveva raggiungere, il problema che doveva risolvere era quello della tutela della minoranza linguistica tedesca e ladina, però di fatto il significato è lo stesso, perché è riuscito a dimostrare una cosa di grande importanza e cioè che è possibile all'interno di uno stato nazionale, senza modificare i confini, riuscire a garantire una buona, se anche non perfetta, tutela di una minoranza linguistica senza modificare i confini, realizzando con un'autonomia speciale questa sorta di terza via, l'unica via possibile, una via estremamente avanzata, che è fra la secessione da un lato ed il centralismo statale dall'altro, realizzando in altre parole una vera e propria quadratura del cerchio, perché la soluzione autonomistica della provincia di Bolzano, ma certamente anche regionale - si parla ovviamente del secondo statuto - riesce a realizzare questa sorta di quasi difficilissima soluzione che è l'evitare insieme i traumi della secessione da un lato, perché dobbiamo sapere che la secessione normalmente è comunque un fatto traumatico ed anche, da un altro lato, l'ingiustizia del centralismo statale e dimostra nella maniera più diretta e concreta e più storica, non a parole o a trattati universitari, la validità della soluzione federalistica, perché lo dimostra proprio là dove è chiamata questa soluzione a superare la sua prova più difficile:

realizzare la tutela della cosa di una minoranza etnico-linguistica molto diversa dallo stato all'interno di uno stato sostanzialmente centralistico, che è rimasto centralistico anche dopo il 1972, questa è stata l'operazione realizzata e di cui io personalmente, che non ho dato nessun contributo in questa direzione ritengo che noi dovremmo essere particolarmente orgogliosi.

Quindi il nostro statuto dimostra qual è la vera concezione del federalismo, è sintesi di unità e di pluralità, è una forma di unità superiore, che rispetta e valorizza e si arricchisce della pluralità e della diversità, e quindi - e qui vengo nuovamente, dopo aver riconosciuto il suo carattere di antesignano - passo a qualche modesta osservazione critica, perché non sono un docente universitario di diritto o un costituzionalista.

Il sen. Miglio è sicuramente un uomo non privo di humor ed anche di gradevole ascolto alla televisione, molto più direi di altri personaggi del suo partito, il quale proprio qui, in una famosa boutade, espressa nell'autunno credo dello scorso anno, disse che si sarebbe augurato di trovare un confine di stato a Salorno, perché secondo lui c'è un diritto fondamentale, e qui in fondo si tratta di una terra che è bene che ritorni laddove è sempre stata e cioè all'Austria, dimostrando in questa boutade, fra l'altro infelicissima, perché non si parla di queste cose con leggerezza in una situazione come la nostra, però è una boutade molto rivelatrice, perché evidenzia il fondo sostanzialmente secessionista e non cooperativo e solidaristico del suo federalismo. Egli del resto lo dichiara sempre, non capisco perché lo si neghi, che cosa ci sia di male nel dirlo, anche se gli mettono spesso la sordina i suoi stessi compagni di partito, perché parlare qui di soluzione più avanzata, intesa come nuovo confine e in fondo autodeterminazione e ritorno al passato, significa non aver capito che proprio questa esperienza in particolare della provincia di Bolzano dimostra che c'è un'altra strada e che non è affatto necessario arrivare a questo per garantire quello per cui lo statuto è nato e cioè la difesa e la valorizzazione di un'identità etnico-culturale.

Questo fatto di aver prodotto la più avanzata riforma di questo tipo dà alla nostra regione e quindi alle due province o a tutti e tre questi enti insieme un ruolo nazionale particolarmente prezioso, che è un ruolo di promozione, di spinta e di progettualità, perché quale altra regione, certo ce ne sono altre a statuto speciale, ma quale altra regione può meglio di noi rappresentare la bandiera di questa soluzione? Ma nello stesso tempo possiamo avere un ruolo importante di un federalismo nel senso che ho detto prima. Questa funzione è riconosciuta nelle dichiarazioni programmatiche, si parla di una funzione di stimolo in questa direzione verso le regioni a statuto ordinario, le quali hanno certo il diritto di avere anche loro le forme di autogoverno che hanno le regioni a statuto speciale, in particolare la nostra, mi permetto di segnalare al Presidente designato comunque la necessità di un'ulteriore precisazione, che se ben ricordo non è presente, ma non è una critica particolare, nella sua relazione e cioè di tener conto del fatto che la battaglia e l'essere promotore di una riforma neo-regionalista o federalista dello stato che dia molto più autogoverno alle regioni a statuto ordinario non toglie il

problema di tutelare la nostra specialità e il nostro carattere differenziato, in modo che sia possibile, diciamo così, che da un lato ci sia più autogoverno certo alle regioni a statuto ordinario, ma che sia sempre mantenuto nell'interesse di tutti ed anche delle regioni a statuto ordinario; un plus di autonomia e di autogoverno, quindi maggiore di quanto abbiamo già adesso nelle nostre due province, direi avere quasi la funzione di un battipista che indica gli obiettivi da raggiungere, che non si raggiungeranno mai, perché ha sempre obiettivi avanzati e le altre regioni, comunque lo inseguino, la gara da questo punto di vista, sarebbe estremamente positiva.

Accanto a questo ruolo in generale rispetto alle regioni a statuto ordinario, ritengo che dobbiamo anche avere un ruolo di promozione e di coordinamento, senza protagonismi, fra le regioni a statuto speciale, se posso permettermi di fare una proposta, che peraltro non è neppure particolarmente nuova, direi che la nostra regione, ovviamente d'intesa con le due province, ma questo è sottinteso, dovrebbe farsi promotrice di quelle che dovrebbero essere le prime assise generali delle regioni a statuto speciali. Ci sono state infinite riunioni dei Presidenti delle Giunte delle regioni a statuto speciale e di Presidenti del Consiglio delle regioni a statuto speciale, però sarebbe importante che qui da noi, lasciamo aperto ora il problema che sia a Bolzano o a Trento o a Salorno, a metà, sarebbe bene che si riunissero tutti i consiglieri, cioè le 5 assemblee legislative, che hanno problemi diversi, non ci dobbiamo appiattare gli uni sugli altri, perché credo che questa manifestazione immediatamente dopo le elezioni, questa riunione, un po' sul modello del "Vierer Landtag", dei quattro consigli transfrontalieri che abbiamo visto il 2 giugno, ma la riunione di queste 5 assemblee legislative: Sicilia, Sardegna eccetera qui da noi abbia una funzione molto importante, una funzione simbolica ancora più importante e possa anche dare un ulteriore stimolo alla riforma neoregionalista dello stato. Naturalmente abbiamo la nostra specialità all'interno della specialità, non c'è dubbio, le ragioni sono note e ve le risparmio, personalmente non ho nulla in contrario a valutare positivamente questo concetto di autonomia dinamica, purché sia naturalmente autonomia concertata nel consenso delle popolazioni.

Se l'autogoverno è un fatto positivo, per quale motivo questo non debba tendenzialmente aumentare, mantenendo naturalmente il quadro unitario, ma questo non c'è bisogno di dirlo, perché il federalismo è una forma superiore di unità, non ci sono stati più compatti degli stati federali, anche dal punto di vista verso l'esterno e quindi anche qui c'è la possibilità, c'è un ruolo, questa testa pensante della regione di progettualità, di studi e ricerche sul federalismo, di contatti e di scambi internazionali con paesi federalisti, con la Svizzera, insomma una funzione molto importante è già stata compiuta, sono stati fatti convegni ed anche pubblicazioni interessanti, ma su questa strada abbiamo ancora molto da compiere e molto da indicare.

Il terzo settore in cui la nostra peculiarità proprio in questa nuova legislatura deve esercitarsi, come è stato ricordato da Grandi e come è stato anche ricordato da Pahl, è naturalmente il ruolo della nostra regione nella tematica dell'Europa

delle regioni, ma qui non mi dilungo, dell'uropeismo in generale ed in particolare dell'Euroregione.

Il discorso fatto sull'Euroregione sia nelle dichiarazioni di Grandi, che in quelle del Vicepresidente designato Pahl, è insieme molto chiaro come proposta, ma anche molto generico nel concreto. In parte - non so se sarei potuto essere più preciso - è inevitabile, la genericità in un settore in fondo esplorativo nuovo è un tributo che dobbiamo pagare fin dall'inizio - su questo aspetto ritornerò -, tuttavia personalmente non ho difficoltà a dire che in quanto tale, senza entrare nel se e nel come, ma in quanto idea generale, se volete in quanto valore, la prospettiva dell'Euroregione Tirolo, è dal mio punto di vista puramente e semplicemente affascinante, è una prospettiva dotata di grande fascino intellettuale e quindi anche politico; semmai l'unica critica fondamentale che si può fare è che siamo in ritardo su questo punto, non è una critica che faccio ora a qualcuno in particolare... ho detto affascinante, uno potrebbe dire "è un tuo entusiasmo particolare, magari sei entrato in Giunta a Bolzano e di conseguenza ti senti in dovere di parlare così, può essere una questione soggettiva", ma non credo che sia soltanto un problema soggettivo o un interesse di questa futura Giunta regionale, di cui peraltro non faccio parte. L'Euroregione, vedremo poi come, ma su questo lo andremo a vedere tutti insieme, costruire tutti assieme, è un progetto che corrisponde pienamente alla storia, alla tradizione, alla peculiarità ed alla posizione geo-politica di questa terra, direi che corrisponde pienamente ad una sua naturale e spontanea vocazione. Dirò di più: l'Euroregione, se mi passate questo gioco peraltro facile di parole, è il futuro di questa regione, quale altro futuro potremmo avere in una situazione in cui l'Europa si muove, macroregioni nascono dovunque, c'è un movimento generale e che va comunque in questa direzione; siccome i futuri possibili dipendono anche dalle nostre scelte, non è scritto negli astri o nella geo-politica soltanto il futuro, anche se una buona geo-politica aiuta, è almeno l'Euroregione quello che ritengo il solo o il vero futuro auspicabile per questa regione e direi anche che le nostre storia e peculiarità avrebbero voluto che fossimo stati noi i primi, dopo il 1980, vale a dire dopo la convenzione di Madrid, a realizzare questa Euroregione e se non l'abbiamo fatto fino ad oggi dobbiamo fare tutti insieme autocritica, avevamo delle difficoltà particolari, problemi particolari gravissimi da risolvere, ma non vorrei qui adesso soffermarmi sulla nozione di ritardo; siamo ancora in tempo, dicevo sempre di questo ruolo che ci viene offerto per la prima volta veramente, di essere di avanguardia, possiamo essere la prima Euroregione italiana. Dove dovrebbe nascere la prima Euroregione se non qui? Vogliamo fare una Euroregione fra la Sardegna e la Catalogna? Bene, me lo auguro, benissimo, però è evidente che qui c'è una vocazione, una particolare naturale facilità, almeno potenzialmente a realizzarla, e se possiamo essere la prima euroregione italiana, non possiamo certo essere la prima Euroregione europea, perché ce ne sono già molte, come sappiamo, ma sicuramente almeno potenzialmente la nostra euroregione può gareggiare con le altre per la palma della più interessante, perché non conosco fra le euroregioni già esistenti un'euroregione che abbia caratteristiche così peculiari, così interessanti, così

europee come quella che mi auguro possa nascere, che dipenderà soltanto da noi e da nessun altro, una regione che possa essere un punto di riferimento per tutte le altre euroregioni, diventare un nuovo elemento di riferimento per le altre.

Dicevamo che il progetto è generico e se devo dire qualcosa sul metodo, non è nato nel modo migliore, perché non è nato da un confronto paziente, mi rendo conto delle difficoltà, Presidente designato, ma di un confronto paziente fra tutte le forze autonomistiche. Anche se il metodo può essere criticato ed anche se i tratti sono ancora eccessivamente generici, ritengo comunque che il nostro deve essere un atteggiamento fortemente positivo, il che automaticamente implica che non trovi giustificato un atteggiamento puramente difensivo, frenante, sospettoso e pessimista; qui bisogna innanzi tutto misurare sull'obiettivo in sé, per poi esprimersi con chiarezza. Ho sentito parole di profonda diffidenza "trentini, state in guardia" è stato detto stamattina "state in guardia che qui è pericoloso", abbiamo lasciato ad Heiderer un onore che non gli spetta, io credo. "Trentini state in guardia", ma mi permetto di usare questa boutade rovesciandola, da autonomista ad euroregionalista convinto sin dalla prima ora, mi permetto di rovesciare il senso di questo appello: "trentini state in guardia a non cadere nel tranello di stare soltanto alla finestra". Questo è il vero pericolo che stiamo correndo, certo, ogni medaglia ha il suo rovescio, pericoli ve ne sono ovunque, soprattutto a stare fermi.

(Interruzione)

PRESIDENTE: Lei ha ancora un minuto per concludere.

VIOLA: Prendo atto, ma mi dicevano che questa mattina era stato tenuto un orientamento di una maggiore liberalità.

(Interruzione)

PRESIDENTE: Le ricordo che questa mattina avevamo convenuto di..., in ogni modo se lei ha bisogno di qualche minuto per concludere...

VIOLA: Ero convinto di questo e non avevo parlato con il Vicepresidente Peterlini... Cercherò di stringere al massimo.

Allora diciamo non restiamo alla finestra, non limitiamoci alla critica o non stiamo lì ad aspettare gli errori della nuova maggioranza o della nuova Giunta, un progetto di questo interesse merita l'appoggio ed il contributo di tutti, certo nella distinzione di ruoli fra maggioranza ed opposizione, ma l'opposizione potrà esercitare un suo ruolo incisivo, attento e propositivo su questo progetto non stando fuori da questa prospettiva, ma entrando ed, anzi, con la sua azione, con le sue peculiarità e con i suoi valori stimolando, correggendo se la maggioranza a suo avviso avesse fatto o

facesse qualcosa di sbagliato. Altrimenti dobbiamo uscire da una logica che sarebbe perversa fra chi preme sul freno e chi sull'acceleratore, il risultato è che la macchina quando uno preme sul freno e l'altro sull'acceleratore in genere sta ferma, nella migliore delle ipotesi, spesso sbanda e comunque non arriva dove dovrebbe arrivare. Occorre riuscire tutti a guidare il processo e questo dipenderà anche dalla capacità della maggioranza di mantenere le promesse che ho sentito sia da Grandi che da Pahl, cioè di essere aperta al contributo di tutti gli autonomisti.

Allora dicevo che il programma è generico, è inevitabile che lo sia in gran parte in questa fase, chi ha idee precise sulla regione è pregato di dirle, io non ne conosco, non è così facile; però possiamo incominciare a dire quello che non deve essere: l'Euroregione non è un nuovo stato. Lo ripetiamo ancora una volta, non c'è bisogno di un nuovo staterello in Europa, di un nuovo Liechtenstein, sta già bene quello dov'è, non è un qualche cosa che guarda al passato, non è la ricucitura di uno strappo del passato per realizzare una cosa che c'era nel 1918, per intenderci, perché quella era importante, ma già superata; c'erano molte cose che non andavano salvate nel Tirolo storico, che vanno pertanto modificate, quindi non guarda al passato, non è tradizionalista o nostalgica, ma certo è cosciente della storia, questo è il senso del passato, e guarda al futuro; nessuno può immaginare come sarà alla fine il risultato finale, sicuramente è un valore, credo che qui il detto di Bernstein, il grande revisionista socialista tedesco, sia il concetto più importante; è importante il movimento più che l'obiettivo in quanto tale, il movimento nella direzione, non è modifica di confini, questo è stato detto e ripetiamolo fino alla nausea, perché da nessuna parte l'Euroregione è modifica di confini, va benissimo la frase dell'ex-capitano del Tirolo Partl "i confini non si devono spostare, ma si devono svuotare", questo è il nostro scopo, è uno spazio di cooperazione e di collaborazione culturale, politica, economica ed ecologica, è un quadro politico di rapporti intensificati, secondo un motto che secondo me può andare bene ed è quello della tanto demonizzata tavola rotonda, che dice: "cerchiamo ciò che si può fare insieme meglio che da soli" e credo che ci siano molte cose che si possono fare insieme meglio che da soli, anzi ritengo che molte cose si possano fare solo insieme, non si possono fare da soli. Vi risparmio l'elenco dall'ecologia a tutto il resto, ma questo è evidente.

Finisco rapidissimamente e chiedo scusa in anticipo se ho sforato un po' i tempi.

Qui non è stata ricordata l'esperienza molto positiva dei 4 Parlamenti, della riunione del Vierer Landtag delle 4 assemblee legislative del 2 giugno dell'anno scorso, in cui già sono state prese, il Vorarlberg sappiamo ha interessi geo-politici in un'altra parte, bene, non stiamo ad aspettarlo, se ci sta bene, altrimenti lavoriamo da soli, perché non è un quadro conflittuale, non è che non viene perché ha paura di essere sfruttato, è interessato ad altri quadri e ad altri punti di riferimento, vorrei ricordare che in queste 4 riunioni sono già state fatte alcune delibere molto importanti, anche presentate dai trentini, approvate praticamente all'unanimità, che prevedono scambi

sull'università, delle Camere di commercio, studi istituzionali statutari, problemi e giochi sportivi, cioè tutte forme di intensificata collaborazione, questo è assolutamente importante e tanto tocca alle due province realizzare.

L'ultimo punto, è evidente che questo sia stato ricordato dai relatori, è possibile concretizzarlo soltanto se c'è il pieno consenso delle popolazioni, che si guadagna, si conquista in modo particolare dalla popolazione italiana in Alto Adige, ma anche da quella trentina; su questo non ci sono dubbi, sapendo però che il consenso va conquistato per mille ragioni, anche le più banali, in una importante pubblicazione, e qui ringrazio il Presidente Andreolli che l'ha pubblicata recentemente, che riguarda appunto il quadro delle euroregioni; in una relazione del prof. Cerea si ricorda una cosa che era ovvia, ma che non avevo inquadrato e cioè che il numero dei pernottamenti e delle presenze turistiche nel Tirolo, nel Trentino e nell'Alto Adige insieme è superiore a quello dell'intera Svizzera e pari al 70% della Francia o al 70% della Spagna, cioè qui c'è una potenzialità straordinaria economica, oltre che culturale e storica.

Sull'ultima cosa, che è il ruolo della regione, tralascio la questione della legge elettorale perché non ho più tempo... dice "ma se questa dovrà essere l'euroregione che dovremo costruire insieme anche con un po' di bricolage istituzionale, si vede, si sperimenta, si guarda, sapendo almeno quello che non deve essere. Quale sarà dunque il ruolo della regione? Qui non c'è il tempo di entrare in questa difficilissima tematica, sappiamo che la regione di fatto da un punto di vista statutario, la seconda regione, lo dice Regio Dacci, illustre giurista, ha un ruolo fortemente residuale sul piano istituzionale. Può andare avanti ancora a tempo indeterminato in questo modo, ma ritengo che questa nuova interpretazione, che poi dovrà essere verificata e questo consenso che manifesto lo ritiro nell'istante stesso, in cui non sono più d'accordo su una delle qualunque interpretazioni, questo è diritto di tutti, questa nuova interpretazione che viene data dalle relazioni del Presidente e del Vicepresidente, cioè di un ruolo di coordinamento, di progettualità, di studio, Verbindungsstelle, un luogo di collegamento reale, perché basato su volontà reali delle due province, sia il vero nuovo ruolo, non sia il suo svuotamento, ma la sua valorizzazione reale, perché prima era svuotata quando se ne stava lì ad amministrare il catasto e basta, adesso può prendere un ruolo importante, perché è basato sulla progettualità, sull'iniziativa, sull'avanguardia, sul consenso delle due istituzioni politiche delle due province, ma anche sul consenso di una popolazione, consenso che, ripeto, va conquistato.

Per questa ragione ritengo in coscienza di dare un voto favorevole a questo programma.

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Taverna.

(Interruzione)

PRESIDENTE: Bene, la mettiamo in coda. Chiedo se qualcuno intende intervenire.

La parola al cons. Frasnelli.

FRASNELLI: Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, daß es zweckdienlich ist, zu Beginn einer Legislatur, wo so viele neue Kolleginnen und Kollegen ins hohe Haus gewählt worden sind, uns über einige Grundsatzpositionen der Autonomiepolitik zu verständigen. Es ist deshalb gut, weil damit Klarheit darüber geschaffen wird, wo jede politische Bewegung an und für sich denkt, langzugehen, wie wir es in der deutschen Sprache artikulieren. Und nur wenn Klarheit in den politischen Positionen gegeben ist, läßt sich darauf auch ein fruchtbarer Dialog aufbauen. Gleich vornweg: ich war heute schockiert und enttäuscht von der Intervention der Kollegin Zendron, die eine Interpretation der politischen Entwicklung unseres Landes vorgegeben hat, die in der Tat - und da treffe ich mich ziemlich mit den Positionen des Kollegen Viola - auf Pessimismus, auf Mißtrauen aufgebaut war. Was hat denn in der Hauptsache die Kollegin Zendron heute hier vorzuerzählen versucht? Sie hat versucht, dieses zutiefst europäische Projekt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sozusagen in den Schoß der Rechtsextremen in diesem regionalen Raum Europas zu legen und alle neuen Kolleginnen und Kollegen, insbesondere jene des Trentino, davor zu warnen: paßt auf, hier steht oder bei diesem Projekt steht eigentlich der europäische Schowinismus, Rechtsextremismus, Pate und nicht jene, die die europäische Integration verwirklichen wollen. Das ist die Botschaft einer grünen Politikerin gewesen. Ich verstehe nicht, wie diese Kollegin innerhalb der grünen Bewegung - wenn ich die grüne Bewegung von den Inhalten her projiziere auf die Positionen, die die Grünen innerhalb der EU zum Ausdruck bringen - wie die da noch politisch Platz hat. Also tiefe Enttäuschung über die Position, die heute die Kollegin Zendron hier in diesem Hause zum Ausdruck gebracht hat.

Nun zurück nach dieser Prämisse. Ich glaube, daß gut ist, seitens der Südtiroler Volkspartei und hier bestätige ich oder ergänze ein bißchen die Ausführungen des Kollegen Pahl, der ja spezifisch auf die Inhalte des Regierungsprogrammes Bezug genommen hat, zum Thema Autonomie als solche z.B. noch einmal Stellung zu nehmen und zum Thema europäische Integration über den Aspekt der Rolle der Region und europäische Region hinaus. Lassen Sie mich da aus der Sicht der SVP unsere Position zur Autonomie darlegen, weil auch zum Ausdruck gebracht worden ist: mit dem Projekt der europäischen Region werden verfassungsrechtlich gesicherte Realitäten in Südtirol, in Trentino und in der Region einfach leichtfertig beiseite geschoben. Niemand denkt daran. Was stellt sich nun die Südtiroler Volkspartei pro futuro unter Autonomie dieser besonderen verfassungsrechtlichen Realität, die international begründet ist, vor? Der Schutz von Volksgruppen und Nationalitäten, werte Kolleginnen und Kollegen, ist Gradmesser für die Demokratie und das zivilisatorische Niveau eines Gemeinwesens. Die Ereignisse im früheren Jugoslawien, in der ehemaligen Sowjetunion, heute russischen Föderation, in der Slowakei, in Moldavien, in Rumänien machen es überdeutlich: ohne Lösung von Nationalitäten- und Volksgruppenproblemen kann

europäische Friedenspolitik nicht gelingen. Was in Südtirol im Auftrag der UNO auf dem Wege zur vollen Autonomie auf dezentraler Ebene statuiert wurde, im Auftrag der UNO, hat aller Voraussicht nach in Zukunft für die Regelung von Volksgruppen und Nationalitätenkonflikten allgemeine Bedeutung. Diese Tatsache muß uns Südtiroler ermutigen, muß Sie Trentiner ermutigen, muß uns beide in der politischen Debatte im Regionalrat Trentino-Südtirol ermutigen, phantasievoll und beharrlich auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren. Dazu ist festzustellen, daß die zukünftige Entwicklung umso fruchtbringender sein wird, das sage ich speziell auf die Realität der drei Sprachgruppen in Südtirol bezogen, je breiter die Basis der Bevölkerung ist, die die Autonomie mitträgt. Die politischen Entscheidungsträger müssen deshalb alles tun, um das, was durch das Paket gewonnen wurde, zur Errungenschaft für alle zu machen und die zukünftige Phase der Autonomiepolitik zum Anliegen für alle zu machen. Die Bereitschaft der Italiener in Südtirol in der Gestaltung der Autonomie und deren Fortentwicklung mitzuwirken, muß - und das ist primäre Aufgabe der Südtiroler Volkspartei - nachhaltig ausgebaut werden. Im Gegenzug stellen wir fest, daß wir neben der Sicherung der deutschen und ladinischen Volksgruppe auf der Grundlage des Pariser Abkommens, das auch in Zukunft unsere Magna Carta darstellt, und des Art. 6 der italienischen Verfassung fest auf verfassungsrechtlich eindeutigen Positionen bleiben. Es ist klar, daß die Autonomie in Südtirol als Gestaltungsinstrument, als Mittel zum Bau und zur Entwicklung der Zukunft für alle drei Sprachgruppen gelten muß, über die besonderen Schutzmaßnahmen für die nationalen Minderheiten Deutsche und Ladiner hinausgehend. In diesem Geist wollen wir nicht das Paket beiseite schieben. Nein, wollen wir in die nächste Phase der Autonomiepolitik treten, auf das Paket aufbauend, vom Paket ausgehend. Unbeschadet der Unverzichtbarkeit des Selbstbestimmungsrechtes vertritt dazu die Südtiroler Volkspartei das Konzept der dynamischen Autonomie, werte Kolleginnen und Kollegen aus dem Trentino. Dies ist ein zentrales Moment der Regierungsarbeit der Koalition in Südtirol für die nächsten fünf Jahre und des verstärkten Regionalismus und der Föderalisierung, wie sie auch schon grundsätzlich im Pariser Abkommen selbst, sehr deutlich aber in der historischen politischen Resolution der SVP vom November 1969 festgeschrieben worden ist. Dort unzweideutig, für jeden einsichtig, hat die Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei festgestellt, daß das Paket nicht alle Befugnisse einer echten Selbstverwaltung enthält. Die Kommission zur Erweiterung des Pakets hat die Probleme Südtirols untersucht, wenn auch nicht immer alle Fragen und Gesichtspunkte einer Einzelprüfung unterzogen werden konnten. Dies auch im Hinblick auf die ständige Entwicklung - und wer kann heute leugnen, daß in Europa eine höchstdynamische Entwicklung abläuft - sowohl der politischen Einrichtungen als auch im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten. Eine Entwicklung, die schon damals niemandem verborgen geblieben ist, die aber notwendigerweise neue Fragen aufwirft und neue Erfordernisse erheischt. Schon damals also hat man unzweideutig die Basis für eine dynamische Konzeption der Autonomie gegründet. Die

Landesversammlung sprach damals außerdem die Erwartung aus, daß es nach der Durchführung des Pakets in einem Klima des friedlichen Zusammenlebens und eines neuen Vertrauensverhältnisses zwischen dem Staat und der Volksgruppe möglich werde, daß Italien auch den bisher unerfolgten Forderungen der Südtirolervertreter Rechnung trägt. Lückenlos schließt die Südtiroler Volkspartei an diese Aussagen von damals an. An die bisherigen Etappen der Autonomie werden sie also in Zukunft weitere anschließen. Darüber soll für niemand ein Zweifel bestehen. Dies umsomehr, da die sich rapide verändernden internationalen und innerstaatlichen Rahmenbedingungen dieser Konzeption von Autonomie weit mehr Spielraum einräumen, als damals im Jahre 1969.

Jetzt ein neues: Auch melden alle drei Volksgruppen in Südtirol immer dringender und immer drängender neue Autonomieerfordernisse an, nicht nur die deutsche Volksgruppe, nicht nur die Südtiroler Volkspartei. Folgende konkrete Forderungen erheben Vertreter aller drei Sprachgruppen in Südtirol. Die Arbeiten der vom Paket vorgesehenen Autonomiekommission, der sogenannten 137-er Kommission, in der für die italienische Regierung die neuen Autonomieforderungen aufgearbeitet werden sollen, sind nun endlich systematisch aufzunehmen. Nicht nur die SVP verlangt, ersucht, drängt, daß diese Arbeiten beginnen. Ich kenne Vertreter des PPI, des PDS, die auch immer deutlicher in diese Richtung weisen. Als zentrale, vom Inhalt her gesehen neue autonomiepolitische Forderungen machen wir von der SVP, aber nicht nur wir, auch vom Partito Popolare, auch vom PDS, den Bildungs- und Schulbereich aus. Dies führt zu zahlreichen bildungspolitischen Problemstellungen, die Universitätsfrage, Sprachunterricht, diese beiden Dinge seien hierzu als Stichworte genannt. Wir stellen fest, daß die Bevölkerung, die Basis sich rührt, daß hier einfach neue Erfordernisse bestehen. Und die Politik hat doch die Aufgabe, diese neuen Erfordernisse aufzunehmen und in politische Konsequenzen umzusetzen. Wir stellen fest, daß hier alle drei Sprachgruppen sehr stark und intensiv in Bewegung sind.

Wir von der Südtiroler Volkspartei sind zudem der Meinung, daß weitere punktuell einzufordernde Autonomiebereiche folgende sind: der Bereich Arbeit, Arbeitsmarktverwaltung. Südtirol und das Trentino haben weitgehende Kompetenzen im Arbeitsbereich. Wir kontrollieren den Staat, wir haben die Arbeitsmarktkontrolle. Im Sinne eines integrierten einheitlichen Systems ist es doch wohl zweckmäßig, daß wir beispielsweise den gesamten Bereich der Arbeitsmarktverwaltung vom Staat delegiert bekommen. Ich stelle fest, daß Vertreter aller drei Sprachgruppen in Südtirol Forderungen in diese Richtung stellen.

Oder eine Ausweitung im Bereich des Sozialen. Man lese hier die programmatischen Erklärungen oder das Koalitionsprogramm der Regionalregierung und führe sich das vor Augen. Das weist eindeutig in die Richtung, daß wir über mehr Kompetenzen im Sozialbereich verfügen möchten. Tarifhoheit und Steuerhoheit wird ein immer aktuelleres Problem im Zusammenhang mit der Ausweitung der autonomen Kompetenzen. Dies auch vor dem Hintergrund des fast revolutionären Umbruches der

italienischen Institutionen, die vor allen Dingen in dieser neuen Phase konstituente nach den Wahlen sich einstellen werden. Angesichts der italien- und europaweit zunehmenden Föderalisierungsbestrebungen ist aus unserer Sicht dem Staat gegenüber mittel- oder längerfristig die Übertragung der primären Gesetzgebungskompetenzen in all jenen Bereichen einzufordern, die derzeit lediglich in den sekundären bzw. tertiären Zuständigkeitsbereich des Landes Südtirol und des Landes Trentino fallen. Fangen wir doch an, beide gemeinsam und sehr viel intensiver an diesem Strick zu ziehen dem Staate gegenüber. Gemeinsam, so meine ich in erster Linie die beiden autonomen Länder Südtirol und Trentino. Die Einrichtung Region, aus der wir jetzt ja weitere Kompetenzen vor allem administrativer Art delegieren, ist geeignet ein Forum der politischen Debatte über diese Dinge zu sein.

In diese Richtung also, werte Kolleginnen und Kollegen, will die Südtiroler Volkspartei das Konzept der dynamischen Autonomie entwickeln. Es ist klar, daß wir uns gemeinsam einzusetzen haben, daß das, was wir an Autonomie bisher erreicht haben, vom Staate nicht ausgehöhlt wird und das wird nicht einfach sein. Auch in diesem Zusammenhang muß Trentino und Südtirol sehr viel enger zusammenarbeiten. Aber sicher ist eines: die Südtiroler Volkspartei ist sich bewußt, daß es für das Anfordern all dieser Dinge natürlich des Konsenses zwischen den Sprachgruppen bedarf. Das ist ja eine neue Etappe der Autonomiepolitik, daß wir dem Staate gegenüber diese Forderungen mit einer ganz anderen Effizienz durchsetzen können, wenn alle drei Sprachgruppen in Südtirol, wenn die beiden autonomen Länder Südtirol und Trentino, hier in eine gemeinsame Richtung die Politik entwickeln.

Angesichts dessen, was die Kollegin Zendron zu dieser europäischen Region Tirol zum Ausdruck gebracht hat und zu dem, was an Zerredung dieses höchst und zutiefst europäischen Modelles hier in der Debatte nach den an und für sich sehr klaren Ausführungen meines Kollegen Pahl zum Ausdruck gebracht worden ist, möchte ich nur folgendes sagen: Machen wir uns doch nichts vor. Wir brauchen in Europa nicht nur die Integration der Mitgliedsstaaten, sondern auch eine immer intensivere Zusammenarbeit der regionalen Realitäten. Wir brauchen ein Netzwerk regionaler Zusammenarbeit. Denn dies fördert letztlich bürgernah den europäischen Harmonisierungsprozeß. Die Zusammenarbeit regionaler Einrichtungen kann und muß dazu zu einer modellhaften Entwicklung gemeinsamer grenzüberschreitender Einrichtungen und Verfahrensweisen führen. Egal, welches Wort wir hier im spezifischen gebrauchen: Zusammenarbeit, Kooperation, Integration, das ist ein fließender Prozeß, genauso wie auch die europäische Integration im Großen ja auch ein fließender Prozeß ist. Wenn man die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hernimmt, wenn man die großen Sprünge der europäischen Integration vor allen Dingen in den letzten 2 Jahrzehnten hernimmt, dann wäre es völlig unsinnig, wenn man heute für die europäische regionale Integration, die ein subsidiäres Teilwerk der gesamten europäischen Integration ist, wenn man hierzu nun fiskalisch und schablonenhaft vorgehen möchte. Schauen Sie, und wir wollen eine grenzüberschreitende, europäische,

regionale Integration nicht im Sinne der Schaffung einer neuen Kleinstaaterei, der Schaffung von kulturellen Ghettos, der Schaffung des neuen regionalen Egoismus in der europäischen Union. Wir wollen mit der europäischen regionalen Integration den Abbau wirtschaftlicher Leistungsgefälle in der EU beschleunigen. Wir wollen den Austausch wissenschaftlicher, technischer, ökologischer und sozialer Erfahrungen unterschiedlicher Art in unserer EU voranbringen und intensivieren. Gerade jene Menschen, die in den Grenzregionen leben, erhalten über diesen Prozeß vielfältige Erleichterungen im täglichen Leben und dazu muß ja diese europäische Integration dienen. Trotz ihrer Verbindungsfunktionen und des schrittweisen Abbaues der Grenzen leiden Grenzregionen auch innerhalb der EU heute immer noch unter der trennenden Funktion der nationalstaatlichen Grenzen. Dies gilt natürlich nicht nur für die Grenzen zwischen EU-Ländern und Nicht-EU-Ländern, sondern auch jenen innerhalb der EU. Die Grenzen erweisen sich als besonders trennend dort, wo sie mit Sprachgrenzen verbunden sind. Das liegt in der Natur der Dinge. In vielen Grenzregionen Europa erweist sich aber immer deutlicher, daß einfach nicht alle Probleme, die durch die lokalen oder regionalen Grenzen entstehen durch die sogenannte ordentliche Außenpolitik der betroffenen Staaten gelöst werden können. Seit längerem gibt es daher in Europa unterhalb der Ebene der Außenministerien verschiedene Formen der sogenannten kleinen Außenpolitik, in denen auf beiden Seiten der Grenzen Politiker und Behörden auf regionaler Ebene miteinander nach pragmatischen Lösungen für die anstehenden Probleme suchen. Die Erfolge der grenzüberschreitenden Kooperation - und richtigerweise sagt der Abg. Viola, daß wir lange nicht die ersten hier sind, wir müssen danach trachten, hierbei den Zug nicht zu verlieren - die Erfolge also haben nicht nur dazu geführt, daß die nationalen Außenministerien diese Art von kleiner Außenpolitik stillschweigend dulden, sondern daß sie diese Aktivitäten zunehmend unterstützen, wie sie von der EU unterstützt werden. Die EU-Kommission hat im letzten Haushaltsjahr die Initiativen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Regionen im Ausmaß von 20 Millionen Eku gefördert. Fangen wir endlich an, auch diese Förderungsmittel der EU für diesen Zweck in Anspruch zu nehmen. Es wird also diese Zusammenarbeit nicht nur stillschweigend geduldet, sondern diese Aktivitäten werden unterstützt und als integralen Teil in die außenpolitischen Bemühungen einbezogen. Wer nun glaubt, so wie auch die Abg. Zedron zum Ausdruck gebracht hat, daß der italienische Staat als solcher diese Entwicklung nicht auch sieht oder sie fördert, oder diejenige sei daran erinnert, was der frühere Ministerpräsident Amato und auch der amtierende italienische Außenminister Andreatta in der bedeutendsten außenpolitischen Fachzeitschrift des Staates "Limes" in diesem Zusammenhang zum Ausdruck gebracht hat. Ich will das hier nicht zitieren, denn jeder kann diese doch bedeutende Aussagen nachlesen und das geht ganz eindeutig in diese Richtung.

Jetzt im Zusammenhang mit den Aussagen des Kollegen Benedikter: Benedikter hat den Vertrag von Maastricht kaputt machen wollen, als etwas, was für die europäische Integration nichts bringt. Er hat eine ganze Litanei an negativen Folgen, an

Nichterreichem im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Maastrichter Verträge zum Ausdruck gebracht und hat sich nicht bemüht, auch nur eine positive Aussage im Zusammenhang mit dem enormen Integrationsschub durch Maastricht zum Ausdruck zu bringen. Dabei weiß er ganz genau, daß auch Maastricht und die Maastrichter Verträge lediglich eine Etappe auf der weiteren Integration innerhalb der EU zu sehen sind und daß im Vertrag von Maastricht und in den darauffolgenden Regierungskonferenzen vor allen Dingen in Birmingham eindeutig festgelegt worden ist, daß bereits 1996 es eine grundlegende Überarbeitung der Maastrichter Verträge auf der institutionellen Ebene geben wird, wo zwei Hauptabsichten Eingang finden sollen. Nämlich, daß das Subsidiaritätsprinzip, das in der Tat in den Maastrichter Verträgen auf die Mitgliedsstaaten begrenzt ist und die Einführung des Regionenausschusses, und dann wird es vor allen Dingen an uns liegen, werter Kollege Leitner, was die Vertreter im Regionenausschuß aus diesem Ausschuß machen. Die Position der SVP ist sehr klar. Aus diesem Regionenausschuß muß eine Kammer der Regionen, ein echtes Mitbestimmungsgremium innerhalb der EU, der dritten Ebene im Verfassungsaufbau der EU werden, denn darüber gibt es keinen Zweifel. Und Benedikter und auch andere Herrschaften sollten unseren Vertretern Mut machen, einen klareren Auftrag geben, in diesem Sinne im Regionenausschuß tätig zu werden. Das heißt also, im Maastrichter Vertrag ist grundgelegt, daß es 1996 die Überarbeitung geben wird, mit dem Hinweis, daß die dritte Ebene, die Ebene der Regionen, Kantone, Bundesländer und autonome Gemeinschaften als die dritte der institutionellen Ebene des Aufbaus der EG festgeschrieben wird und daß auch das europäische Volksgruppen- und Minderheitenrecht als konstitutives Element in die Verträge und somit in die Verfassung der Europäischen Union aufgenommen werden soll. Benedikter weiß das alles, warum sagt er das nicht. Er ist also in seinen politischen Positionen nicht sehr glaubwürdig. Das heißt, wenn wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in diesem Raum suchen, weil hier offensichtlich so viel Unklarheit ist, gibt es für uns folgende Grundlagen: Zum einen das international begründete Pariser Abkommen mit allen den Möglichkeiten für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die bereits dort festgeschrieben sind. Als Stichwort nenne ich nur das Accordino. Die neue Interpretation des Accordino ist etwas, was wir gemeinsam diskutieren können. Vielleicht gibt es Nischen, die trotz EU-Beitritt von Österreich für die grenzüberschreitende Kooperation interessant sind. Dann das Autonomiestatut. Also eine Säule für die grenzüberschreitende Kooperation. Die zweite Säule, der Maastrichter Vertrag und die Fortentwicklung der Maastrichter Verträge und der eventuelle EU-Beitritt Österreichs. Die dritte Säule ist die Madrider Konvention bzw. das bilaterale Durchführungsabkommen Österreich-Italien, Italien-Österreich, das ja jetzt durch die Parlamente ratifiziert und endlich in Kraft gesetzt werden soll. Also sehr klare eindeutig völkerrechtlich verbindliche Grundlagen, an die sich die Südtiroler Volkspartei hält. Ich glaube, daß es gut ist, daß wir gerade den neuen Trentiner und auch Südtiroler Kollegen in dieser Frage wirklich reinen Wein einschenken. Hier wird man sich an die international völkerrechtlich verbindlichen Grundlagen halten. Die Politik

der Südtiroler Volkspartei hat nichts mit Hausieren zu tun. Über viele Jahrzehnte sind wir daran gewöhnt worden, mit beiden Füßen auf dem Boden des Rechts stehen zu bleiben und wir wollen den Boden des Rechts nicht verlassen, auch bei diesen Bemühungen, jetzt grenzüberschreitend intensiver tätig zu werden. Dies, was die rechtliche Grundlage anlangt.

Wie wollen wir nun im einzelnen diese europäische Region mit Leben erfüllen? Ich bin auch der Auffassung des Abg. Viola, daß wir uns jetzt nicht am Begriff festnageln sollten. Ich habe selbst öfter die europäische Region immer so definiert, das ist eine persönliche Definierung, die europäische Region ist eine dreisprachige europäische Region. Es sollte nicht schaden, wenn wir ganz gezielt und ganz bewußt dieses Element der Dreisprachigkeit immer wieder artikulieren, um ja keinen Zweifel aufkommen zu lassen. Ich habe selbst dann immer wieder zum Ausdruck gebracht: Tirol-Trentino. Wir müssen auf psychologische Empfindsamkeiten aus der Geschichte bei den Trentinern ausreichend Rücksicht nehmen. Wir jüngere Tiroler deutscher Muttersprache haben die Geschichte gelernt. Wir wissen, was vor allen Dingen im vergangenen Jahrhundert, in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und auch noch in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts die deutsche tiroler Seite gegenüber dem Trentino alles zum Ausdruck gebracht hat. Ich will das einmal gelinde formulieren. Das soll sich nicht wiederholen. Aus diesem Grunde muß klar sein, daß mit gleicher Würde hier das Trentino, Südtirol und Nordtirol an diesem Projekt beteiligt werden müssen. Wir haben im Viererlandtag oder im zukünftigen Dreierlandtag auch eine Reihe von Beschlüssen in diese Richtung gefaßt, um die Dinge zu konkretisieren und um auch die Angst wegzunehmen für jene, die Sorge haben, daß man sich hier in eine bestimmte Richtung bewegen könnte, die gefährlich ist. Schauen Sie, wir stellen uns vor, daß zur Durchführung dieses Projektes auf der Grundlage, die ich sehr deutlich zum Ausdruck gebracht habe, folgendes notwendig sein wird: der Österreichische Föderalismus muß eine Ebene der Kompetenzlage erreichen, die mit jener der italienischen Regionen mit Sonderstatut, insbesondere jener mit der international begründeten Südtirolautonomie vergleichbar ist. Sonst können wir beispielsweise die Säule Madrider Konvention nur unzureichend im Rahmen der Zusammenarbeit Trentino, Südtiroler und Nordtirol mit Leben erfüllen, wenn wir hier nicht parallele Kompetenzen haben.

Aus diesem Grunde das Ersuchen, das Betreiben und das Drängen unsererseits den Nordtirolern gegenüber, dem Bundesstaat, der Hauptstadt Wien, der Bundesregierung gegenüber verstärkt Kompetenzen für die Bundesländer abzurufen. Südtirol muß darüberhinaus dann längerfristig eine rechtlich abgesicherte Möglichkeit bekommen, um Verträge abzuschließen, im Sinne der Madrider Konvention und auf der Grundlage der parallelen Kompetenzen. Daß natürlich die Arbeiten am runden Tisch selbst systematisch aufzunehmen sind, daß die Besetzung des runden Tisches so repräsentativ wie möglich ist, daß auch das Trentino ohne Vorbehalte in die Arbeit des runden Tisches aufzunehmen ist, ist für mich persönlich eine Selbstverständlichkeit. Schauen Sie, wir haben bei der Viererlandtagssitzung - das sei für diejenigen gesagt, die

hier den Zweifel heben - gemeinsam zwischen Südtirol und Trentino verabschiedet, nämlich daß für diese Europaregion Modellvereinbarungen auszuarbeiten sind, die auf die konkrete verfassungs- und kompetenzrechtliche Lage der beiden Länder Südtirol und Trentino zugeschnitten sind und die die zwischen Österreich und Italien bestehenden völkerrechtlichen Verträge sowie den Pariser Vertrag berücksichtigen. Wir haben auch zum Ausdruck gebracht und verabschiedet, daß ein Modellstatut über die Errichtung eines gemeinsamen koordinierenden Organs mit dem Ziel einer größeren wirksameren Integration auf der Ebene dieser Länder gemäß den Beschlüssen des gemeinsamen Landtages zu erarbeiten ist. Das heißt Trentino, Südtirol, Nordtirol und Vorarlberg haben Beschlüsse für die Schaffung von Klarheit ja bereits getätigt.

Nun, ich könnte mir vorstellen, daß bei der Führung dieser Koordinierungsorgane genauso wie im Rahmen der großen europäischen Integration dem Prinzip der Rotation Genüge zu tun ist und darauf zu achten, daß es zu keiner wie immer gearteten ethnischen Hegemonie kommt. Sie sehen, welcher Geist uns beseelt, wenn wir auf klaren völkerrechtlich gesicherten Grundlagen diese grenzüberschreitende Kooperation voranbringen möchten.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe meine Ausführungen mit einem Thema, das angesichts der Krise der Volksgruppen, der Nationalitäten in Europa einfach von besonderer Bedeutung ist. Wir sind der Auffassung, daß angesichts der dramatischen Ereignisse in Jugoslawien und all dessen, was uns an Schwierigkeiten, an Krisen und Auseinandersetzungen möglicherweise in Europa noch ins Haus steht, folgende Forderungen zu erheben sind und Südtirol und meinetwegen auch das Trentino sollten immer dann, wenn es möglich ist, auf internationaler Ebene die Stimme zu erheben, in folgender Richtung tätig werden: wir Volksgruppen, Minderheiten und Nationalitäten brauchen in Europa die Verabschiedung einer mit Rechtsgarantie ausgestatteten Charta des europäischen Minderheiten- und Volksgruppenschutzes durch den Europarat, möglichst in Form eines Zusatzprotokolles zur europäischen Menschenrechtskonvention und unter Berücksichtigung der von den Volksgruppen in Europa selbst erarbeitenden Vorschläge. Kollege Viola hat den Entwurf bereits angezogen. Dadurch kann der für den Frieden in Europa wichtige Versuch gelingen, den Konsens zwischen den Völkern, zwischen den Minderheiten einerseits und den Mehrheitsvölkern andererseits herzustellen. Die konstitutiven Organe der EG werden zudem aufgefordert, innerhalb der EG oder EU eine Charta der Volksgruppenrechte in der Gemeinschaft zu beschließen, als Vorarbeit für die Überarbeitung der Maastrichter Verträge. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten sind aufzufordern, durch Südtirol, durch das Trentino, durch Einfügung eines entsprechenden Titels in den Vertrag über die europäische Union dies zu sichern und zu gewährleisten. Südtirol und auch das autonome Land Trentino sollen zu einer europäischen Drehscheibe in den Bemühungen um Zusammenarbeit und Schutz von Volksgruppen und Nationalitäten in Europa werden.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Mögen Sie mir nachsehen, daß man in meiner kurzen Intervention nur die institutionellen Aspekte der heutigen Debatte angezogen hat. Es ist mir aber daran gelegen, angesichts dessen, was es auch an Wortmeldungen gegeben hat, an Positionen der Unsicherheit, in Bestätigung dessen, was schon einmal vorgegeben worden ist, zu klären, von welchem Geist das Ja für Europa, die Konsenssuche zwischen Volksgruppen beseelt ist und daß diese Bemühungen nichts aber rein gar nichts zu tun hat mit den Positionen, die die Kollegin Zendron der Südtiroler Volkspartei beispielsweise andichten wollte. Wir würden hier Positionen, Modelle aus der europäischen, bundesdeutschen oder österreichischen Rechtsszene übernehmen. Anlässlich der letzten Vertrauensdebatte vor fünf Jahren ist durch Vertreter der Südtiroler Volkspartei hier in diesem Hause nachweislich erstmals der Begriff der europäischen Region als grenzüberschreitende Idee der Zusammenarbeit geboren worden. Natürlich im Befolge davon und weil es eine interessante neue Linie der Politik ist, haben sich mehr und mehr auch Vertreter von Opposition in diese Richtung in Bewegung gesetzt. ...Ja, natürlich, vorher ist das ja nicht gekommen, vom Selbstbestimmungsrecht im tradierten Sinn des Wortes, von der Schaffung eines Freistaates war die Rede, nie aber von einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in einer europäischen Region. Es freut uns natürlich, daß die Opposition jetzt auf diese Linie eingeschwänkt ist, ein später aber nicht zu später Beweis für die Richtigkeit der Politik, der Mehrheit auch in diesem Hause. Das war die Absicht, werte Kolleginnen und Kollegen, meiner Intervention: Klarheit zu schaffen, hier ist europäischer Geist, der zugrunde liegt, der Geist der Zusammenarbeit und der Konsenssuche zwischen den Völkern, zwischen den Minderheiten, ohne das Rad der Geschichte zurückdrehen zu wollen, sondern vorausschauend bis wir wirklich in Europa unser neues, großes Vaterland haben, gegen den Schouwenismus, gegen den Rechtsextremismus, der derzeit auch in Europa leider Gottes fröhliche Ostern feiert. Danke, Herr Präsident!

(Illustre signor Presidente! Onorevoli colleghe e colleghi!

Ritengo che all'inizio di una legislatura sia opportuno chiarire alcune posizioni fondamentali in ordine alla politica autonomistica e questo a maggior ragione in considerazione del grande numero di neo-consiglieri presenti in quest'aula. Sono dell'avviso che in tal modo si possa venir a conoscenza degli obiettivi politici che i singoli movimenti intendono perseguire. È indispensabile chiarire le singole posizioni politiche onde poter arrivare ad un dialogo costruttivo. Debbo a questo proposito premettere che sono rimasto shockato e deluso dal quadro che la collega Zendron ha delineato in ordine agli sviluppi politici del nostro paese, un quadro impregnato da pessimismo e sfiducia e debbo dire che convengo con quanto sostenuto dal collega Viola a proposito. Cercherò ora di analizzare quanto la collega Zendron ha cercato di esporre nel corso del suo intervento. Innanzitutto ha voluto dimostrare che questo progetto fondamentale europeo della collaborazione transfrontaliera è da attribuire alle forze estremiste di destra e ha cercato di mettere tutti i neo-consiglieri,

in particolar modo quelli del Trentino, in guardia contro questo progetto che, a suo avviso, viene portato avanti dagli sciovinisti europei e dagli estremisti di destra e non da coloro che sostengono il progetto dell'integrazione europea. Questo era il messaggio di un esponente del gruppo verde. Mi stupisce alquanto che questa collega possa appartenere al movimento verde proprio in considerazione di quanto sostenuto dai verdi nell'ambito dell'Unione europea. Ribadisco quindi nuovamente il mio grande disappunto in ordine alle osservazioni fatte dalla collega Zendron nel corso del suo intervento.

Dopo questa premessa desidero ora entrare nel merito dell'argomento. Ritengo sia utile che la SVP, oltre a confermare quanto affermato dal collega Pahl, che ha incentrato il suo discorso sui contenuti del programma di coalizione, prenda ancora una volta posizione sul tema dell'autonomia nonché dell'integrazione europea e del ruolo che la Regione è chiamata a svolgere in prospettiva della stessa. Mi sia consentito di esporre la posizione della SVP in ordine all'autonomia anche perché è stato mosso il rimprovero che con il progetto della Regione europea vengono trascurate delle realtà costituzionalmente garantite in Alto-Adige, Trentino e nell'ambito della Regione. Debbo dire che nessuno si è certo prefisso tale obiettivo. Si tratta quindi di far luce sulle idee della SVP circa il futuro dell'autonomia di questa realtà costituzionalmente garantita e ancorata a livello internazionale. Stimati colleghe e colleghi, la tutela di gruppi etnici e minoranze linguistiche è indice di democrazia nonché del grado di civilizzazione di una comunità. Gli accadimenti nella ex-Jugoslavia, nella ex-Russia ed oggi federazione russa, nella Slovacchia, in Moldavia ed in Romania evidenziano un fatto molto chiaro: la politica europea di pace non è destinata a dare frutti se non sarà possibile comporre i conflitti nazionali ed etnici. La soluzione della vertenza altoatesina, ovvero la realizzazione dell'autonomia su incarico dell' ONU fungerà in futuro da modello per la composizione di conflitti tra gruppi etnici e minoranze linguistiche. Questo fatto deve incoraggiare sudtirolesi e trentini a proseguire con fermezza e fantasia sulla propria strada. A tale proposito mi preme sottolineare che i futuri sviluppi daranno risultati tanto più positivi, quanto più ampio sarà il consenso tra la popolazione che appoggia l'autonomia e mi riferisco a proposito in particolar modo ai tre gruppi linguistici dell'Alto-Adige. I responsabili politici debbono pertanto far tutto il possibile acchè le garanzie raggiunte attraverso il Pacchetto vengano sentite come tali da tutti e che la futura fase della politica autonomistica venga appoggiata da tutti. La disponibilità del gruppo linguistico italiano dell'Alto Adige a collaborare alla gestione e allo sviluppo dell'autonomia deve essere incrementata e spetta in primo luogo alla Südtiroler Volkspartei assolvere questo compito. Constatiamo però che al di là della tutela del gruppo linguistico tedesco e ladino sulla base dell'Accordo di Parigi, che anche in futuro rappresenta per noi una Magna Carta, nonché dell'art. 6 della Costituzione, manteniamo una posizione costituzionale molto chiara. Non vi è dubbio che l'autonomia dell'Alto Adige, oltre a garantire la tutela per le minoranze etniche, tedeschi e ladini, deve costituire uno

strumento di gestione per costruire e sviluppare il futuro di tutti i gruppi linguistici. In questa ottica noi non intendiamo rinunciare al Pacchetto, bensì dare avvio ad una nuova fase della politica autonomistica basata sul Pacchetto. Fermo restando il diritto irrinunciabile dell'autodeterminazione la Südtiroler Volkspartei, stimati colleghe e colleghi del Trentino, si esprime a favore di un'autonomia dinamica, che caratterizzerà il lavoro di governo della coalizione in Alto-Adige per il prossimo cinquennio, lavoro che sarà incentrato su un maggiore regionalismo e federalismo come previsto dall'Accordo di Parigi e anche dalla storica risoluzione politica adottata dalla SVP nel Novembre del 1969. Con tale risoluzione il congresso della SVP constatò inequivocabilmente che il Pacchetto non prevede tutte le competenze che caratterizzano il vero autogoverno. La commissione istituita per ampliare il Pacchetto ha analizzato i problemi dell'Alto Adige anche se non tutti le questioni e tutti gli aspetti vennero valutati singolarmente. Questo anche nella prospettiva degli sviluppi continui sia delle istituzioni politiche sia in relazione alle circostanze economiche e sociali - anche perché non si può certo negare che in Europa non sia in corso uno sviluppo estremamente dinamico. Uno sviluppo che già a suo tempo era agli occhi di tutti, uno sviluppo che necessariamente pone nuovi quesiti ed individua nuove esigenze. Pertanto, già a suo tempo era inequivocabilmente stato preparato il terreno per una concezione dinamica dell'autonomia. Nel corso del noto congresso provinciale venne inoltre espresso l'auspicio che dopo l'attuazione del Pacchetto e quindi in un clima di pacifica convivenza ed in vista di un nuovo rapporto di fiducia tra lo Stato ed il gruppo etnico, l'Italia possa tenere conto delle richieste avanzate dai rappresentanti altoatesini che a suo tempo non furono accolte. E la SVP condivide tutt'oggi questa posizione e si prefigge di potenziare le garanzie raggiunte. Su questo non vi è alcun dubbio. E questo a maggior ragione in considerazione della realtà internazionale e nazionale in rapido movimento che attribuisce a questo concetto di autonomia maggior spazio rispetto a quello dato nel 1969.

Ed ora desidero sottoporre all'attenzione dell'aula un altro aspetto: i tre gruppi linguistici dell'Alto Adige e quindi non solo il gruppo linguistico tedesco o la Südtiroler Volkspartei formulano sempre nuove richieste autonomistiche. Qui di seguito elencherò le richieste avanzate dai rappresentati dei tre gruppi linguistici dell'Alto Adige: i lavori della Commissione d'autonomia prevista dal Pacchetto, la cosiddetta commissione dei 137, istituita per elaborare nuove richieste autonomistiche da sottoporre al Governo, devono riprendere sistematicamente. Non è soltanto la SVP a sollecitare un immediato avvio dei lavori di cui sopra, bensì anche il PPI e il PDS. La SVP, ma anche il Partito Popolare e il PDS individuano nel settore dell'istruzione e dell'educazione l'ambito più importante oggetto di future rivendicazioni autonomistiche. Ciò pone numerosi problemi educativi di tipo politico, quali l'istituzione di un'università o l'insegnamento linguistico per citare due esempi. Constatiamo però che la popolazione, la base si muove e che vi sono nuove esigenze. La politica ha quindi il

compito di farsi carico di queste nuove esigenze e di concretizzarle a livello politico. Constatiamo pertanto che tutti e tre i gruppi linguistici sono in movimento.

La Südtiroler Volkspartei è inoltre dell'avviso che anche i settori qui di seguito elencati debbano essere oggetto di rivendicazioni autonomistiche: il settore del lavoro e del mercato del lavoro. L'Alto Adige e il Trentino hanno ampie potestà in materia di lavoro. Noi esercitiamo una potestà di controllo nei confronti dello Stato, esercitiamo il controllo sul mercato del lavoro. Ritengo che sulla base di un sistema unitario integrativo sia opportuno che lo Stato deleghi l'intero settore del mercato del lavoro. Constato che i rappresentanti di tutti e tre i gruppi linguistici dell'Alto Adige avanzano richieste in tal senso.

Future rivendicazioni autonomistiche dovranno inoltre riguardare l'ambito sociale. A tale proposito faccio riferimento alle dichiarazioni programmatiche o al programma di coalizione che sottolinea la necessità di rivendicare maggiori competenze nell'ambito sociale. La potestà tariffaria ed impositiva assume notevole attualità in ordine all'ampliamento delle competenze autonomistiche. Questo anche sullo sfondo della svolta quasi rivoluzionaria delle istituzioni italiane che saranno costituite dopo le elezioni. Ritengo che alla luce delle tendenze federaliste in corso a livello italiano ed europeo bisogna sollecitare lo Stato a trasferire, a medio o lungo andare, la competenza primaria per tutti i settori per i quali l'Alto Adige e il Trentino si vedono attualmente assegnanti unicamente la potestà secondaria o integrativa. Sollecito pertanto i presenti ad adoperarsi assieme nei confronti dello Stato. Alludo in particolar modo alle due Province autonome, all'Alto Adige e al Trentino. L'istituzione Regione, che si prefigge di trasferire ulteriori competenze amministrative, mi pare sede consona per discutere su queste questioni.

Stimate colleghe e colleghi, è in questa direzione che la Südtiroler Volkspartei intende sviluppare il concetto di autonomia dinamica. Pare ovvio che dobbiamo adoperarci assieme, acchè lo Stato non svuoti ciò che abbiamo raggiunto e ritengo che si tratti di un compito alquanto difficile. Sono dell'avviso che anche in questo settore vi debba essere una collaborazione più stretta tra il Trentino e l'Alto Adige. Una cosa però è certa: la Südtiroler Volkspartei è conscia del fatto che dette rivendicazioni possono essere portate avanti unicamente se trovano il consenso dei gruppi linguistici. Ritengo costituisca una nuova fase della politica autonomistica se siamo in grado di imporre le nostre richieste con maggior efficienza nei confronti dello Stato, se quindi tutti i gruppi linguistici in Alto Adige e le due Province promuovano una politica comune.

In considerazione di quanto sostenuto dalla collega Zendron in ordine alla Regione europea del Tirolo e tenendo conto delle osservazioni in merito a questo modello fondamentalmente europeo che sono state fatte in seguito all'intervento molto esplicito del collega Pahl vorrei dire quanto segue: cerchiamo di non autoingannarci. La sola integrazione degli Stati membri all'interno dell'Europa non è sufficiente, è necessaria una collaborazione sempre più stretta tra le realtà regionali. Bisogna

realizzare una rete di collaborazione regionale che avvicini i cittadini a questo processo europeo di armonizzazione. La collaborazione tra le istituzioni regionali può e deve portare ad uno sviluppo che funga da modello per le istituzioni e le procedure transfrontaliere comuni. Indifferentemente dal termine usato, che si parli dunque di collaborazione, cooperazione o integrazione, si tratta pur sempre di un processo fluido alla stregua dell'integrazione europea. Tenendo conto degli sviluppi degli ultimi decenni, e soprattutto dei grandi passi compiuti in direzione dell'integrazione europea negli ultimi due decenni, mi pare del tutto irragionevole che ora si voglia ricorrere ad un procedimento troppo fiscale per realizzare l'integrazione europea delle regioni che costituisce parte integrante dell'intera integrazione europea. La realizzazione di questa integrazione transfrontaliera, europea e regionale, non significa creare nuovi statelli o ghetti culturali o promuovere un nuovo egoismo regionale all'interno dell'Unione europea. L'integrazione europea delle regioni dovrà, a nostro avviso, contribuire ad abbassare il divario economico presente all'interno dell'Unione europea. Noi accogliamo con favore uno scambio più intenso di esperienze scientifiche, tecniche, ecologiche e sociali all'interno dell'Unione europea. Questo processo facilita innanzitutto la vita quotidiana della popolazione delle zone di confine e deve proprio questo essere lo scopo dell'integrazione europea. Sebbene le regioni di confine svolgano un ruolo di collegamento e sia in corso il graduale abbattimento dei confini, esse subiscono tutt'oggi le conseguenze dei confini nazionali. Ovviamente si tratta di problemi che sorgono unicamente a causa dei confini esistenti tra gli Stati membri e non membri dell'Unione europea. I confini sono sentiti molto forti proprio laddove coincidono con i confini linguistici e questo è un fatto alquanto naturale. In molte regioni europee di confine è stato constatato che non tutti i problemi conseguenti ai confini locali o regionali possono essere risolti attraverso la politica estera degli stati interessati. Da tempo esistono pertanto a livello inferiore dei ministeri esteri varie forme della cosiddetta piccola politica estera. Politici e ufficiali delle zone di confine cercano, a livello regionale, di apportare una soluzione pragmatica a questi problemi. I successi della cooperazione transfrontaliera - e giustamente il collega Viola ha fatto notare che noi non siamo certo i primi a realizzarla, ma piuttosto dobbiamo attivarci per non perdere il treno - questi successi dunque hanno fatto sì che questa forma di piccola politica estera non solo viene tollerata dai ministeri esteri ma viene addirittura appoggiata da questi ultimi come pure dall'Unione europea. Nel precedente esercizio la Commissione europea ha stanziato 20 milioni di ECU per le iniziative in materia di collaborazione transfrontaliera delle regioni. Ritengo si quindi ora che dette sovvenzioni finanziarie dell'Unione europea vengano utilizzati per questi scopi. Tale collaborazione oltre ad essere consentita viene appoggiata e considerata parte integrante della politica estera. A coloro che come la collega Zendron dubitano sul fatto che anche lo Stato italiano riconosca e appoggi tale sviluppo vorrei ricordare quanto l'ex presidente dei ministri, l'onorevole Amato, nonché l'attuale Ministro degli Esteri, l'onorevole Andreatta, hanno a tale proposito sostenuto nella più specializzata

rivista statale in materia di politica estera "Limes". Non intendo ora tediarvi con lunghe citazioni in quanto ognuno potrà rileggerle, ma mi preme sottolineare che queste vanno indubbiamente in questa direzione.

Ora vorrei prendere posizione in merito alle affermazioni fatte dal collega Benedikter. Il consigliere Benedikter ha voluto rovinare il Trattato di Maastricht ed ha sostenuto che esso non contribuisca affatto all'integrazione europea. Ha cercato di esporre tutt'una serie di effetti negativi e di fatti incompiuti conseguenti alla stipulazione dei Trattati di Maastricht. Egli non ha voluto citare neanche un solo elemento positivo che consegue da questo grande passo di integrazione avvenuto in seguito a Maastricht. Il consigliere Benedikter sa perfettamente che Maastricht e i Trattati di Maastricht rappresentano soltanto un passo nell'ambito della futura integrazione europea e che sia nel Trattato di Maastricht, sia nei successivi incontri dei governi, in particolar modo quello che ha avuto luogo a Birmingham, è stato stabilito che già nel 1996 si doveva giungere ad una rivisitazione generale dei Trattati di Maastricht a livello istituzionale al fine di considerare due aspetti fondamentali: innanzitutto il principio di sussidiarietà che sulla base dei Trattati di Maastricht è limitato ai soli Stati membri e in secondo luogo l'istituzione del Comitato delle regioni. E collega Leitner ritengo che il successo di questo Comitato delle regioni dipenda fondamentalmente da noi. La posizione assunta dalla SVP in merito è molto chiara. Il Comitato delle regioni deve essere trasformato in una Camera delle regioni, in un organo decisionale all'intero dell'UE che rappresenterà il terzo livello nella struttura costituzionale della UE e su questo non vi sono dubbi. Ritengo pertanto che il collega Benedikter ed altri dovrebbero incoraggiare i nostri rappresentanti ad adoperarsi in tal senso all'intero del Comitato delle regioni. Il Trattato di Maastricht prevede dunque la rivisitazione dello stesso nel 1996 e specifica inoltre che regioni, cantoni, länder federali e comunità autonome rappresenteranno il terzo livello istituzionale all'interno della struttura della CEE. Prevede inoltre che il diritto europeo dei gruppi etnici e delle minoranze linguistiche diventerà elemento costitutivo dei Trattati e di conseguenza della costituzione dell'Unione europea. Il consigliere Benedikter è a conoscenza di tutti questi elementi e mi stupisce che non li faccia presente. Ritengo quindi che le posizioni politiche da lui espresse non siano molto credibili. Le basi su cui poggia questo progetto della collaborazione transfrontaliera sono le seguenti: da un lato l'Accordo di Parigi garantito a livello internazionale con tutte le possibilità di collaborazione transfrontaliera in esso previste. Cito l'Accordino per fare un esempio. Possiamo discutere sulla nuova interpretazione dell'Accordino che forse offre delle possibilità interessanti per la cooperazione transfrontaliera anche in seguito all'adesione dell'Austria all'Unione europea. In secondo luogo è lo Statuto d'autonomia a rappresentare la base per la cooperazione transfrontaliera, a cui si aggiunge il Trattato di Maastricht e la rivisitazione dei Trattati di Maastricht nonché l'eventuale adesione dell'Austria all'UE. La Convenzione di Madrid e l'Accordo bilaterale tra Austria-Italia e Italia-Austria che dopo essere stato ratificato dai parlamenti potrà finalmente entrare

in vigore costituiscono il terzo elemento di riferimento. La politica della Südtiroler Volkspartei poggia pertanto su basi molto chiare e vincolanti a livello internazionale. Sono dell'avviso che proprio ai consiglieri trentini ed altoatesini neo-eletti vada detta la verità. Ci atterremo a quanto concordato a livello internazionale. La Südtiroler Volkspartei non cerca di vendere la propria politica di casa in casa. Da tempo siamo adusi a tenere i piedi sulla terra del diritto e non intendiamo certo abbandonarla ora che ci siamo prefissi di intensificare la collaborazione transfrontaliera. Questo era quanto intendevo dire in ordine alle basi giuridiche.

Si tratta ora di vedere come intendiamo vitalizzare questa regione europea. Concordo con quanto sostenuto dal collega Viola a proposito, ovvero che ora non dovremmo stare tanto a discutere sulla definizione del concetto Regione europea. Anch'io ho più volte fornito una definizione mia personale, ovvero ho parlato di una Regione europea trilingue. Ritengo sia utile mettere in evidenza questo fatto della presenza di tre gruppi linguistici per fugare eventuali dubbi. Anch'io ho più volte fatto notare che la regione si estenderà dal Tirolo al Trentino. Bisogna debitamente tenere conto di certe emotività psicologiche dei trentini radicate nella storia. Noi tirolesi di lingua tedesca abbiamo imparato la storia. Sappiamo cosa i tirolesi di lingua tedesca fecero presente ai trentini soprattutto nel precedente secolo, nella seconda metà dell'Ottocento ed anche nei primi anni di questo secolo. Cercherò di definirlo in toni moderati. Questi fatti non devono ripetersi. Deve quindi essere chiaro che il Trentino, l'Alto-Adige ed il Tirolo del Nord devono partecipare congiuntamente a questo progetto. In seno alle Assemblee congiunte sono state adottate tutta una serie di delibere tese a concretizzare questo progetto ed a fugare le preoccupazioni di coloro che temono che qui possa essere imboccata una strada pericolosa. Noi riteniamo che onde poter realizzare questo progetto su basi che ho cercato di esporre chiaramente vi debbano essere create le seguenti condizioni: il federalismo austriaco deve progredire e raggiungere un livello di competenze paragonabile a quello delle regioni italiane a Statuto speciale, in particolar modo paragonabile a quello dell'autonomia sudtirolese riconosciuta a livello internazionale. Se invece questi paesi non hanno le stesse competenze, sarà difficile realizzare una collaborazione soddisfacente tra il Trentino, l'Alto-Adige e il Tirolo del Nord sulla base della Convenzione di Madrid.

Ed è questo il motivo che ci ha spinto ad invitare e sollecitare il Tirolo del Nord ad attivarsi nei confronti dello Stato federale, del capoluogo di Vienna e del governo federale per vedersi trasferiti un maggior numero di competenze. L'Alto Adige dovrà inoltre, a lungo andare, attivarsi per assicurarsi la possibilità garantita dal punto di vista giuridico di stipulare trattati ai sensi della Convenzione di Madrid e sulla base delle competenze parallele. Inoltre ritengo ovvio che i lavori della tavola rotonda debbano essere avviati sistematicamente, che la composizione della stessa debba rispecchiare la maggior rappresentanza possibile e quindi che anche il Trentino debba partecipare senza riserve a queste tavole rotonde. A coloro che nutrono dubbi a proposito desidero far notare che in seno alle Assemblee legislative congiunte l'Alto

Adige e il Tirolo hanno concordato di elaborare degli accordi modello per la Regione europea consoni alla situazione costituzionale ed il numero delle competenze dei due paesi, accordi che debbono tener conto dei trattati internazionali esistenti tra l'Austria e l'Italia nonché dell'Accordo di Parigi. E' inoltre stato concordata l'elaborazione di uno statuto modello per l'istituzione di un organo di coordinamento comune al fine di raggiungere una più efficace integrazione a livello di questi paesi, conformemente alle delibere adottate in seno alle Assemblee legislative congiunte. Ciò significa che il Trentino, l'Alto Adige, il Tirolo del Nord ed il Vorarlberg si sono già attivati per apportare chiarezza in questo campo.

Sono dell'avviso che questi organi di coordinamento debbano essere gestiti secondo il principio della rotazione previsto per l'integrazione europea e bisogna inoltre badare acchè non si manifesti alcun tipo di egemonia etnica. E' con questo spirito e su basi internazionali ben garantite che cerchiamo di portare avanti questo progetto di cooperazione transfrontaliera.

Stimati colleghe e colleghi! Concludo il mio intervento prendendo posizione su un argomento che alla luce della crisi dei gruppi etnici e delle minoranze linguistiche in Europa è di notevole importanza. Siamo dell'avviso che in considerazione degli accadimenti drammatici in Jugoslavia ed anche in vista di future difficoltà, crisi e conflitti, l'Alto Adige ed anche il Trentino debbano attivarsi a livello internazionale per portare avanti la seguente richiesta: i gruppi etnici e le minoranze sollecitano l'emanazione da parte del Consiglio d'Europa di una Carta della tutela europea delle minoranze e dei gruppi etnici con garanzie giuridiche, possibilmente attraverso un protocollo aggiuntivo alla Convenzione europea sui diritti dell'uomo. Tale Carta dovrà tenere conto delle proposte formulate dai vari gruppi etnici viventi in Europa. Il collega Viola ha già parlato di questo progetto, che ci permetterà di raggiungere la pace nonché trovare il consenso tra i popoli, tra le minoranze da un lato e le maggioranze etniche dall'altro. Gli organi costituenti della CEE sono invitati ad emanare all'interno della CEE o dell'UE una Carta dei diritti dei gruppi etnici viventi all'interno della comunità per preparare in tal modo la rivisitazione dei Trattati di Maastricht. L'Alto Adige e il Trentino debbono inoltre sollecitare i governi degli Stati membri a garantire l'emanazione di questa Carta attraverso l'inserimento nel Trattato sull'Unione europea di un apposito paragrafo. L'Alto Adige ed anche il Trentino devono giocare un ruolo determinante nella realizzazione della collaborazione e della tutela dei gruppi e delle minoranze etniche in Europa.

Stimate colleghe e colleghi! Devo scusarmi per essermi nel corso di questo mio intervento soffermato unicamente sugli aspetti istituzionali del dibattito in corso. In considerazione di quanto sostenuto da alcuni consiglieri in questo consesso ed alla luce delle tante incertezze esistenti ci tenevo a mettere in evidenza lo spirito che anima il Sì per l'Europa e la ricerca di consenso tra i gruppi etnici. Mi premeva far notare che questi tentativi non hanno nulla a che vedere con le posizioni che la collega Zendron ha voluto attribuire alla Südtiroler Volkspartei. Noi intendiamo recepire le

posizioni e i modelli che caratterizzano la realtà giuridica europea, tedesca o austriaca. Cinque anni fa in occasione del dibattito sull'insediamento della Giunta regionale la Südtiroler Volkspartei ha coniato questo concetto della regione europea come elemento di collaborazione transfrontaliera. Successivamente questa nuova linea politica è stata seguita anche dai rappresentanti delle forze d'opposizione. ...ovviamente, dapprima si è discusso sul diritto di autodeterminazione e della costituzione di uno stato federale, mai però si è parlato della collaborazione transfrontaliera nell'ambito di una Regione europea. Certamente siamo lieti che ora anche l'opposizione condivide questa nuova linea politica, anche perché ciò sta a dimostrare che la strada imboccata dalla maggioranza di questo consesso è quella giusta. Colleghe e colleghi, questo mio intervento doveva contribuire ad apportare chiarezza ed a rilevare che lo spirito europeo qui presente sta alla base della collaborazione nonché della ricerca di consenso tra i popoli, tra le minoranze. Non si vuole certo cambiare il corso della storia, noi pensiamo al futuro, alla nostra nuova patria all'interno dell'Europa, lottiamo contro lo sciovinismo e l'estremismo di destra che oggi purtroppo gode di grande popolarità in Europa. La ringrazio signor Presidente!).

(Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Frasnelli.

Wer meldet sich zu Wort? Der einzige Redner, der auf der Liste aufscheint, bin ich selber. Aber ich kann momentan nicht reden, weil ich den Vorsitz führe.

Die Abg. Klotz hat das Wort verlangt. Bitte.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Frasnelli.

Chi desidera intervenire? L'unico relatore ancora iscritto a parlare è il sottoscritto. Ma momentaneamente non posso intervenire, poiché debbo svolgere le funzioni di Presidente.

La cons. Klotz ha chiesto la parola. prego, ne ha facoltà.

KLOTZ: Ich bin regelrecht enttäuscht, daß Hubert Frasnelli hier nicht zum sogenannten Koalitionsabkommen, zu den Regierungserklärungen Stellung nimmt, sondern seine Vorträge von anno dazumal herauszieht, um uns hier neu alte Lehr und Weisheit zu erteilen. Diesen Vortrag haben wir im Südtiroler Landtag in der letzten Legislatur mindestens zweimal gehört. Ich glaube, wir befassen uns in Zukunft mit der Einrichtung einer Märchenkommission und dann schlagen wir Hubert Frasnelli als dessen Präsident vor. Er sitzt zwar vielleicht in der 137er-Kommission, dann kann er dort seine Märchen aufischen.

Ich möchte mich ganz kurz mit dieser Regierungserklärung auseinandersetzen und mir fällt ein wesentlicher Unterschied auf. Es ist hier dauernd von der sogenannten nationalen Erneuerung, von den nationalen Ebenen, von der nationalen Ausrichtung die Rede, von der erneuerten nationalen Einheit. Der Unterschied zwischen uns hier und den Kollegen des Trentino oder allen Kollegen, die offensichtlich diese Regierungserklärung mittragen, besteht darin, daß wir eben den Begriff national in Zusammenhang mit gesamtstaatlich nicht gebrauchen können. Für uns ist das einmal der erste Unterschied und da sprechen wir von zweierlei Dingen. Genauso wie es um solche Begriffe geht, geht es hier auch um Begriffe wie Föderalismus. Auch Viola hat nichts Neues gesagt. Er hat wiederholt, was er in Zusammenhang mit einem Beschlußantrag bereits gebracht hat, wo er die Begriffe auf den Punkt gebracht hat, Föderalismus ist das perfekte Zwischending zwischen Sezession einerseits - damit hat er die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes gemeint - und Zentralismus. Wenn das die neue Definition von Föderalismus ist, dann Kollege Frasnelli, magst Du vielleicht recht haben, daß die europäische Neuerung darin liegt. Der Begriff Föderalismus als solcher aber setzt voraus - als Bedingung zur Verwirklichung - die Einhaltung der zutiefst demokratischen Prinzipien, wie es eben das Selbstbestimmungsrecht ist. Ohne daß es vorher die Volksabstimmung gibt, kann es keinen echten Föderalismus geben, damit wir uns einmal über die Begriffsbestimmungen klar werden. Das zum einen.

Was hier in diesem Zusammenhang dann noch wichtig ist, das ist hier auf Seite 15 enthalten, wo auch das Regierungsprogramm davon spricht, daß eben auseinanderstrebende Tendenzen aufzuhalten, zu bremsen sind und ein Wiedererwachen der Partikularismen gestoppt werden muß. Das ist so ungefähr das, was Frasnelli meint. Er bringt hier die Gefahr der Kleinstaaterei. Er knüpft an sogenannte feudalistische Rezepte. Das ist nicht gemeint. Kollege Frasnelli, wenn Du Dich damit begnügst, alles ins Kleinliche zu ziehen und überall Verwirrung zu stiften, dann leistet Du keinen Dienst, nicht einmal in Richtung Europa. Denn echte Befriedung in Europa wird es nur geben, wenn die Minderheitenschicksale verhindert und beendet werden. Wir wissen alle, was diese Schicksale bedeuten. Schauen wir uns einmal an, was nun die sogenannte Durchlöcherung der Brennergrenze bringt. Habt ihr gehört, daß die Kontrollen etwa aufhören? Habt ihr gehört, daß die Überwachung aufhört, beispielsweise in Südtirol? Und davon sind alle anderen Volksgruppen oder geteilten Völker in Europa genauso betroffen. Es geht einmal hier ganz einfach darum, daß man Gerechtigkeit schafft, und Gerechtigkeit gibt es eben nur dann, wenn eine gewachsene historische Gemeinschaft die Möglichkeit hat, frei zu entscheiden, mit wem sie Gemeinsamkeit halten will und mit wem nicht. Wenn man sich dann hier herausredet, auf die Europaregion Tirol, die wird dann sowieso alles heilen, alles zudecken, dann vergißt man ganz einfach, daß zunächst einmal Gerechtigkeit geschaffen werden muß, daß wir Tiroler südlich und nördlich des Brenners die Möglichkeit haben müssen, einmal zunächst zu sagen, wie wir uns das vorstellen. Seit über 10 Jahren, seitdem ich hier in diesem Regionalrat bin, rede

ich davon, daß wir zunächst einmal hier Gerechtigkeit haben müssen, um gleiche Ausgangspositionen zu schaffen. Das ist die perfekte Tarnung, jetzt hier von Regionalismus zu sprechen, um einfach darüber hinwegzutäuschen, daß hier immer noch zwei verschiedene Grundlagen bestehen. Wie Sie gehört haben, identifiziert sich anscheinend der Großteil der Trentiner mit der sogenannten nationalen Ebene, mit der nationalen Ausrichtung. Ich mich nicht, und ich kann mir vorstellen, auch eine ganze Reihe von anderen Südtiroler Abgeordneten nicht. Wenn ich hier vom "regionalismo forte" höre, dann muß ich ja lachen. Was ist "regionalismo forte"? Der kommt hier immer wieder in dieser Regierungserklärung vor. Was heißt das? Ja, ich kann es mir vorstellen. Nämlich daß die Region im Grunde genommen doch aufgewertet werden muß. Warum widerspricht ihr nicht Viola, wenn er sagt, es geht hier nicht um Abbau der Region, sondern die Region wird erst ihre wahre Identität finden, indem sie nämlich klar macht, wie herrlich der Minderheitenschutz funktioniert, welch großartiges Instrument wir erfunden haben. Damit täuscht man ganz einfach darüber hinweg, daß wir unser grundlegendes Recht nicht wahrnehmen können, nämlich in erster Linie zu sagen, was wir nun wirklich wünschen und in welchem Kleid wir in Europa mitarbeiten wollen. Im Kleid eines aufgezwungenen "regionalismo forte" oder eben im Kleid eines selbstbestimmten Gemeinwesens.

Es ist dann hier die Rede - immer auch leider im deutschen Text, das ist niemanden aufgefallen - von der nationalen Ausrichtung, von den neuen institutionellen Reformen, die eindeutig regionalistisch geprägt sind. Warum sagt ihr denn nicht, daß es auf eine Nivellierung der Regionen hinauslaufen wird? Die dynamische Autonomie: Die Dynamik ist sicher gegeben, das sehen wir ja, wenn es nicht einmal möglich ist, ein eigenes Rahmenabkommen mit den Bediensteten bei uns beispielsweise in Südtirol zu schaffen. Ist das die Dynamik? Ich bringe das Beispiel noch einmal: auch eine schöne Rutschpartie enthält eine gewisse Dynamik.

Es ist von neuen Wahlregelungen die Rede, also das Wahlgesetz soll auch reformiert werden, unter Führungszeichen. Wir sollen also mitstimmen, wenn es darum geht, möglicherweise ein Wahlgesetz einzuführen, das zumindest bei uns in Südtirol ganz und gar gegen den demokratischen Pluralismus gerichtet ist. Wir sollen anscheinend mitstimmen, wenn es darum geht, die Geschäftsordnung abzuändern. Hier sind die Redezeiten angemerkt und wir alle haben noch in Erinnerung, was in der letzten Legislatur passiert ist. Eben gerade weil man diese Wahlneuregelung durchziehen wollte, hat man halt eben Gebrauch davon gemacht, entsprechend davor zu warnen und die Redezeiten zu kürzen. Es liegt nicht an der Redezeit, sondern es liegt sehr häufig an der Präpotenz der Mehrheit hier. Denn ansonsten habt ihr euch sicherlich nicht zu beklagen, daß hier die Opposition nicht aktiv an den Arbeiten teilnimmt, die eben anliegen.

Was beispielsweise den Übergang von Kompetenzen im sozialen Bereich anbetrifft, da muß ich sagen: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Kollege Benedikter hat zweimal den Entwurf vorgelegt, daß eben das NISF hier

unabhängig gestaltet wird. Ihr habt ja abgelehnt. In Zusammenhang mit dem Familienpaket hat er mehrmals den Antrag gestellt und auch schriftlich eingebracht, daß wir die Kompetenz den Ländern übertragen. Ihr habt es ja abgelehnt. Ihr könnt natürlich in den kommenden fünf Jahren beweisen, daß ihr etwas gelernt habt und euch eines Besseren habt belehren lassen und wir werden in fünf Jahren sicher Bilanz ziehen, wie wir vor einem Jahr über die vergangene Legislatur Bilanz gezogen haben. Das kommt sicher auch noch.

Dann das zweisprachige Personal der zentralen Verwaltungsämter, dann die Erfordernisse der Zweisprachigkeit anzuerkennen: Wenn ich in der Region anrufe, dann habe ich nicht den Eindruck, daß hier das Erfordernis der Zweisprachigkeit je anerkannt wird, denn eine Antwort in meiner Muttersprache bekomme ich hier kaum. Infolgedessen Glück auf, wenn ihr das in die Wirklichkeit umsetzen wollt. (Unterbrechung) ...natürlich nicht, nur habe ich das vor fünf Jahren schon einmal gehört und die Stellungnahmen dazu genauso. Aber ich sage ja eben, ich habe keine Besserung festgestellt. Ich habe erst vor wenigen Tagen wieder zu telefonieren gehabt. Ich kann nicht feststellen, daß das irgend jemanden beeindruckt und daß sich hier irgend jemand gemüßig sieht, nun etwas zu ändern oder sich selber umzustellen.

Ich finde vor allen Dingen diese Regierungserklärung aber auch das, was wir heute aus den Bänken der Südtiroler Volkspartei dazu gehört haben, einfach als Ablenkungsmanöver. Man gibt hier vor, das Ei des Kolumbus gefunden zu haben. Man hat sich der Idee der Europaregion Tirol bemächtigt, um sie ja unter Kontrolle zu haben, um ja selber sagen zu können, wo man rechtzeitig bremsen muß und was man daraus macht, denn diese Idee, diese Definition hat bestimmt nicht Frasnelli und die ganze Volkspartei erfunden, sondern da hat es schon ganz andere Vordenker gegeben, die ihr natürlich lange genug als Irrealisten und Spinner abgetan habt. Aber es ist schlimm, daß sie nur für euch gut genug sind, um zu verhindern, daß daraus wirklich etwas werden könnte, denn das verhindert ihr damit und wer es zerredet, das seid ihr, indem ihr dem Volk Sand in die Augen streut. Was habe ich hier gehört? Sogar vom Kollegen Pahl: Die Staatsgrenze am Brenner wird kein Hindernis sein, die Europaregion Tirol zu gründen. Kollege Pahl, darüber werden wir uns noch unterhalten. Was eine solche Region beinhalten kann, wenn man hergeht und sagt, die Staatsgrenze ist kein Hindernis. Ja, was glaubt ihr denn, was sich an der Verwaltungshoheit, an der Polizeihöhe, an der Gerichtshöhe des italienischen Staates ändern wird? Ja seid ihr politische Waisenknaben? Ich kenne mich nicht aus. Wenn ihr das glaubt, dann seid ihr die Naivlinge. Wenn ihr das nicht glaubt, aber trotzdem erzählt, dann seid ihr Betrüger. Wenn ihr davon sprecht, daß die SVP hofft, ihren geschichtlichen Auftrag erfüllen zu können, dann muß ich euch schon fragen: Wißt ihr überhaupt noch, was euer geschichtlicher Auftrag ist? Wißt ihr überhaupt noch, weshalb die Südtiroler Volkspartei im Jahr 1945 gegründet worden ist? Denkt ihr auch manchmal daran, bei eurem ganzen Integrations- und Europageschwätz. Für die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes ist eure Partei gegründet worden, eben für die

Interessenswahrnehmung der deutschen und ladinischen Bevölkerung. Heute ist sie die Interessenvertretung, wie sie hier sagt, all jener Aufgaben, in denen sich alle wiedererkennen und die allen dreien ein Anliegen sind. Gut, Frasnelli, daß Du Frau Zedron Deine Meinung gesagt hast. Aber ihr habt ja Halb- oder Ganzkoalitionen mit diesen Leuten gemacht. Dann dürft ihr euch nicht wundern, wenn der gemeinsame Nenner entsprechend niedrig ist. Dann habt ihr es mit dieser Interessensvertretung zu tun, aber nicht mehr mit dem Gründungsauftrag von 1945. Also bitte mutet uns nicht zu, daß wir nicht auch die Minimalkenntnisse eurer Geschichte haben, daß wir nicht auch so viel wissen, um uns hier eben nicht alles weismachen zu lassen.

Andreolli als den großen Vorbereiter eines neuen Denkens hinzustellen, das ist meines Erachtens der Lobhudelei zuviel. Denn Andreolli hat genau damals den Föderalismus als großes gefährliches Gespenst gemalt. Ich kann mich genau erinnern vor fünf Jahren, wie er da die heraufziehenden Gefahren dargestellt hat. Wie ein roter Faden hat sich das durch seine Stellungnahme gezogen, diese Angst vor dem Föderalismus. Und man hat es verstanden, rechtzeitig diesem wirklich progressiven Begriff ein neues Mäntelchen umzuhängen und den Begriff neu zu bilden, sodaß man heute schon etwas ganz anderes meint, wie es eben der Kollege Viola gesagt hat. Und wenn ihr mit dieser Interpretation nicht einverstanden seid, dann bitte sagt es. Ich habe bis heute aus euren Reihen keine Widerrede gehört. Aber gerade das ist eben der springende Punkt, wo wir uns unterscheiden und wir kennen die diesbezüglichen Föderalismusdebatten ganz genau und wir lassen uns hier nicht auf ein Abstellgleis manövrieren. Infolgedessen also ist diese Regierungserklärung für uns in keiner Weise etwa eine großartige Neuerung oder ein Programm, dem man so viel Positives abgewinnen kann. Wenn ihr mit diesen einzelnen Dingen Ernst macht, wie eben Anerkennung der Erfordernis der Zweisprachigkeit oder die Aufteilung der Ämter zwischen Trient und Bozen, dann ist das schon eine Leistung, die wir zu würdigen wissen. Wenn ihr damit Ernst macht und wenn euch das gelingt, also die praktische Durchsetzung, dann ist das etwas Positives. Aber bitte dann beginnt auch einmal und zerredet hier nicht unsere Ideen, die wir bereits vor 10 Jahren hier gebracht haben, als man uns noch fast gehässig ansah, fast anspringen wollte oder ausgelacht hat.

(Sono molto delusa che il cons. Frasnelli non abbia preso posizione in merito all'accordo di coalizione, ovvero alle dichiarazioni programmatiche, ma abbia voluto darci per l'ennesima volta una lezione di storia e saggezza. Nella scorsa legislatura abbiamo avuto modo di sentire almeno due volte questo intervento in Consiglio provinciale. Io credo che se in futuro dovessimo decidere l'istituzione di una Commissione fantasma, il cons. Frasnelli potrebbe essere il suo più rappresentativo Presidente. Egli è già membro della Commissione 137, forse in quella sede riesce a raccontare le sue favole e farsi credere.

Comunque ora vorrei brevemente entrare nel merito del documento programmatico. Mi salta subito all'occhio una differenza. Qui si parla ripetutamente di

rinnovamento nazionale, di livello nazionale, di orientamento nazionale nonché di unità nazionale. La differenza tra noi ed i colleghi del Trentino e gli altri colleghi che appoggiano queste dichiarazioni programmatiche, consiste nel fatto che per noi il concetto "nazionale" non corrisponde necessariamente al concetto di stato in senso lato. Si tratta per noi di una differenza fondamentale, poiché per noi si tratta di due concetti diversi ed importanti, come lo è il concetto di federalismo. Anche il cons. Viola non ha detto nulla di nuovo. Egli ha ripetuto ciò che ha ribadito già in occasione della presentazione di una mozione dove spiegava tutti i concetti, affermando che il federalismo è la perfetta mediazione tra la secessione da una parte - intendendo per secessione l'esercizio del diritto all'autodeterminazione - e il centralismo dall'altra. Se questa è la nuova definizione di federalismo, allora collega Frasnelli forse hai ragione quando dici che in questo sta il rinnovamento europeo. Il concetto di federalismo come tale per essere realizzato presuppone però l'osservanza dei principi democratici più veri, come lo è appunto il diritto all'autodeterminazione. Senza una consultazione popolare preventiva non può esserci vero federalismo, per essere chiari. Questo è il punto.

Un altro punto importante è contenuto a pag. 15 delle dichiarazioni programmatiche dove si afferma che devono essere frenate le tendenze di disgregazione per evitare il rinascere di particolarismi. Questo è circa ciò che intendeva il cons. Frasnelli. Egli ha delineato il pericolo della frantumazione degli stati e si è riallacciato a tale proposito ad una visione quasi feudale. Non è questo il senso. Collega Frasnelli, se tu ti limiti a voler ridurre tutto ad una visione limitata delle cose ed a creare scompiglio, allora tu non offri un buon servizio alla popolazione e nemmeno all'Europa. La vera pace in Europa ci sarà solo quando verranno impediti o cambiati tutti i destini delle minoranze. Noi sappiamo bene quali sono questi destini. Guardiamo per esempio che cosa produrrà questo cosiddetto "perforamento" del confine del Brennero. Avete forse sentito dire che non ci saranno più controlli? Avete forse sentito dire che non ci sarà più sorveglianza in Alto Adige? E anche tutti gli altri gruppi linguistici o popolazioni divise in Europa sono allo stesso modo colpite da questi provvedimenti. Si tratta quindi principalmente di creare giustizia. E giustizia può esserci solo allorquando una comunità storicamente radicata ha la possibilità di decidere liberamente con chi stare e con chi no. Se poi qui si vuol far credere che la Regione europea del Tirolo risolverà tutti i problemi, allora si dimentica semplicemente che prima di tutto va ristabilita la giustizia e che noi tirolesi al di là e al di qua del Brennero dobbiamo avere la possibilità di dire quel che vogliamo fare. Da oltre 10 anni, da quando faccio parte di questo consesso, sto ripetendo che è necessario innanzi tutto ripristinare la giustizia, per creare posizioni di partenza comuni. Quindi parlare ora di regionalismo significa cercare di sviare l'attenzione dal fatto che qui ci sono ancora due diverse situazioni di partenza. Come Lei ha avuto modo di sentire, la maggior parte dei trentini si identifica evidentemente ancora con il cosiddetto ambito nazionale, con l'orientamento nazionale. Io no e penso neanche gran parte dei

consiglieri sudtirolesi. Quando sento parlare qui di regionalismo forte, mi viene da ridere. Ma che cos'è il "regionalismo forte"? Se ne parla ripetutamente nella dichiarazione di governo. Cosa vuol dire? Me lo posso immaginare. Ovvero che la Regione in fondo dev'essere rivalutata. Perché non volete contraddire il cons. Viola quando afferma che qui non si tratta di smantellare la Regione, ma di darle una vera identità, facendole capire come funziona la tutela delle minoranze e quale meraviglioso strumento noi abbiamo trovato. In tal modo si stravolgono i fatti, poiché comunque non ci è data la possibilità di esercitare il nostro diritto fondamentale, quello di dire che cosa veramente vogliamo ed in quale veste vogliamo partecipare all'Europa. Se nella veste del "regionalismo forte" o nella veste di un'unità autodeterminata.

Poi qui si parla, e nessuno ne ha fatto menzione, dell'orientamento nazionale, delle nuove riforme istituzionali con chiara impronta regionalistica. Perché non dite chiaramente che si tenderà ad un livellamento di tutte le regioni? L'autonomia dinamica: forse il dinamismo che si delinea in Alto Adige quando viene respinto persino un accordo-quadro per i dipendenti? E' questa l'autonomia dinamica? E riporto nuovamente l'esempio: un partito che frana dà anche prova di un certo dinamismo.

Poi si è parlato delle nuove regolamentazioni elettorali, per cui verranno introdotte riforme alla legge elettorale esistente. E noi dovremmo appoggiare un provvedimento tendente ad introdurre una legge elettorale che da noi in Alto Adige significherebbe la fine di ogni pluralismo democratico? Noi dovremmo appoggiare una modifica del Regolamento interno? Qui ci sono i tempi concessi per gli interventi e forse ricorderete cos'è successo nel corso della scorsa legislatura. Proprio Perché si voleva far passare a tutti i costi questa nuova riforma elettorale, si è passati alle minacce e sono stati ridotti i tempi di intervento. Ma non si trattava tanto del tempo concesso, quanto piuttosto della prepotenza della maggioranza. Non penso proprio che possiate lamentarvi che qui l'opposizione non partecipa attivamente ai lavori.

Per quanto concerne il trasferimento di competenze nel campo sociale, devo dire che ciò che è stato detto è senz'altro positivo, ma non ho molta fiducia circa la sua attuazione. Il collega Benedikter ha presentato per ben due volte un disegno di legge che prevedeva la gestione indipendente dell'INPS. Voi l'avete respinto. In relazione al Pacchetto Famiglia egli ha più volte fatto la proposta, anche per iscritto, di delegare la competenza alle Province. Voi l'avete respinta. Sicuramente nei prossimi cinque anni potrete dimostrare di avere imparato qualcosa e noi sicuramente poi ne trarremo le conseguenze, così come lo abbiamo fatto la scorsa legislatura. Ma questo lo faremo in seguito.

Poi avete promesso di riconoscere le esigenze di bilinguismo ovvero di introdurre personale bilingue negli uffici amministrativi centrali: ma se io chiamo per telefono la Regione, debbo constatare che non si tiene in alcuna considerazione la lingua dell'interlocutore, poiché non ricevo mai una risposta nella mia madre lingua. Per cui vi auguro buona fortuna se volete veramente cambiare la realtà delle cose. (interruzione)...naturalmente no, ma per cinque anni mi è stata detta la stessa cosa e la

presa di posizione era la medesima. Debbo anche rilevare che da allora non ho constatato alcun miglioramento. Alcuni giorni fa ho dovuto di nuovo telefonare. Ma ho dovuto prendere atto del fatto che nessuno si preoccupava o si sentiva in dovere di cambiare o adeguarsi.

Inoltre ritengo che questo documento programmatico, nonché le dichiarazioni dalle fila della Südtiroler Volkspartei, non siano altro che una manovra di sviamento. Si vuol far credere di aver trovato l'uovo di Colombo. Ci si è impadroniti del progetto di Regione europea del Tirolo per averlo sotto controllo, per poter vedere dove e come frenarlo al punto giusto e che cosa farne. Questo progetto di Regione europea non è stato sicuramente inventato da Frasnelli o dalla Südtiroler Volkspartei, ma da ben altri precursori che voi avete sempre bollato come sognatori o pazzi. E' comunque grave che voi abbiate impedito che l'idea potesse concretizzarsi e abbiate fatto fallire il tutto gettando sabbia negli occhi alla popolazione. Che cosa ho sentito dire poc'anzi? Persino il collega Pahl ha detto che il confine del Brennero non costituirà un ostacolo per la costituzione della futura regione europea del Tirolo. Collega Pahl, di questo ne parleremo un'altra volta. Che cosa potrà significare una tale Regione, quando si dice che il confine non rappresenterà un ostacolo? Ma che cosa credete cambierà nella sovranità amministrativa, poliziesca e giudiziaria dello Stato italiano? Ma siete degli orfanelli politici? Non capisco più niente. Se voi credete questo, allora siete degli ingenui. Se non lo credete, ma dite il contrario, siete dei bugiardi. Se dite che la Südtiroler Volkspartei spera di realizzare il suo compito storico, allora devo chiedervi: ma voi sapete in che cosa consiste il vostro compito storico? Ma vi ricordate i motivi della costituzione della Südtiroler Volkspartei nel 1945? Ci pensate qualche volta mentre parlate di integrazione o di Europa? Il vostro partito è stato costituito per poter attuare il diritto all'autodeterminazione, quindi per salvaguardare gli interessi della popolazione tedesca e ladina. Oggi invece essa rappresenta gli interessi di tutti coloro che vi si riconoscono. E' stato bene, collega Frasnelli, che tu abbia detto la tua opinione alla cons. Zendron. Ma voi avete fatto con questa gente coalizioni o semicoalizioni. E allora non potete stupirvi se il minimo denominatore comune è molto basso, proprio Perché ora voi state rappresentando questi interessi, e non realizzando gli obiettivi della costituzione del 1945. Quindi, per favore, non impartiteci lezioni di storia o di saggezza, Perché un minimo di conoscenza storica ce l'abbiamo anche noi.

Voler poi far passare Andreolli come il precursore di un nuovo pensiero, è a mio avviso un'aberrazione. Andreolli infatti è stato proprio colui che ha dipinto il federalismo come un grande mostro minaccioso. Mi ricordo bene cinque anni fa quando ci prospettò i pericoli in agguato. Questa paura del federalismo era come un filo conduttore in tutto il suo discorso. Ed ora si è voluto dare a questo concetto progressista una nuova veste, riformulando il principio, per cui oggi per federalismo si intende qualcosa di completamente diverso, come ha anche affermato il collega. Viola. E se non siete d'accordo con questa mia interpretazione, allora ditelo pure. Sino ad ora dalle vostra fila non ho sentito un'unica obiezione. Ma proprio questo è il punto saliente

che ci differenzia da voi. Noi conosciamo bene i cardini del federalismo e non ci lasciamo mettere in disparte nella discussione. Pertanto queste dichiarazioni programmatiche non rappresentano alcunchè di nuovo per noi e nemmeno un nuovo programma nel quale intravedere aspetti positivi. Se voi intendete fare sul serio con ciò che proponete, allora il riconoscimento del bilinguismo e la ripartizione degli uffici tra Trento e Bolzano sarebbe già un bel risultato che noi sapremmo apprezzare. Se quindi volete fare sul serio e se vi riesce di attuare questa proposta, allora ciò sarà molto positivo. Ma allora iniziate veramente e non stravolgete qui le idee che noi vi presentammo già 10 anni fa, quando fummo attaccati e derisi.)

(Assume la Presidenza il Presidente Tretter)

(Präsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Non ho più nessuna prenotazione. Chiedo se qualcuno intende intervenire.

(Interruzione)

PRESIDENTE: Le lascio completare l'intervento.

Faccio presente all'aula che abbiamo fissato la chiusura dei lavori alle ore 17.00. Domani mattina nella Conferenza dei capigruppo si proporrà la modifica dell'orario, anticipando di mezz'ora il Consiglio per riuscire a produrre un maggior lavoro. Sono a conoscenza che molti hanno degli impegni, ma di questo ne parliamo domani mattina.

(Interruzione)

PRESIDENTE: Le dò la possibilità di intervenire e di concludere il suo intervento, se intende farlo.

(Interruzione)

PRESIDENTE:: Credo che il cons. Taverna abbia bisogno di maggior tempo. La prenoto per domani mattina. Ora le concedo 15 minuti e quindi domattina potrà completare il suo intervento.

(Interruzione)

PRESIDENTE: Ho capito il suo desiderio. C'è qualcun altro che intende occupare questi 15 minuti che ancora abbiamo a disposizione? Cons. Taverna?

(Interruzione)

PRESIDENTE: So che lei spende tutto il suo tempo.

Sono le ore 16.45, mi pare sia stata avanzata una richiesta da parte di un collega; se nessuno si oppone chiuderei a questo punto i lavori. Il Consiglio è convocato per domani alle ore 10.00.

Ricordo che domattina alle ore 9.00 è convocata la Conferenza dei capigruppo.

La seduta è tolta.

(ore 16.45)

INDICE

INHALTSANGABE

Elezione del Presidente della Giunta **Wahl** des Präsidenten des
regionale Regionalausschusses

pag. 2

Seite 2

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

TAVERNA Claudio <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)</i>	pag.	1
PAHL Franz <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	2
ZENDRON Alessandra <i>(Gruppo Verdi - Grüne - Vërc)</i>	"	15-52
FEDEL Domenico <i>(Gruppo Ladins - Autonomia Trentino)</i>	"	25
BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	30
LEITNER Pius <i>(Gruppo Die Freiheitlichen)</i>	"	44
VIOLA Romano <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	53
FRASNELLI Hubert <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	63
KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	80